

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 1,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verordnungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Russland
 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstellige Annoncen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (Frei-
 gebäude) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Mittwoch, den 6. Dezember 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Um die Volksschule.

Das preussische Oberkonsistorium hat einen Bericht abgefasst, in dem es auffordert, zur Bekämpfung des nur zu sehr verbreiteten Vorurteils, als ob die Schulen zunächst die Sache einzelner Religionsparteien wären und sein müssten, denn es sei nicht zu leugnen, daß die Schulen als Institute des Staates und nicht einzelner Konfessionen zu betrachten wären; weshalb es auch zu wünschen sei, daß der Religionsunterricht auf die allgemeinen Wahrheiten der Religion und auf die allen kirchlichen Parteien gemeinschaftliche Sittenlehre eingeschränkt werde.

Jeder Quintaner, der nicht gerade auf den Kopf gefallen ist, begreift, daß nicht ein preussisches Oberkonsistorium unserer Tage derartige vernünftige und herzigenswerte Regeln aufgestellt hat; doch handelt es sich auch nicht etwa um eine Utopie aus dem Jahre 2000. Die zitierten Worte verfügen vielmehr über das beträchtliche Alter von 106 Jahren. In den Anfängen der Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. wehte ein einigermaßen liberaler Geist durch die Ministerien, so daß in bezug auf die Volksschule und ihre Beziehungen zur Religion Verfügungen ergingen, die den braven Bureaucraten an der Spitze des gegenwärtigen Kultusministeriums Studt die Haare zu Berge treiben würden, falls er sich einmal die Mühe nehmen sollte, diesen Teil der preussischen Schulgeschichte einer flüchtigen Betrachtung zu unterwerfen. Heute lautet der Ton ganz anders, als vor 100 Jahren. Heute wird von der Regierung mit allem Fleiße das Vorurteil gedämpft, als ob die Schule überhaupt etwas anderes wäre, als die Sache der einzelnen Religionsparteien, heute gilt es als Nebensache, daß die Schulen Institute des Staates sind; man bemüht sich im Gegenteil, sie den Konfessionen soweit als möglich auszuliefern. Daran knüpft sich naturgemäß das Bestreben, im Religionsunterricht von sittlichen Schlussfolgerungen möglichst abzusehen; statt dessen aber einen großen Haufen von totem Wissensballast, von wertlosem Memoriertram im Gedächtnis der Kinder aufzuhäufen, damit für andere unheilige Zwecke möglichst wenig Raum übrig bleibt.

Trotz der relativ fortschrittlichen Schulgrundsätze in Preußen vor mehr als hundert Jahren brach über Preußen das Debakel von 1806 herein. Trotz der sogenannten „Befreiung“ Preußens in den Jahren 1813 und 1815, trotz der preussischen Anleihen bei Pestalozzi steuerte der preussische Staatsfarran „Zielbewußt“ in die vormärzliche Reaktionsperiode. Trotz der berben Lehren von 1848 schmachtete die preussische Volksschule von 1854 bis 1872 unter dem Geist erstidenden Regulativen Raumers und Nichts. Trotz dieser drückenden Fessel gedieh die preussische Volksschule der Regulatorperiode die tapfere Arbeiterklasse, die das schmachtvolle Sozialisten-gefetz zu Boden gezwungen hat und den „Heros“ des Jahrhunderts dazu. Trotz der angeblich liberalen „Allgemeinen Bestimmungen“ Falts vom Jahre 1872 hat sich die preussische Volksschule seit drei Jahrzehnten nicht vorwärts entwickelt. Trotz der liberalen Blütezeit in den 70er Jahren, trotz der eifrigen Bemühungen bürgerlicher Ideologen bis auf den heutigen Tag marschiert die deutsche Volksschule in einem beschämend weiten Abstand hinter der Volksschule anderer Länder. Trotz der Rückständigkeit der preussisch-deutschen Volksschule aber ist die Sozialdemokratie von Wahl zu Wahl gewachsen und nimmt die Einsicht der deutschen Arbeiterklasse in das Wesen des Klassenstaates von Jahr zu Jahr zu.

Was dieser sprungweise Gang durch die preussische Schulgeschichte der letzten hundert Jahre soll? Er erklärt die Stellung, die die Sozialdemokratie zur Volksschule, zu den Verfassungsbefreiungen in bezug auf die Schule und zu dem in der Entwicklung begriffenen Entrüstungsrummel des liberalen Bürgerturns über die reaktionären Schulpläne einzunehmen hat. Wohl unterschätzen wir Sozialdemokraten nicht die Bedeutung einer echten und rechten Volksschule, aber sie existiert heute noch nicht, sie wird erst geschaffen werden, wenn das Volk selbst zu bestimmen und sich das Maß und die Art seiner Bildung selbst zuzuteilen hat. Was heute Volksschule genannt wird, ist ein dürftiges unzulängliches Surrogat, von der herrschenden Klasse zu ihren Zwecken geschaffen und dazu bestimmt, der breiten Masse des Volkes von den allgemeinen notwendigen Elementarkenntnissen so viel zu vermitteln, daß dadurch der einzelne zu einem brauchbaren Ausbeutungsobjekt im kapitalistischen Produktionsprozess wird. Wohl wird in gewissen Zeiten und unter besonderen Umständen um ein kleines darüber hinausgegangen, und in anderen Zeiten und unter anderen Umständen bleibt man erheblich dahinter zurück. Aber das sind nur graduelle Verschiedenheiten. Die Grundtendenz der kapitalistischen Volksschule wird dadurch nicht berührt. Und nur innerhalb dieser Grenzen spielen sich die bürgerlichen Kämpfe um die Volksschule ab.

Das konservative Junkertum braucht für seine Zwecke nicht einmal die Volksschule von heute. Das quantitativ mannigfaltige Volksschulwesen der Städte ist in den Augen des Junkertums zum größten Teil eine überflüssige Bildungs-spielerei. Darum bemüht es sich, davon soviel als möglich

herunterzuhandeln. Die industrielle und kommerzielle Bourgeoisie aber darf die Volksschulen nicht sehr viel schlechter werden lassen als sie schon sind, da sie sonst nicht mehr genügend vorbereitetes Ausbeutungsmaterial für ihre Zwecke liefern würden. Die schönen Schlagworte, die bei diesen Kämpfen im bürgerlichen Lager auf beiden Seiten in so verschwenderischer Fülle in Wort und Schrift verarbeitet werden, sind Lug und Trug.

Es bleibt bei alledem nach wie vor die Aufgabe der Arbeiterklasse, durch unablässige Kritik und durch positive Arbeit die herrschende Klasse auf dem Gebiete der Schulpolitik vorwärts zu treiben, ihr ihre Unterlassungssünden vorzuhalten und sie zu zwingen, von ihren Versprechungen soviel als möglich in die Tat umzusetzen. Darum wendet sich die Arbeiterklasse auch gegen die neuesten Schulverfassungspläne der mit Junkertum und Klerisei verbündeten Regierung. Ohne die Bedeutung der Schule zu überschätzen, haben wir doch ein natürliches Interesse daran, die achtjährige Schulqual unserer Kinder nicht durch die ganz besonderen und ausgefuchsten Dualen des konfessionellen Religionsunterrichts noch zu vermehren; wo immer darum ein Eingreifen der Sozialdemokratie gegen die reaktionären Schulpläne nötig ist, wird es geschehen.

Aber wir sind andererseits weit davon entfernt, den heuchlerischen Entrüstungsrummel des liberalen Bürgerturns mitzumachen. Man wird geradezu von physischem Unwohlsein befallen, wenn man gegenwärtig das Geplärre liberaler Blätter vom Schlage des „Berliner Tageblattes“ beobachtet. Wo der Liberalismus aller Schattierungen weit vom Schuß ist, wo er nicht zu befürchten braucht, daß von ihm die Verwirklichung seiner großmächtigen Versprechungen verlangt wird, da brüftet er sich mit seiner Schulstrenndlichkeit, da tobt er gegen die Reaktionen, da wirft er die wallende Loga des Volkstribuns über seine zittrigen Glieder; so oft er aber in der Vergangenheit Gelegenheit hatte, aus seinen Worten Taten zu machen, hat er es schamlich verabsäumt. Und wo noch in der Gegenwart der Liberalismus ungehindert an der Herrschaft ist — so in der als selbständiger Bundesstaat unabhängigen und an weitgehenden liberalen Schulreformen in keiner Weise gehinderten freien Hansestadt Bremen — da rührt der Liberalismus nicht den kleinen Finger, um sein stolzes Schulprogramm auch nur in den zaghaftesten Anfängen zu verwirklichen.

Wahrscheinlich wird in den nächsten Wochen eine Welle liberaler Schulentristung über Deutschland hinweggehen, ähnlich wie 1892 beim bedächtigen Schulgefetz. Wir Sozialdemokraten stehen diesem Aufgebot an schönen Worten und Lügen lässig bis ans Herz hinan gegenüber. Hätte die Bourgeoisie bereits die Umwertung des erbärmlichen Dreiklassenwahlrechts in das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht vollzogen, so brauchte sie sich mit ihren heutigen Schulschmerzen nicht herumzuschlagen. Die Sozialdemokraten würden auch im preussischen Landtag die Luft längst gereinigt haben, sodas für derartige Rückwärtserei kein Boden mehr vorhanden gewesen wäre. Aber heute ist die Situation so, daß die große Masse des Volkes, deren Kinder die Volksschule besuchen, im Parlamente völlig unvertreten ist. Dieser schmachtvolle Zustand muß beseitigt werden!

Die Revolution in Rußland.

Der Generalfreist der Post- und Telegraphenbeamten dauert aufs beste fort! Direkte telegraphische Meldungen aus Rußland liegen denn auch fast gar nicht vor. Nur durch Privatbriefe gelangen einige spärliche Nachrichten nach dem Auslande. So bringt die „Wostische Zeitung“ den folgenden ihr aus Riga zugesandten, vom 3. Dezember datierten Brief:
 Der Anstand der Post- und Telegraphenbeamten dauert an. Die Lage hat sich eher verschärft als gemildert. Die Beamten sind sehr erregt darüber, daß Graf Witte den Empfang einer Abordnung ihres Verbandes abgelehnt und sie an ihre nächsten Vorgesetzten gewiesen hat. Auch unter den Eisenbahnern gärt es stark. Sie sind durch die Anweisung von 15 000 000 Rbl. zur Verbesserung ihrer Gehälter nicht befriedigt und bringen wiederum politische Forderungen vor. Wie verlautet, haben sie an den Grafen Witte in sehr bestimmtem Ton gehaltene Telegramme gesandt, in denen sie die Einberufung einer konstituierenden Versammlung fordern. Gegenwärtig wird mit der Eisenbahn ein Privatpostverkehr durch Boten aufrecht erhalten, doch sind diese Boten persönlich bedroht. Auf den Bahnhöfen werden die Abfahrenden von ganzen Scharen von Postbeamten beobachtet. Personen mit Briefbündeln werden von Postbeamten angehalten und unter Drohungen am Betreten des Bahnhofes verhindert. Es gelingt trotzdem, Briefe durchzuschmuggeln.

Wie empfindlich die Wirkung des Streiks der Post- und Telegraphenangestellten für das Jarenreich ist, schildert eine Privatkorrespondenz des „Kol.-Anz.“ aus Petersburg vom 3. d. r.:
 Enorm sind die Verluste, welche der Staat durch diesen Streik erleidet. Allein Petersburg empfängt durchschnittlich täglich 250 000 Pakete aus dem Innern. Die Gesamtzahl der Briefe, Geld- und Wertpapiere, Transferte, Postpakete und Kreuzbänder, welche die hiesigen Postämter täglich abzufertigen haben, wird auf 300 000 Stück berechnet; wenn man auch noch den Verlust für die Telegramme hinzurechnet, die täglich circa 13 000 Stück betragen, so verliert die Post allein in Petersburg täglich mindestens eine halbe Million Rubel durch den Streik. Die ausländischen Post- und Telegraphenbeamten hielten am Samstagabend eine Versammlung zur Aussprache über ihre Lage ab; 2000 Mitglieder nahmen daran teil. Es wurde beschlossen, fest zu bleiben, den Streik

fortzusetzen und die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Zunächst soll erreicht werden, daß die verhafteten Delegierten sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Die Ausständigen werden vom Streikkomitee unterstützt, sie können eventuell noch 20 Tage feiern, gleich ihren Moskauer Kollegen. Dieser Versammlung wohnten der Präsident des Rates der Arbeiterdeputierten, Vertreter verschiedener politischer Parteien sowie eine Deputation des Moskauer Post- und Telegraphenkongresses bei, die vom Grafen Witte nicht empfangen worden war. Die Versammlung beschloß ferner, am heutigen Sonntag nicht zur Wagenauszahlung zu erscheinen. Die Zahl der Streikenden beträgt allein in Petersburg jetzt 6000.

Inzwischen verbreitet sich allmählich auch der Eisenbahnerstreik. So besagen zwei telegraphische Meldungen:

Kiew, 5. Dezember. Der telegraphische Verkehr funktioniert seit gestern. Den Dienst versehen zwei Beamte des Rubelstandes und zwei Mädchen. Dagegen ist der Eisenbahnverkehr auf den südwestlichen Eisenbahnen, und zwar auf den Linien Kiew, Odessa und Sewastopol vollständig eingestellt.

Saparanda, 4. Dezember. Dem „Svenska Telegrambyran“ wird aus Tornea gemeldet, daß ein neuer Eisenbahnerausstand in Finnland aus Anlaß der Ernennung des Sena ausgedrochen ist. Der Streik erstreckt sich vorläufig bis Lavoisier, wird sich aber wahrscheinlich über das ganze Eisenbahnnetz verbreiten.

Die Revolution im Ozean.

Die Rebellen unter dem Militär breitet sich mittlerweile so gewaltig aus, daß die Nachrichten über „Meuterereien“ einzelner Regimenter, über Verhaftungen und Meutereien einander auf dem Fuße folgen. Dabei läßt sich die folgende logische Linie in der Entwicklung dieser Bewegung verfolgen: den Anfang hatten die Marinemannschaften gemacht. Die gegen sie verwendeten Landtruppen haben bei der Niederwerfung ihrer Kameraden von der Flotte selbst Feuer gefangen. Während die Truppen sich noch im großen und ganzen gegen die Arbeiterdemonstrationen als Jarenmechte gebrauchen ließen, versagten sie zuerst im Ernst, als sie gegen die Marine gebraucht werden sollten. Jetzt rebellieren die Landtruppen selbst, und die Regierung muß nun zu ihrer Veruhigung Kosaken verwenden. Dabei wiederholt sich aber daselbe Spiel. Die Kosaken, die sich gegen das Volk noch immer als blutdürstige Bestien bewährt haben, fangen an, zu versagen, wenn sie systematisch gegen Soldaten gebraucht werden sollen. So pflanzt sich das Feuer der Revolution folgerichtig von Schicht zu Schicht, von einem Pfeiler des Absolutismus zum anderen. Die scheinbar unlöslichen Aufgaben der Revolution werden wie von selbst durch ihren eigenen Fortgang gelöst. Selbstverständlich kommen dabei überall die von der Sozialdemokratie in zäher unermüdlicher Arbeit ausgestreuten Samen der Aufklärung zur Reife. Aber die inneren ehernen Gesetze der Revolution sind es, die plötzlich ganz neue Schichten, die noch gestern als undankbarer steinerer Boden erschienen, für diesen Samen aufnahmefähig und fruchtbar machen.

Gegenwärtig ist die südrussische Stadt Kiew der Mittelpunkt einer gewaltigen militärischen Revolte. Unsere Leser wissen aus der gestrigen Nummer, daß über Kiew der Belagerungszustand verhängt wird. Der Grund hierfür liegt eben in einer Bewegung der Truppen. Die „Russische Korrespondenz“ erhält die folgende Schilderung der Vorgänge in Kiew:

Am 1. Dezember 7 Uhr morgens begann eine Kompanie Pioniere in Kiew den Streik. Wie das ganze russische Volk forderten auch sie die absolute Freiheit, nicht nur auf dem Papier sondern in Wirklichkeit. Von den Kasernen ausgehend zogen sie immer mehr Soldaten in den Streik. Einige Brigaden hielten sich zurück und vereinigten sich nicht mit ihnen. Um vier Uhr nachmittags zogen die Soldaten zu dem Hüttenwerke Ashotanef, dessen Arbeiter sozialdemokratisch organisiert sind, um ein allgemeines Meeting zu veranstalten. Die Brigade von Afor schoß auf die Kameraden, 30 Tote und eine Menge Verwundete. Am Morgen wollten Kosaken gegen die streikenden Soldaten kämpfen, aber als der Streikführer sagte, daß einige Soldaten verwundet seien, zogen sie sich zurück. General Druage richtete einige Worte an die streikenden Soldaten, die als Antwort die 35 Punkte der Streikforderungen vorlasen. Hauptfächlich forderten sie: Befreiung von der Reserve, Verringerung der Dienstdauer, höfliche Behandlung, Verbesserung der Nahrung und Kleidung, politische konstituierende Versammlung. Darauf sangen sie die Marschallaise. Während der zwei Tage, an denen die Meetings stattfanden, herrschte Mangel an Nahrungsmitteln in den Kasernen. Die Soldaten zogen mit Rußit durch die Straßen. Während der Nacht gab ihnen die Bevölkerung Nahrungsmittel, viele wurden verhaftet. Am 2. Dezember wurden alle Zeitungen bis auf das Kiewer Organ des „Schwarzen Hundert“ konfisziert. Das Revolutionskomitee verdrängte den Generalfreist, um gegen die Meuterei zu protestieren. In der täglichen Erwartung großer Ereignisse organisieren Arbeiter und Soldaten Meetings im Polytechnischen Institut. Am 3. fand die feierliche Beerdigung der getöteten Soldaten statt, die Brigade von Afor zerstreute die Menge. Die Stadt ist sehr beunruhigt. Morgen wird der Belagerungszustand proklamiert werden. Das Polytechnische Institut ist geschlossen und von Soldaten umgeben. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Ferner liegen noch folgende Meldungen vor:
Kraſau, 5. Dezember. Nach Meldungen aus Warschau weigerte ſich dort das 46. Infanterie-Regiment, weitere Poſtgeleiſtungen zu leiſten.

Warschau, 5. Dezember. Unter der Garniſon in Oſowa iſt eine Meuterei ausgebrochen. In Grodno wurden zahlreiche Meuterer des dortigen Artillerie-Regiments verhaftet. In Charkow meuterte Infanterie. Die Rekruten verweigerten den Fahnenſchwur.

Der Militärangriff in Woroneſch.

Der „Tag“ bringt die folgende telegraphiſche Meldung: Woroneſch, 2. Dezember. Das Militär- und Poſtgeleiſtungs-Regiment in der Vorſtadt Fribaiſcha wurde geſtern durch Militärgefangene und meuternde Soldaten des Strafbataillons in Brand geſetzt. Das Feuer griff auf eine Reihe Läden über. Die Meuterer mit ihrer Kapelle an der Spitze marſchirten im Zug nach dem Zwiſchengebiet, um die Gefangenen zu befreien, wurden jedoch durch reguläre Truppen an der von der Stadt zu dem brennenden Zwiſchengebiet führenden Brücke aufgehalten. Die Feuerwehre wurde am Ufer durch Soldaten der aus den Fenſtern ſchießenden Gefangenen verhindert. Das Gefängnis wurde von den Truppen umzingelt. Die Meuterer des Strafbataillons wurden zum Teil, nachdem Schiffe geſchleppt waren, feſtgenommen. Ein Teil iſt auf der Flucht, ein anderer Teil umzingelt.

Die Schilderung iſt natürlich im Sinne der offiziöſen ruffiſchen Verſuche geſchrieben. Sicher trägt auch der Angriff der Truppen in Woroneſch, wie überall, einen ausgeſprochenen politiſchen Charakter.

Eine alberne Entee.

Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht den folgenden, ihm von ſeinem Petersburger Korreſpondenten gemeldeten Unſinn: Die deutſchen Sozialdemokraten haben ihren ruffiſchen Geſinnungsgenossen dringend von nihilistiſchen Aktionen abgeredet, doch haben die Ruſſen, die Geld dringend brauchen als gute Raſchläge, dieſe Mahnung entſchieden zurückgewieſen.

Natürlich iſt an der ganzen Meldung kein einziges Wort wahr.

Politische Ueberſicht.

Berlin, den 5. Dezember.

Die Eröffnung des Dreiklassenparlamentes.

In der üblichen Form iſt am Dienstag das Parlament des Dreiklassenwahlrechts eröffnet worden. Die Thronrede, mit der die „erlauchten, edlen und geehrten Herren von beiden Häuſern des Landtages“ begrüßt wurden, weiſt auf die inſolde des anhaltenden Aufschwunges des gewerblichen Lebens und der andauernden Steigerung der Erträge aus den meiſten Staatsbetrieben im allgemeinen fortgeſetzt günſtige Geſtaltung der Staatsfinanzen hin. Die Rechnung für das Etatsjahr 1904 hat wieder mit einem Ueberſchuß abgeſchloſſen, und ebenſo darf für das laufende Jahr ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden. Die Mehreinnahmen ſollen inſondere verhandelt werden zur Erhöhung der Wohnungsgeldzuſchüſſe für die Unterbeamten ſowie um leiſtungſchwachen Schulverbänden Beihilfen zur Aufbeſſerung der Gehaltsbezüge gering beſoldeter Volkſchullehrer zu gewähren. Mit ſeinem Wort iſt von der herrſchenden Erneuerung die Rede, die es den ohnehin ſchon ſchlecht genug bezahlten Staatsarbeitern, Unterbeamten und Volkſchullehrern unmöglich macht, mit den jetzigen Bezügen auszukommen. Die Miniſter, die erſt in der vorigen Seſſion für ſich ſelbſt Repräſentationszulagen von je 14 000 M. gefordert und natürlich auch bewilligt bekommen haben, ſcheinen zu glauben, daß die unteren Staatsbeamten ſchon jetzt zu hohe Gehälter beziehen. Eine allgemeine Gehaltsaufbeſſerung für die unteren Beſoldungsſtufen iſt eine dringende Notwendigkeit, eine Notwendigkeit, die nur von einer Regierung und einem Parlament beſtritten werden kann, die ihre Aufgabe in der Vertretung der einſeitigen Interellen der beſitzenden Klaſſen erblicken.

An Geſetzesvorlagen verweiſt die Thronrede zunächſt wieder eine Sekundärbahnvorlage und an zweiter Stelle eine Vorlage zur Veretiſtlichung von Mitteln zur Verbeſſerung der Wohnungsverhältnisse der in Staatsbetrieben beſchäftigten Arbeiter und gering beſoldeten Beamten. Mit ſolchen Wohlfahrtsmaßnahmen ſucht ſich die Regierung nach ihrem eigenen Zugetändnis einen Stamm geſügiger Arbeiter und Beamten zu ſichern, und andererseits hat ſie dadurch zugleich einen Vorwand, eine wirklich durchgreifende Wohnungsreform von einem Jahr auf das andere zu vertagen.

Der weiter verſprochene, dem Landtage bereits zugegangene Entwurf betr. die Abänderung des Einkommen- und des Ergänzungsſteuer-Gesetzes bewegt ſich in ſo beſcheidenen Grenzen, daß er den Namen einer Reform ſchwerlich verdient. Es handelt ſich im weſentlichen um die Erfüllung einer Reihe von Wünſchen, die ſeit Jahren im Intereſſe der mittleren Einkommen im Landtage vorgebracht wurden.

Von weiteren geſetzgeberiſchen Maßnahmen ſeien erwähnt der Entwurf eines Geſetzes, das den Eigentümern land- oder forſtwirtschaftlich genutzter Grundſtücke die Befugnis zur Feſtſetzung einer Verſchuldungsgrenze gewährt. Es ſoll hierdurch die Möglichkeit geſchaffen werden, eine weitere Verſchuldung der Grundſtücke zu verhindern und die Tilgung unwirtschaftlicher Realkulden zu erleichtern — alſo eine neue Liebesgabe für die armen Notleidenden. Eine Novelle zum Vergesetz, die das Anapſchaftsweſen neu regeln ſoll, befindet ſich in Vorbereitung. Bereits fertig geſtellt iſt der Entwurf zu einem Kreis- und Provinzialabgaben-Gesetz und eine Vorlage betreffend die Vorbildung der höheren Verwaltungsbeamten, das im weſentlichen auf der Grundlage der Entwürfe aufgebaut iſt, die unter der Amtsführung des Herrn Schußſtedt zweimal geſcheitert ſind.

Die wichtigſte Aufgabe des Landtages iſt die Beratung des Volkſchulgeſetzes, das beſtimmt iſt, die Volkſchule völlig der Kirche auszuliefern. Zu beſtändigen Kämpfen hierüber dürfte es im Landtage kaum kommen, da ſich die Vorlage im Rahmen des bekannten Kompromiſſes hält. Aber je weniger der Landtag Wert darauf legt, unſere Volkſchule von dem Einfluſſe der Kirche zu läubern, um ſo mehr wird es Pflicht des durch das elende Dreiklassenwahlrecht entredeten Proletariats ſein, außerhalb des Parlaments Protes zu erheben gegen das kulturwidrige Verha:en der geſetzgebenden Körperſchaften des größten deutſchen Bundesſtaates und der Forderung der Reaktionen ſeine Forderungen gegenüberzuſtellen, die auf eine gänzliche Trennung von Volkſchule und Kirche hinauslaufen.

Wie alle Thronreden der letzten Jahre ſo ſingt auch die dieſemalige in einen Schlauch gegen die Polen aus: „Verschiedene Gutverläufe in der Ostmark haben in letzter Zeit berechtigtes Aufsehen erregt. Die Festsitzung des deutschen

Beſitzes in Verbindung mit einer ſachgemäßen inneren Kolonisation bildet eine der erſteſten Aufgaben der Staatsregierung. Sie kann aber nur erfüllt werden, wenn ſich die deutſchen Beſitzer in höherem Grade als bisher ihrer nationalen Pflicht bewußt werden, ihren Beſitz treu und zäh zu verteidigen und dem deutſchen Volkstum zu erhalten. Die Regierung ſeiner Majeſtät des Königs vertraut darauf, daß dieſe Erkenntnis, in der ſie ſich mit dem Landtage einſtweilen, alle Kreiſe des Deutſchtums mehr und mehr durchdringen und mit der Tat bewährt werden wird.“

Die Polen werden über dieſe Kriegserklärung lachen. In ihrem Kampf gegen die Polen hat ſich die Regierung ebenſo blamiert, wie in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie, alle Maßnahmen, die in den letzten Jahren zur Erhaltung des Deutſchtums in den Ostmarken ergriffen ſind, Maßnahmen, die teilweise direkt verfaſſungswidrig ſind, haben nicht vermocht, der polniſchen Bewegung Abbruch zu tun, und auch dieſer neue Appell an die deutſchen Beſitzer wird die erhofften Früchte nicht zeitigen. Wo der Proſtit in Widerſpruch gerät mit der „nationalen Pflicht“, da erweiſt ſich erſterer ſtets als die treibende Kraft. So iſt es bisher geſeſen, ſo wird es auch in Zukunft ſein.

Wie in der Polenpolitik die Regierung trotz aller Niederlagen nicht zur Vernunft kommt, ſo will ſie auch von einer Reform des Dreiklassenwahlſystems, trotz aller Unſinnigkeiten, die dabei zutage treten, nichts wiſſen. Im Gegenteil, ſie will dieſes Wahlſystem verewigen, und ihr Ziel glaubt ſie dadurch zu erreichen, daß ſie einige Schönheitsfehler überkleiſtert.

„Zur Aufſtellung der in früheren Seſſionen mehrfach erörterten Klagen über die übermäßige Größe einiger Wahlbezirke für die Wahlen zum Hauſe der Abgeordneten und über einzelne Vorſchriften des Wahlverfahrens ſind Vorarbeiten eingeleitet und ihrem Abſchluffe nahe geführt worden.“

Das iſt alles, was die Thronrede über die Wahlreform ſagt. Einige Wahlbezirke ſollen geteilt, einige Vorſchriften des Wahlverfahrens abgeändert werden, im übrigen aber bleibt alles beim alten. Das elendefte aller Wahlſysteme wird zu rechtgeſtützt, damit es noch ein paar Jahre ſein elendes Daſein friſten kann, vorausgeſetzt, daß ihm nicht ſchon vorher der Anſturm des Proletariats den Todesstoß verſetzt.

Im Anſchluß an die feierliche Eröffnung hielten beide Häuſer des Landtages kurze geſchäftliche Sitzungen ab. Das Herrenhaus wählte ſein früheres Präſidium wieder, das Abgeordnetenhaus wird dieſe ſchwierige Arbeit am Mittwoch vollziehen und dann ſofort in die Beſprechung von Interpellationen treten, die ſich auf das Eisenbahnunglück bei Spremberg und auf den Wagenmangel beziehen.

Der Volkſchulgeſetzesentwurf.

von deſſen Inhalt wir geſtern bereits die wichtigſten Auszüge gebracht haben, entſpricht durchaus den an ihn geknüpften Beſorgungen. Er will der Simultanschule nur in einigen Provinzen ein kümmerliches Fortvegetieren gönnen, während in allen übrigen Landesteilen der konfeſſionelle Charakter der Volkſchule immer ſchärfer herausgebildet werden ſoll. Die Schulen ſollen, je nach dem Prozentsatz evangeliſcher oder katholiſcher Schüler, ausſchließlich mit Lehrkräften einer beſtimmten Konfeſſion beſetzt werden. Sind in einer Schule mehr als 60 und in Gemeinden von mehr als 5000 Einwohnern mehr als 120 Schüler derſelben Konfeſſion vorhanden, ſo muß auf Antrag eine Schule der betreffenden Konfeſſion eingerichtet werden! Ein ungeheuerlicher Unſinn, daß in einem modernen Staate die Kinder der nichtbeſitzenden Klaſſe die Opfer des elenden konfeſſionellen Kleinrieges ſein ſollen, ein ſchlimmerer freilich noch, daß jede der Konfeſſionen in der Lage iſt, der „Hure Vernunft“, wie ſich Luther ſo geſchmackvoll ausdrückte, jeden Schimpf und jede Schmach anzutun!

Der Geiſt pſäfflicher Bevormundung, den der Entwurf atmet, offenbart ſich auch unterkennbar in den Beſtimmungen über die Schuldeputationen. Dieſe ſollen zuſammengeſetzt werden aus:

1. Einem bis höchſtens drei Mitgliedern des Gemeindevorſtandes.
2. Der gleichen Zahl von Mitgliedern der Stadtverordnetenverſammlung.
3. Mindestens der gleichen Zahl von des Erziehungs- und Volkſchulweſens kundigen Männern, unter dieſen mindestens einem Rektor (Hauptlehrer) oder Lehrer an einer Volkſchule.
4. Die zustiändigen Kreisſchulinspektoren.
5. Wo mehrere Kreisſchulinspektoren vorhanden ſind, treten höchſtens drei ein, nach näherer Beſtimmung der Schulaufsichtsbehörde.
6. Der dem Dienſtorte nach vorgehende oder ſonſt der dem Dienſtorte nach älteſte Ortspfarrer der evangeliſchen Landeskirche und der katholiſchen Kirche.
7. Sofern ſich in der Stadt öffentliche jüdiſche oder jüdiſch-chriſtliche Schulen befinden, tritt außerdem der Rabbiner ein, wenn er am Orte wohnt.

Kein Wunder, daß die „Deutſche Tageszeitung“ mit dem Entwurf, wenigſtens ſeiner Verfaſſungstendenz, ganz zufrieden iſt. Die Regelung der konfeſſionellen Fragen, meint das Organ des Brot- und Fleiſchwuchers, entſpreche zwar durchaus nicht dem Ideale, erſcheine aber als ein nicht mißlungener Verſuch, einen gangbaren Mittelweg zu finden. Die Krautjunker können in der Tat zufrieden ſein; die völlig verpſäffte Schule wird ihr möglichſtes tun, was ſcharwerkende Volk in ſupider Untertänigkeit zu erhalten. Ob es freilich gelingen wird, iſt eine andere Frage!

Deutsches Reich.

Erhöhung der preußischen Einkommensteuer.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, enthält der „Geſetzesentwurf betreffend die Abänderung des Einkommenſteuergeſetzes“ verſchiedene Beſtimmungen, durch welche die Steuerzahler der Einkommenſtufen von 4000—6500 günſtiger geſtellt werden. Dadurch wird nach offiziöſer Berechnung eine Mindereinnahme von 3,4 Millionen Mark entſtehen. Das iſt im Verhältnis zur Gesamteinnahme nicht viel. Dennoch gedenkt der Finanzminiſter auf dieſen Betrag nicht zu verzichten, ſondern ihn durch eine Erhöhung der Einkommenſteuer zu decken. In der Begründung der dem Landtage zugegangenen Vorlage wird bereits angekündigt:

Ein Erfolg für dieſen Betrag wird zurzeit nur mit Rücksicht darauf nicht vorgeſchlagen, daß der berechnete Anſatz vorausſichtlich nur ein vorübergehender ſein und in nächſter Zeit ohnehin eine Erhöhung der Einkommenſteuer notwendig werden wird. Das von Jahr zu Jahr ungünſtiger geſtaltete Verhältnis, in dem die Einnahmen aus den dieſelben Steuern zu dem ſtaatlichen Gesamtbedarf ſtehen, gibt ſchon jetzt zu erſten Bedenken Anlaß. Der aus den Ueberſchüſſen der Betriebsverwaltungen und den Steuern zu bedeckende Betrag

der Staatsverwaltungs-Ausgaben beſiegt ſich im Jahre 1892/93 auf rund 302 Millionen Mark, im Jahre 1905 (nach dem Etat) auf rund 562 Millionen Mark. Die direkten Staatsſteuern lieferten hierzu einen Ueberſchuß 1892/93 von rund 170 Millionen Mark = 56,3 Proz., 1905 von rund 211 Millionen Mark = 37,7 Proz., während durch andere Einnahmen 1892/93 132 Millionen Mark = 43,7 Proz., 1905 351 Millionen Mark = 62,3 Proz. gedeckt wurden.

Im Laufe der letzten 13 Jahre ſind ſomit die Staatsausgaben mit abſolut und prozentual ſteigenden Beträgen auf ſchwankende Einnahmen, inſondere auf die Ueberſchüſſe aus den Eisenbahnen baſiert. Hiernach und im Hinblick auf die fortgeſetzt in ſtarkem Maße ſteigenden Aufwendungen des Staates auf allen Gebieten, inſondere für das Volkſchulweſen, wird es unabweisbar ſein, eine Erhöhung der Einnahmen aus der Einkommenſteuer herbeizuführen. Dieſerhalb dem Landtag eine beſondere Vorlage zu unterbreiten, beſagt die Staatsregierung ſich vor.

Die ſeltſame Begründung läßt erkennen, daß die Abänderung des Einkommenſteuergeſetzes nur deswegen vorgeſchlagen wird, um einen Anlaß zur Steuererhöhung zu finden, und zwar geſucht man nicht nur den Hebelbetrag von jirta 3,4 Millionen Mark herauszuschlagen, ſondern noch einen beträchtlichen Ueberſchuß — jont wäre der Hinweis darauf, daß die Einkommenſteuer nicht in gleichem Maße wächst, wie der Ueberſchuß aus den Staatsbahnen ganz ſinnlos. Allem Anſchein nach iſt dieſer Vergleich nur deshalb in die Begründung der Vorlage hineinlangiert, damit ſpäter im Anſchluß an ihn die Folgerung gezogen werden kann, es müßte zwiſchen der Einkommenſteuer und den Einnahmen aus den Eisenbahnen das alte proportionale Verhältnis wieder hergeſtellt werden. Es geht doch nichts über die Logik eines Finanzminiſters der Riquieſchen Schule! —

Ein Nachspiel zur Dresdener Wahlrechtsdemonstration.

Die inſolge der wilden Polizeiattentats blutig verlaufene Wahlrechtskundgebung in Dresden wird in der zweiten Kammer des ſächſiſchen Landtages zur Erörterung kommen. Der Genoffe Goldstein hat folgende Interpellation eingebracht:

Am 18. und 19. November d. J. hat ein großer Teil des ſächſiſchen Volkes in Verſammlungen ein beſſeres Landtagswahlrecht gefordert. Die Arbeiter Leizjigs inſondere haben dieſes durch friedliche Demonſtrationen auf den Straßen in eindrucksvoller Weiſe zum Ausdruck gebracht. Gleichwohl haben bei Wiederholung dieſer Meinungskundgebungen des Volkes die Polizeidirektionen in Dresden und Chemnitz am 3. Dezember d. J. ihre unteren Organe angewieſen, in ſchärfſter Weiſe gegen Strahendemonſtranten vorzugehen. Die Polizei hat in vereinzelten Fällen, namentlich in Dresden, mit der blanken Waffe eingegriffen, eine große Zahl von Perſonen verletzt und hierdurch weite Bevölkerungskreiſe in maßloſe Erbitterung verſetzt. Angeſichts dieſer Vorgänge richtet der Unterzeichnete an die Regierung folgende Fragen:

1. Iſt die Regierung gewillt, das von der Dresdener und Chemnitzer Polizei am 3. Dezember d. J. angewandte bedauerliche Verfahren gegen friedliche Volksmassen gutzuheißen, oder welche Maßregeln denkt die Regierung zu ergreifen, um der Wiederkehr ſolcher gewalttätigen Handlungen vorzubeugen?

2. Glaubte die Regierung, angeſichts der großen Empörung, wie ſie ſich in den ſpontanen Kundgebungen vieler Tausender gezeigt hat, an ihrer in der Kammerſitzung vom 27. November dargelegten Auffaſſung über die Wahlrechtsreform feſthalten zu können?

Der Miniſter v. Meyſch wird alſo Gelegenheit finden, ſich über die Praxis der Dresdener Polizei zu äußern. —

Deutsch-englischer Handelsvertrag.

Bekanntlich läuft am 31. Dezember dieſes Jahres die Prolongation des Handelsvertrages (Meiſtbegünstigungsvertrages) mit dem britiſchen Reich ab. Dem Reichstage iſt deshalb eine Vorlage zugegangen, durch welche beantragt wird, den Bundesrat nochmals zur Verlängerung des Vertrages, und zwar bis zum 31. Dezember 1907, alſo auf zwei Jahre, zu ermächtigen. —

Konservatives Bündnis in Baden.

Der Zuſammenſchluß der Nationalliberalen, Demokraten und Freiwirtschaftlichen im liberalen Block hat, wie es ſcheint, auch einen Zuſammenſchluß der weiter rechts ſtehenden bürgerlichen Parteien zur Folge. Bei der letzten Landtagswahl hat ſich der liberale Block, was den Zuſammenhalt anlangt, in der Hauptſache bewährt. Das Zentrum hat davon den Nachteil gehabt. Nun beabſichtigen die Führer der liberalen Parteien den Block ſoweit auszubilden, daß er auch für die Parlatmentarität wirksam bleibt. Das demokratiſche Blatt Badens hat ſogar vor einigen Wochen ſchon die Ausarbeitung eines gemeinſamen Block-Programms und die Einſetzung eines gemeinſamen Agitationskomitees verlangt.

Dieſes Vorhaben ſcheint nur in Zentrumskreiſen den Wunsch nach Einbeziehung der Konſervativen in ihren Wahlkreis rege gemacht zu haben. Schon bei der Landtagswahl hat das Zentrum ſtark für die Konſervativen gearbeitet und, zum Teil unter Preisgabe der eigenen Kandidaten, den Konſervativen zu den vier Mandaten verholfen, die ſie im Landtage beſitzen. Man hat dabei das Beſtehen eines Wahlbündniſſes beſtritten, aber jetzt hat ein ſehr rühriger Zentrumsagitor, der Stadtpfarrer Kunz aus Bruchſal in einer Zentrumsverſammlung in Heidelberg ganz offen den Zuſammenſchluß des Zentrums mit den Konſervativen verlangt. — Die Konſervativen ſtellen ſich vorerſt noch dumm, ſie wiſſen angeblich von nichts, daß ſie aber ein ſolches Bündnis nicht ausſchlagen, das gebietet ihnen ſchon die Selbſterhaltung; denn was ſie bisher an parlamentariſcher Vertretung haben, verdanken ſie dem Zentrum. Der Zuſammenſchluß der Reaktion macht weitere Fortſchritte ohne Rücksicht auf Religion und Konfeſſion. —

Die Agitation der germaniſch-nationalen Studenten der Jenaer Uniuerſität gegen die „Ausländer“ hat einen gewiſſen Erfolg erzielt. Der Senat der Uniuerſität hat entſchieden, daß den Inländern beim Belegen von Plätzen für Vorleſungen und Übungen in Inſtituten bis drei Tage nach dem taſſächlichen Beginn der Vorleſungen der Vorzug eingeräumt werden ſoll. Andererseits wird den Ausländern der Zuſammenſchluß zu Vereinen nicht unterſagt, ſondern nur das Farbentragen. Ueber die weiteren, die Immatrikulation und die höhere finanzielle Beſatzung betreffenden Forderungen zu entſcheiden, erklart ſich der Senat für unzuſtändig, da dieſe Sache der betreffenden Regierung ſei.

Der Senat erklart zum Schluß: Die deutſchen Uniuerſitäten ſind nationale Anſtalten, in denen neben der Wiſſenſchaft deutſche Geſinnung und Geſittung gepflegt werden ſollen, aber die Wiſſenſchaft als ſolche iſt international und ſoll geiſtige Anregung geben unter den Völkern hinüber und herüber.

Einerſeits — andererſeits! Innerſtlich bleibt nur, wechhalb die deutſche Geſittung nicht unter dem Zuſammenſchluß der Ausländer zu Vereinen leidet, wohl aber unter dem Farbentragen. Wahrscheinlich wiſſen das die hochwohlweiſen Rektoren nicht. Es geht doch nichts über die Konſequenz eines deutſchen Professore.

Friedrich August von Sachsen, der ehemalige Gemahl der Gräfin Montignoso, liebt es nach dem Vorbild anderer Potentaten gelegentlich an die Soldaten kräftige Ansprachen zu halten. Auch bei der dieser Tage erfolgten Vereidigung der Rekruten der Dresdener Garnison leistete er sich einen kleinen Speech, in welchem er in Anlehnung an frühere Kaiserreden meinte:

„Auf die Heiligkeit des Eides sind Sie schon von berufener Seite aufmerksam gemacht worden. Ich richte nur die Ermahnung an Sie, stets dessen eingedenk zu sein, daß der mit gelobterem Eid Sie nicht bloß für die Jahre bindet, in denen Sie aktiv dienen, sondern auch für Ihr ganzes späteres Leben. Gehe Gott, daß Sie sich einst auf dem Totenbette das Zeugnis ausstellen können: Ich habe die im Fahnenede übernommene Verpflichtung gehalten und sterbe als braver, ehrlicher, königstreu Soldat.“

Wir brauchen nicht erst zu erläutern, daß die in dieser Forderung hervortretende Auffassung nicht nur unsern Rechtsbegriffen, sondern auch nach dem geltenden Staatsrecht total falsch ist. Das Verhältnis des Soldaten zu seinem sogenannten „Kriegsherrn“ ist durch das Gesetz bestimmt, und dieses bindet den Soldaten nur für die Zeit seiner Dienstverpflichtung.

Gegen den Lurus der Arbeiter!

Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ bringt es fertig, gegen den Lurus der deutschen Arbeiter zu eifern! Es sei eine unerschämte Heze der Sozialdemokratie, den Arbeitern einzureden, daß durch die Bier- und Tabaksteuer der Kaufmann der Nicht-Besitzenden belastet werde. Warum trinke denn der Arbeiter „bäherisches“ Bier, warum rauche er Zigarren?! Freilich, das „gesunde billige Braumbier“ und die Tabakpfeife seien heute „abgetane Gemäße“.

Es ist allerliebste, eine konservative Korrespondenz so gegen den Lurus der Arbeiter wettern zu hören! Wenn die Herren doch einmal in ihren eigenen Reihen spartanische Sitten einführen wollten! Wenn sie doch erst einmal die junkerlichen Spröhlinge in den Garderegimentern und den feudalen studentischen Körpern an das gesunde Braumbier und das billige udermärkische Kraut gewöhnen wollten!

Uebrigens ist ja auch der edle väterländische Tabak keineswegs steuerfrei! Da der einheimische Rauchtobak mit 45 M. pro Doppelzentner besteuert ist, muß der Proletariat für das Pfund Tabak 22½ Pfennig Steuern. Ist der Tabak mit ausländischem Tabak gemischt, so erhöht sich die Steuerlast noch beträchtlich, da der importierte Tabak mit 180 M. pro Doppelzentner besteuert ist! Ja sogar das „gesunde Braumbier“ soll durch die neue Biersteuer verteuert werden!

Ein „Kulturkampf“ en miniature möchte das Zentrum in Düsseldorf in Szene legen. Die dortige Stadtverwaltung will in dem neuerbauten Krankenhaus keine konfessionelle Krankenpflege, sondern beantragte, daß weltliches Krankenpflegepersonal eingestellt wird, der Antrag ist mittlerweile von der Stadtverordneten-Versammlung mit Majorität angenommen worden. Gegen diesen Antrag wandten sich die dortigen Zentrumsführer mit allen Mitteln, sie beriefen Versammlungen ein und ließen sich von den gläubigen Schäfchen bestätigen, daß das katholische Volk in Düsseldorf sich nur von frommen katholischen Schwestern im Krankenhaus versorgen lassen wolle. Die ultramontane Presse machte einen derartigen Spektakel über die „Vergewaltigung“ der katholischen Bürgerschaft in Düsseldorf, daß unsere dortigen Genossen gezwungen wurden, zu dem doch eigentlich selbstverständlichen Antrag der Stadtverwaltung Stellung zu nehmen. In einer Resolution, die in einer Versammlung angenommen wurde, heißt es, daß die Krankenpflege mit der Religion nichts zu tun hat. Es wird deshalb gefordert, daß nicht allein in dem neuen städtischen Krankenhaus weltliches Pflegepersonal, unter gänzlicher Ausschließung der religiösen Orden, eingestellt wird, sondern daß auch in allen übrigen Krankenhäusern resp. Pflegehäusern der Stadt dieselben Gesichtspunkte zur Geltung kommen.

Die **Hamburger Stadt- und Vorortbahn-Vorlage** ist in der gestrigen Abmündung der Hamburger „Bürgerchaft“ endgültig angenommen worden. Der von Stolten vertretene Antrag des Genossen Paepow, daß der Betrieb der elektrischen Stadt- und Vorortbahn für Rechnung des Staates erfolgen solle, wurde abgelehnt und der Antrag Nothe angenommen, der die Forderung stellt, daß die Konzession zum Betriebe der elektrischen Stadt- und Vorortbahnen in Hamburg nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung auf Grund der als Anlage 3 beigefügten Bedingungen gemäß Beschluß von Senat und Bürgerchaft demjenigen Bewerber erteilt werde, dessen Angebot im öffentlichen Interesse als das annehmbarste erscheint.

Die Entschädigung der südwestafrikanischen Ansiedler.

Die Erhebungen der Kommission, welche die Entschädigungen der Ansiedler in Südwestafrika festzustellen hat, sind, so wird uns gemeldet, noch nicht beendet. Da eine Feststellung des Gesamtschadens von der Kommission noch nicht erfolgt ist, konnte eine Vorlage dem Reichstage nicht im Hauptetat vorgelegt werden. Es wird dies wahrscheinlich in einem Ergänzungsetat geschehen; derselbe wird alles enthalten, was eine volle Schadloshaltung der Betroffenen ermöglicht. Man hofft an zuständiger Stelle, daß die noch erforderlichen Feststellungen in Kürze beendet sein können, zumal der Kommission dadurch, daß jetzt die Witbois ausscheiden, Gelegenheit gegeben ist, weitere Reisen zu machen, und die neu gebildeten Teilkommissionen auch intensiver arbeiten können, als vordem möglich war.

Durch diesen Ergänzungsetat werden also die kolonialen Ausgaben noch weiter erhöht werden! Ganz abgesehen davon, daß einen großen Teil der Geschädigten selbst die Verantwortung für den durch die kolonialen Ausplünderungspraktiken provozierten Zustand trifft, sollten doch auch gleichzeitig Erhebungen darüber angestellt werden, inwieweit sich die Händler und Farmer inzwischen durch Lieferungen für die Truppen für den erlittenen Verlust schadlos gehalten haben!

Gegen die geplante Tabaksteuer haben nach einem Referate des Reichstagsabgeordneten Genossen Geyer die Leipziger Tabakarbeiter die folgende Resolution angenommen: „Die am 3. Dezember tagende öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter Leipzigs protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die seitens der Regierung dem Reichstage vorgelegte Tabak- und Zigarettensteuervorlage, überhaupt gegen jede Mehrbelastung, welche die Ausbreitung der allgemein schädlichen Heimarbeit fördert, die Verarmung der Arbeitelöhne begünstigt, den Ruf der Tabakfabrikate einschränkt und darum Arbeitslosigkeit, Not und Elend für die Tabakarbeiter zur Folge haben muß. Die Versammlung fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie auf, mit allen Kräften den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks aufzunehmen und zu führen.“

Rückzug der badischen Militärvereinsbrüder. Aus Furcht vor der großherzoglichen Ungnade hatte das Präsidium des badischen Militärvereinsbundes bekanntlich die meisten seiner Mitglieder in Acht und Bann erklärt, welche dem nationalliberal-sozialdemokratischen Wahlbündnis entsprechend bei der letzten Landtagswahl für Sozialdemokraten gestimmt oder gar für die Wahl von Sozialdemokraten aufgerufen hatten. In liberalen Kreisen hatte das einen Sturm der Entrüstung erregt, denn die Klimbimbrüder rekrutieren sich fast ausschließlich aus der nationalliberalen Partei. Und diese Leute hatte das Bundespräsidium mit „Gendarmen“ und ähnlichen Besatzungen besetzt. Die Folge war eine förmliche Rebellion, die den Austritt einiger ganzer Vereine aus dem Bund und vieler Einzelmitglieder aus den Militärvereinen nach sich zog. Nun tritt das Bundespräsidium

den Rückzug an; in einem neuen Erlaß versucht man den ganzen Vorstoß als gegen die Sozialdemokratie hinzustellen. Der Ausdruck Heuchler bezieht sich nur auf Sozialdemokraten, die noch Mitglieder der Militärvereine bleiben. Ausschüsse von liberalen Mitgliedern sollten ja nur in dem Falle erfolgen, wo Militärvereinsleiter in Flugblättern dem Bundespräsidium zum Trost zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefördert hätten. Und auch hier werde man die Wählerregung als mildernden Umstand gelten lassen.

Diese Rückzugsbedeutung ist natürlich Blödsinn, doch für die liberalen Mannesjelen genügt diese jämmerliche Motivierung; sie ahnen auf und sind glücklich, weiterhin an dem Klimbim teilnehmen zu können.

Das **Kriegsgericht in Düsseldorf** verurteilte zwei Mannen des dortigen Manneregiments zu je 3 Monaten Gefängnis. Die Verurteilten hatten als „ältere Mannschaften“ die Rekruten in brutalster Weise mit der Keitpeitsche mißhandelt.

Landtagswahlresultat im Segeberger Kreise. Bei der im 15. Wahlbezirk des Regierungsbezirk Schleswig stattgehabten Landtags-Wahl wurden insgesamt 130 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Gutsbesitzer Wendroth-Rueschen (freil.) 75, auf Graf Wendtlin-Borstel (Bund der Landwirte) 33 und auf Professor Hänel-Diel (fr.) 8 Stimmen. Wendroth ist mithin gewählt.

Zum Frauenstudium.

Stuttgart, 3. Dezember. (W. T. B.) Das Kultusministerium gibt im „Staatsanzeiger“ bekannt, daß reichsangehörige weibliche Personen unter gleichen Bedingungen und in gleicher Weise wie männliche Personen als ordentliche Studierende zum Besuch der Technischen Hochschule in Stuttgart zugelassen werden.

Ausland.

Frankreich.

Öffentliche oder geheime Präsidentenwahl?

Paris, 3. Dezember. (Eig. Ber.) Die Wahl des Präsidenten der Republik beherrscht neben den Kammerwahlen das Getriebe des seit dem Ende entgegen gehenden Parlaments. Die scheidenden Agenten der Doumer'schen Verschönerung arbeiten mit allen Kräften. Um den drohenden Verrat lauzerter „Republikaner“ zu verhindern, haben die radikalen Parteien beschlossen, in Anbetracht der Situation in letzter Stunde den Modus der Präsidentenwahl zu ändern. Nicht mehr geheim, sondern in offener Abstimmung soll der Chef der Exekutivgewalt gewählt werden! Der Verichterichter über den Antrag hat seine Arbeit schon vorgelegt, und das Gesetz könnte sofort erledigt werden, wenn die Majorität wirklich will. Die Reaktionen fallen über den Entwurf während her. Geradezu grotesk ist der Protest, den sie im Namen der „Moral“ gegen die offene Wahl erheben. Die geheime Wahl des Präsidenten, sagen sie, sei ein Schutz dagegen, daß zwischen Wähler und Gewählten ein Danks- und Vergeltungsverhältnis entstehe. Aber in Wirklichkeit bedeutet die geheime Wahl hier nur die Möglichkeit, daß die Abgeordneten, von ihren Wählern unkontrolliert, ihren Republikanismus verkaufen können. Die Leute aber, die die geheime Wahl des Präsidenten durchaus aufrechterhalten wollen, sind dieselben, die im Senat und in der Kammer die wirklich im Interesse der bürgerlichen Freiheit notwendige Sicherung der geheimen Abgeordnetenwahl auf das bestmögliche belämpft haben! — Im Senat vermöchten sie sogar das neue „Kosetzgesetz“ zu Fall zu bringen, das indes von der Deputiertenkammer mit einigen Änderungen wiederhergestellt wurde. Aus dem Verhalten der republikanischen Abgeordneten zur offenen Präsidentenwahl wird man ungefähr erkennen können, wie viele Bourgeois-Demokraten mit den reaktionären Wallern schon ins reine gekommen sind. Die Ausschüßigen Doumers sind keineswegs gering. Wenn schon seinerzeit seine Wahl zum Kammerpräsidenten gezeigt hat, wie viele Republikaner geneigt sind, ihren Parteigenossen in den Rücken zu fallen, so haben die neuesten skandalösen Fälle politischer Korruption, die Affären Rizman und Augagneur, bestätigt, daß die republikanische Bürgergenug nur allzu bereit ist, sich bei lohnender Gelegenheit in Wars zu verwandeln.

Marokko vor der französischen Kammer.

Paris, 5. Dezember. (W. T. B.) Der nationalistische Deputierte Faure hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er ihn am nächsten Freitag über die auswärtige Politik, besonders über die marokkanischen Angelegenheiten, zu interpellieren gedenke.

England.

Deutsch-englische Beziehungen.

London, 2. Dezember. (Eig. Ber.) Auf Anregung Lord Avebury's und Sir Thomas Barchers versammelten sich hier diese Woche englische und deutsche Bürger, um für den englisch-deutschen Frieden zu demonstrieren. Auf den Gang des Völkerverlebens können derartige Demonstrationen keinen Einfluß ausüben. Man würde dem Frieden viel erfolgreicher dienen, wenn die Friedensfreunde den sachlichen Gegensatz zwischen den beiden Ländern offen und klar darlegten. Der Gegensatz ist vorhanden und wird durch die absolut nutzlosen deutschen Plottentrümpfen verschärft. Es wird der deutschen Diplomatie nicht mehr gelingen, so erfolgreich zu operieren wie in den Jahren 1860—1870. Das Buch der deutschen Politik liegt gegenwärtig jedem offen; seine Geheimnisse sind offenkundige Gemeinplätze. Jeder Zug der deutschen Politik wird sofort begriffen, ja, er wird antizipiert, von vornherein unschädlich gemacht.

England ist auf die deutsche wirtschaftliche Entwicklung ebenso wenig eifersüchtig wie auf die amerikanische. Uebrigens führen wirtschaftliche Gegensätze nicht immer und nicht so leicht zu Kriegen. Internationale wirtschaftliche Gegensätze können zum Kriege führen: erstens zwischen zwei jungen Nationen, die in der Vollkraft ihrer Jugend um ihre Zukunft ringen müssen; zweitens, wenn der Gegensatz so scharf ist, daß er eine der betroffenen Mächte mit vollständiger Vernichtung bedroht. Keine dieser Bedingungen ist im englisch-deutschen Gegensatz vorhanden. Dagegen ist England — infolge seiner maritimen Lage — nicht imstande, das Aufkommen einer großen deutschen Seemacht zu gestatten. Es ist einfach in der Nordsee kein Platz da für zwei gleich starke, modern-militärische Seemächte. Der unmittelbare Gegensatz ist maritimer und geographischer Natur. Es ist derselbe Gegensatz, der ausgefochten wurde zwischen England und Holland im siebzehnten Jahrhundert, zwischen England und Louis XIV. im achtzehnten und zwischen England und Napoleon I. im neunzehnten Jahrhundert.

Die deutsche Weltpolitik ist noch vielfach ein instinktiver Drang. Sie ist sich über die Grenzen ihres Wollens und ihrer Leistungsfähigkeit nicht klar. In dieser Unklarheit liegt die Gefahr für den Frieden. Dagegen ist die Geopolitik Englands kristallisiert in einer zweihundertjährigen Geschichte. Die Grundsätze sind festgelegt, die Mittel zu ihrem Schutze werden eifrig gepflegt, und im Momente, da England sich überzeugt, daß Gefahr im Verzuge ist, wird es prompt und mit der ganzen Wucht des britischen Reiches handeln und den Existenzkampf bis zum bitteren Ende führen.

Zwischen England und Deutschland kann es entweder aufrichtige Freundschaft geben, wenn Deutschland seine Plottenpolitik einschränkt, oder einen Krieg auf Tod und Leben, wenn Deutschland die englische Seeherrschaft herausfordert.

Nicht durch Drohungen und nicht durch Friedensschälmeinen kann dieser Gegensatz aus der Welt geräumt werden. Klare Erkenntnis der Lage, demokratische Reformen in Deutschland, justizistische Annäherung der beiden Völker könnten den Weg zu einer deutsch-englischen Freundschaft bahnen. Aber so lange man sich in gewissen Kreisen Deutschlands in napoleonischen Illusionen wiegt, ist ein deutsch-englischer Vernichtungskrieg unvermeidlich, wenn es nicht

gelingt, das Selbst- und das Kulturbewußtsein des englischen sowie des deutschen Volkes zu der Höhe emporzuheben, auf der ein Volk angelangt sein muß, um sich nicht mehr Krieg oder Frieden durch „höhere Winke“ vorschreiben zu lassen.

Schweden.

Das Schulprogramm des Kultusministers.

Der neue schwedische Kultusminister Berg ist der Reaktion ein Stein des Anstoßes. Schon der Umstand, daß ein einfacher und noch dazu freigeinnter Volksschullehrer zum obersten Leiter der Kirchen- und Schulangelegenheiten berufen wurde, bereitete den Konserwativen und Scheinliberalen großes Vergeris. Eine Deputation des „Vereins für Gewissensfreiheit und Reform des Religionsunterrichts“ hat den Minister Berg dieser Tage über seine Meinung hinsichtlich der zu erwartenden Reform der Unterrichtsmethode an den Seminaren und Volksschulen befragt. Er versprach dafür zu wirken, daß diese Reform, besonders was die Religion anbetrifft, einen Schritt vorwärts bedeute. Seiner Meinung nach, so erklärte er, sollten die Lehrer und Lehrerinnen in den Seminaren mehr dazu ausgebildet werden, einen allgemeinen religionsgeschichtlichen Unterricht an den Volksschulen zu geben. Der dogmatische Religionsunterricht sowie das Auswendiglernen von Bibelversen sollte möglichst eingeschränkt werden und am liebsten ganz fortfallen.

Gelingt es dem Minister, diese Anschauungen zur Geltung zu bringen, so wird er sich um die Verbesserung des Schulunterrichts verdient machen. Gegenwärtig werden die Kinder des Volkes auch in Schweden noch mit einer Unmasse religiöser Vernunft überfüllt, zum Nachteil der für das Leben notwendigen und nützlichen Kenntnisse.

Norwegen.

Die Sozialdemokratie Norwegens und ihre Abgeordneten.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Stortingmänner bei der Königswahl wird nun auch von einem norwegischen Parteiorgan, der in Trondheim erscheinenden „Ny Tid“, für unverständlich erklärt. Das Blatt schreibt:

„Wir begreifen mit bestem Willen nicht die absolute Notwendigkeit für die Sozialdemokraten im Storting, bei der Königswahl mit „Ja“ zu stimmen. Dies erscheint mit uns vielen so unbegrifflich, daß eine öffentliche Erklärung der Motive von der Stortingstraktion gegeben werden sollte.“

Diese Kritik ist von „Social-Demokraten“ ohne Hinzufügung einer eigenen Bemerkung übernommen worden, obwohl doch unser Brudergeschlecht die Abstimmungsweise der Stortingmänner für eine bedauernde, aber absolute „Notwendigkeit“ erklärt hat! Man muß danach annehmen, daß die Redaktion doch wohl nicht so ganz einmütig übereinstimmt mit der Richtung dieser ihrer Auffassung. Uebrigens hat der Hauptredakteur, Genosse Olav Akingen, dem Parteivorstand erklärt, daß er auf dem nächsten Parteitag, der wahrscheinlich zu Ostern 1906 stattfindet, unter keinen Umständen wiedergewählt werden wolle, und zugleich hat er sein Mandat als politischer Leiter des Blattes niedergelegt. — „Social-Demokraten“ hat im übrigen, abgesehen von der unverständlichen Verteidigung des Verwehens von der „erzwungenen“ Königswahl, während der ganzen Bewegung eine grundsätzliche republikanische Haltung bewahrt und ist auch dem überhäumenden Nationalismus und Surrapatriatismus kraftvoll entgegengetreten. Das Gleiche kann bis zu einem gewissen Grade von den Stortingmännern der Partei gesagt werden. Um so mehr mußte bei der Königswahl ihre „Ja“ und die Verteidigung dieser ihrer Abstimmung durch „Social-Demokraten“ überraschen. Diese Lauffache sowie das Verhalten der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Knudsen und Gjøsteen zu den Einzugsfestlichkeiten haben offenbar manchem unserer norwegischen Genossen viel zu denken gegeben, und es scheint, daß sich jetzt innerhalb der norwegischen Sozialdemokratie eine heftige Krise vorbereitet. Dazu sagt „Ny Tid“ in einem Leitartikel, der die Ueberschrift „Enttäuschung in Schweden“ trägt, daß die Sozialdemokraten und auch bürgerliche Freiheitfreunde Schwedens so oft auf Norwegen als das Fortschrittsland hingewiesen haben, daß sie sich jetzt durch die Königswahl und den ganzen monarchisch-patriotischen Schwindel, der die Masse des norwegischen Volkes ergriffen zu haben scheint, doppelt enttäuscht fühlen. Es wird dann erklärt, diese Enttäuschung beruhe zu einem großen Teil darauf, daß man sich eine zu vorteilhafte Auffassung von der freiheitlichen Gesinnung der norwegischen Bourgeoisie gemacht hatte. Dann fährt der Artikel-freiber fort:

„Was die Enttäuschung und den Unwillen unserer schwedischen — und übrigens der Parteigenossen in der ganzen Welt — mehr berechtigt erscheinen läßt, sind gewisse Ereignisse innerhalb der norwegischen Sozialdemokratie. Aber auch in dieser Hinsicht sollte man uns Zeit lassen. Man sollte daran denken, daß die norwegische Sozialdemokratie als Partei noch verhältnismäßig jung ist, jedenfalls zu jung, um sich selbst sowie ihre Arbeitsmittel und vor allem ihre Männer ganz zu kennen. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung ausschließlich von Distrikten gewählt ist, in denen die Bewegung und ihre Organisation eine in der Eile ausgeführte Arbeit darstellt, und daß ihr ferner dort beinahe ganz das notwendige Fundament: die Gewerkschaftsbewegung fehlt. Zudem ist die Lage dieser Distrikte eine solche, daß die älteren und geübten Elemente wenig Kontrolle über die Bewegung ausüben konnten und noch weniger imstande waren, sie zu leiten.“

Darum — geht Zeit. Die norwegische Sozialdemokratie wird gewiß, wenn die Zeit dazu gekommen ist, mit ihren Männern abrechnen, falls sie von dem Wege der Prinzipien abgewichen sind. Und die norwegische Arbeiterbewegung wird sich ganz gewiß mit heller Haut aus der bürgerlichen Kompagniegesellschaft retten, mit der sie sich im Laufe des Sommers teilweise zufrieden geben mußte. Schwierigkeiten wird es kosten — darauf muß man vorbereitet sein. Aber es ist unsere feste Ueberzeugung, daß es gelingen und zwar v o l l k o m m e n gelingen wird.“

Finnland.

Der neue Senat. Im Anschluß an unseren gestrigen kurzen Situationsbericht aus Finnland können wir heute mitteilen, daß der neue Senat ernannt und vom Jaren allernähdigt bestätigt ist. Leo Meckelin hat das Vizepräsidium übernommen, und auch der Volksschullehrer Kari, ein finnischer Willeram, ist als Senator ohne Portfeuille in die erlauchte Körperschaft eingetreten.

Serbien.

Serbien erwacht. Am Sonntag vormittag veranstalteten in Belgrad die sozialdemokratischen Arbeiter einen Demonstrationsumzug und forderten durch eine Abordnung vom Ministerpräsidenten und Präsidenten die Zurückziehung des neuen Gewerbegesetzes. Der eritere erklärte, die Regierung werde für die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden sowie der Arbeiter gleichmäßig sorgen, sie könne aber nicht eine Gesellschaftsklasse zum Nachteil einer anderen bevorzugen. Vor dem Parteivorstand kündigte ein Redner an, daß, wenn nötig, der Generalstreik erklärt werden würde. Die Ordnung wurde nicht gestört. Ähnliche Demonstrationen werden aus der Provinz gemeldet.

Japan.

Japan beim Weltfrieden. London, 4. Dezember. Wie dem „Daily Telegraph“ aus Tokio gemeldet wird, befinden sich im japanischen Budget für das nächste Jahr Ausgabenposten von einer Million Pfund Sterling für die Bildung 4 neuer Armeekorps, von 2 Millionen Pfund Sterling für Reparaturwerke der Marine und von 200 000 Pfund Sterling für Fort Arthur. Die Gesamtausgabe für das nächste Jahr wird auf 103 Millionen Pfund Sterling geschätzt, wovon 80 Millionen durch den Krieg veranlaßte Mehrausgaben sind.

Aus Italien.

Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe.

Rom, 2. Dezember. (Fig. Ver.) Der permanente Ausschuss des italienischen Reichsarbeitsamtes hat nach langer Diskussion, bei der im großen ganzen die Vorschläge der Referenten Cabrini, Montemartini und Saldini durchgingen, folgende Grundlinien eines Entwurfes über die obligatorische Sonntagsruhe angenommen:

Die Sonntagsruhe ist obligatorisch für alle Arbeiten in Industrie, Handel und Landwirtschaft. Die Gewerbe, für die Ausnahmsbestimmungen gelten, sind einzeln aufzuzählen. Ueberall, wo die gesetzliche Sonntagsruhe von der Dauer von 36 Stunden nicht durchführbar ist, tritt an ihre Stelle eine ununterbrochene 36stündige Ruhepause im Laufe der Woche. Wochentags statt Sonntagsruhe gilt 1. für das Personal des Bahndienstes, des Beleuchtungs- und Reinigungswesens der Städte, der Straßenbahnen und verwandter Betriebe, 2. für die Industrien mit beständigem Feuer und für solche, deren Betrieb aus technischen Gründen keine Unterbrechung erleiden kann (Papierfabrikation, Schwefelsäureherstellung etc.) sowie für die Verarbeitung des Verderben ausgefahreter Nahrungsmittel, 3. für die folgenden Handelsbetriebe: Vergnügungs- und Erfrischungskafes, photographische Ateliers, Zeitungen und verwandte Unternehmungen.

Dies die Grundlinien, die auf jede Form der Produktion oder des Handels und Verkehrs mit Ausnahme der Fischerei, der Jagd und des Hausierhandels Anwendung finden. Für die Seemannschaften werden die Gutachten der die Lage dieser Arbeiterkategorie prüfenden Kommission abgewartet.

Was die Ausnahmen betrifft, so möchte der permanente Ausschuss sie auf ein Minimum beschränken. In den durch elementare Verhältnisse beeinflussten Saisonindustrien soll periodenweise die Wochentagsruhe an Stelle der Sonntagsruhe treten. Industrien, deren Saison durch die Gebräuche der Kundenschaft gegeben ist, wie Schneiderei usw., dürfen sechsmal im Jahr Sonntags arbeiten. In der Hochzeiten-Industrie will der Ausschuss nach deutschem Vorbild nur alle vierzehn Tage 36 Stunden Ruhepause gewähren. Bemerkenswert ist, daß der Verband der Industriellen den Vorschlag gemacht hatte, 52 Ruhetage im Jahre festzusetzen und die Verteilung den Unternehmern zu überlassen.

Im Handel schließlich sollen die Lebensmittel-Verkäufer, die Fleischer sowie die Reiseagenturen usw. jeden Sonntag 4 Stunden vormittags arbeiten dürfen, wofür den Angestellten ein halber freier Tag in der Woche zuzusetzt.

Das Personal in häuslichen Diensten hat einen halben freien Tag wöchentlich.

Für die Ueberwachung wird die Einrichtung des Arbeitsinspektorats gefordert.

Am 18., 19. und 20. Dezember wird der Arbeitsrat über diesen Entwurf beraten und die Gutachten der Vertreter der Organisationen anhören. So könnte der lang erwartete Entwurf noch im nächsten Frühjahr vor die Kammer kommen.

Die Anschuldigungen des „Avanti“ gegen die Marinerverwaltung haben dieser wirklich Unlust gebracht. Die gepriesenen Produkte der Stahlwerke Terni, mit denen die Marinerverwaltung Lieferungsverträge für Hunderte von Millionen geschlossen hat, zeigen in letzter Zeit eine eigenartige Hinfälligkeit. Die letzten Verträge mit Terni-Panzerplatten zur Verwahrung des Panzerschiffs „Vittorio Emanuele“ ergaben ein solches Resultat, daß die ganze Lieferung beanstandet wurde. Gleich beim ersten Schuß wurde die Platte durchbohrt und gespalten!

An all dem ist natürlich nur der „Avanti“ mit seiner bitterbösen Verleumdung und seinen Artikeln über die „butterweichen Panzerplatten“ schuld. Vorher hatte die Marinerverwaltung die Produkte der Terni immer als widerstandsfähig genug befunden.

Rom, den 3. Dezember. (Fig. Ver.) Die Wohnungsnot in Rom nimmt nach jeder unerträgliche Dimensionen an. Die hausbesitzenden Banken fahren fort, kleine Lente herauszusehen, um die Häuser neu herzurichten und dann teurer zu vermieten. Die kleinen Leute finden aber, auch wenn sie — wie das in Rom gefordert wird — die Miete für 3 Monate im voraus zahlen, keine andere Wohnung zu halbwegs annehmbaren Preisen. Sie bleiben also in dem großen von Palästen und Kirchen strotzenden Rom — obdachlos!

Um diesem Mißstande vorläufig zu steuern, hat die Stadt vor Monaten verfügt, keine Emissionen mehr vorzunehmen, es sei denn wegen rückständiger Miete. Diese Bestimmung umgehen die Hausbesitzer, indem sie von den Mietern, die sie los werden wollen, die Annahme der Miete verweigern! Dieser Tage ließ eine hiesige Bank einige 80 Familien ermitteln und fand von der unmenslichen Mietensteigerung erst ab, als die Bevölkerung der anliegenden Häuser sich gewaltsam zur Wehr setzte.

Die Zentralstelle der Wohltätigkeitsanstalten bietet den Ermittelten die Miete für drei Monate an, hütet sich aber wohl, ihnen Wohnungen in ihren zahlreichen Mietshäusern zur Verfügung zu stellen! Die Polizei verschlimmert die schon so unerträgliche Notlage noch dadurch, daß sie die armen Familien, die sich in den kalten regnerischen Nächten unter die Säulenhallen der öffentlichen Gebäude oder der vornehmen Häuser flüchten, gewaltsam vertreibt. So hat man in der Nacht auf den 29. November allein aus dem Säulengang der Vedra verjagt: eine Frau mit einem zehnjährigen Sohn und einer siebenjährigen Tochter, ein Ehepaar mit zwei kleinen Kindern, einen 7jährigen Mann mit zwei Enkelkindern und eine andere vierköpfige Familie. Rachtschle, um alle Obdachlosen aufzunehmen, gibt es nicht. Sollen sie auf der Straße erfrieren, wenn die kalten Nächte kommen? —

Ein politischer Arbeiterfieg in San Francisco.

Während jüngst die Wahl in New York die Aufmerksamkeit vieler Kreise auf sich zog, spielte sich am anderen Ende der Vereinigten Staaten, in der Stadt am Goldenen Tor, ein nicht minder sensationelles Stückchen amerikanischer Gemeindevahl-Politik ab.

In San Francisco hatten die Arbeiter eine eigene Wahlliste, vom Bürgermeister abwärts für die gesamte Stadtverwaltung, aufgestellt, und sie fielen auf der ganzen Linie. Etwas recht Wertwüchsiges! — Der alte politische Aberglaube, daß bei einer Wahl von Bedeutung nur die Liste der Republikaner oder der Demokraten Chancen hat, wird gründlich zertrümmert. Um so mehr, als in San Francisco Republikaner und Demokraten sich verdingt hatten und geschlossen gegen die Kandidaten der Arbeiter vorgingen! — Außerdem hörte man immer, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich überall dahin erklärten, keine Politik treiben zu wollen. Und hier treiben sie Politik und gewinnen einen verbüßenden Sieg, einen Sieg, den sie nicht einmal ausnützen können. Einmal sind sie bei der Aufstellung ihrer Kandidaten nicht mit genügender Sorgfalt vorgegangen und sehen jetzt manden Mann erwählt, dem sie im Ernst nicht die nötige Fähigkeit und Tüchtigkeit zugetraut hätten. Dann aber — und das ist die Hauptsache — haben wir es hier mit einer Partei ohne große ernste Grundzüge, ohne gut fundiertes Programm, ohne jedes Verständnis für den scharfen Gegensatz der Interessen der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse zu tun.

„Union Labor Party“ ist der Name der siegreichen Partei, und dieser Name enthält ihr Programm: Die Verteidigung der Rechte und der Position der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Die Union Labor Partei bildete sich im Jahre 1901. Kehrte den Kandidat Eugen Schmitz als Kandidaten für das Bürgermeisteramt auf und brachte ihn durch Weiterführung der Kraftanstrengung der Arbeiter damals nicht; die übrigen Kandidaten wurden, mit Ausnahme einiger Stadträte, aus den Reihen der Republikaner und Demokraten gewählt. Der Vorgänger von Eugen Schmitz, der Demokrat James Phelan, hatte die Erbitterung der organisierten Arbeiter im hohen Maße erregt, als er bei verschiedenen großen Streiks die Partei der Unternehmer nahm und die Polizei zum Schutze der Streikbrecher verwenden ließ.

Die Gewerkschaftsbewegung ist seit Jahren schon sehr erstarkt in San Francisco. Union Labor ist Trumpf, und die Arbeiter verfechten es dort, ihre Kräfte auszuspielen! Die Kapitalisten aber setzen den organisierten Arbeitern den bestmöglichen Widerstand entgegen, und so sind schwere Kämpfe unausbleiblich. Streiks und Boykotts werden in San Francisco mit weit größerer Schärfe und Energie geführt als bei uns in Deutschland, wo die Agitation für einen Streik außerordentlich erschwert wird und die Streikbrecher sich wohl beschützt wissen. Um einen Boykott durchzuführen, hat man jenseits des Ozeans allerlei sehr wirksame Mittel, die bei uns durchaus nicht erlaubt wären. So erregt z. B. der „Sandwidman“ sofort allgemeines Aufsehen, wenn er sich vor dem Eingange eines Geschäfts oder Etablissements von früh bis spät hin und her bewegt. Man sieht nur den Kopf des Mannes und zwei große Plakate, eins vorn, eins auf dem Rücken, mit der Aufschrift, daß die Zentralorganisation der organisierten Arbeiter, das Labor Council, hier einen Boykott verhängt hat.

Die Arbeiter brauchen scharfe Kampfmittel, denn die Kapitalisten sind fürchtbar rücksichtslos, sobald sie die Organisationen der Arbeiter nicht zu fürchten haben. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter von San Francisco hatte sich infolge ihrer gewerkschaftlichen Stärke sehr gehoben, und einen arbeiterfeindlichen Bürgermeister wollten sie sich nicht gefallen lassen. Die zahlreichen Sozialisten in den Gewerkschaften wurden nicht müde, die Arbeiter aufzufordern, selbst Politik zu treiben. Das taten sie denn auch, aber für die Unterdrückung der sozialistischen Partei waren sie nicht zu gewinnen. Sie bildeten eine eigene Partei und stellten Kandidaten aus ihren Reihen auf.

Voll Spannung blüht die Sozialisten damals also auf das Experiment; es war ihnen schon eine gewisse Genugtuung, daß die Arbeiter aus ihrer Leihgarie erwachen und selbständige Politik treiben wollten. Innerhalb der Partei wurden Stimmen laut — und es wurde später auch so beschlossen — daß man für diesmal — 1901 — dem Kandidat Schmitz keinen eigenen Kandidaten gegenüberstellen solle, um den organisierten Arbeitern das Spiel nicht zu verderben. Darüber gab es viel Aufregung in der Gesamtpartei, und bei den folgenden Wahlen gingen die Sozialisten in San Francisco wieder selbständig vor.

Schmitz zeigte sich den Anforderungen seines Amtes durchaus gewachsen und machte sich die Arbeiter zu guten Freunden. Als ein Straßenbahnen-Streik ausbrach, verweigerte er der Bahngesellschaft die Hilfe der Polizei und die Beschäftigung der Streikbrecher. Ganz begeistert lobten die Arbeiter ihren Schmitz, der es auch verstand, sich das Vertrauen weiterer Kreise in der Bürgerschaft zu erwerben, und so wurde er 1903 wiedergewählt, trotz des wütenden Widerstandes der Republikaner und Demokraten, die sich jetzt, 1905, vereinigen und dennoch geschlagen wurden! Dieser letzte Sieg war, wie gesagt, eine Ueberraschung für die Union Labor Partei selbst. Von 71 033 Stimmen erhielt Schmitz 40 191, der Republikanerkandidat 28 687, der Kandidat der sozialistischen Partei 1686 Stimmen. Der Rest war zerstückelt. Auf die für die anderen Kreise vorgeschlagenen sozialistischen Kandidaten entfielen mehr Stimmen (1900—2000). Die höchste sozialistische Stimmengruppe fiel auf den Kandidaten für den Posten des Polizeikommissars mit 2109 Stimmen.

Bei der Nationalwahl im November 1904 war die in San Francisco erzielte höchste Stimmengruppe 7250. Gegen die Kommunalwahl von 1903 dagegen zeigt die letzte Wahl einen kleinen Fortschritt. Damals fielen nur 1059 Stimmen für den sozialistischen Bürgermeisterkandidaten.

Ein treibendes Motiv für die politische Betätigung der organisierten Arbeiter war die Beforgnis vor der „Citizens Alliance“, einer starken und kapitalismächtigen Vereinigung von Fabrikanten und Unternehmern, die den rücksichtslosesten und unerbittlichsten Kampf gegen die Gewerkschaften zu ihrem Prinzip erhoben hat. Diese „Citizens Alliance“ versuchte in San Francisco wie in anderen Städten festen Fuß zu fassen. Dagegen energisch Front zu machen, das lag im Interesse eines jeden Arbeiters. Die Wahl zeigt denn auch, daß die Arbeiter ihre Interessen wohl wahrzunehmen wissen, soweit sie dieselben betreffen. Es fehlt ihnen noch die Schulung, die sozialpolitische Erkenntnis ihrer eigenen Lage und des Verhältnisses der Arbeiterklasse zum Kapitalismus. Eine Arbeiterpartei ohne die festen, sicheren Grundlagen, die der Sozialismus allein ihr gibt, ist zur Unfruchtbarkeit und Untätigkeit verurteilt und in steter Gefahr, korrumpiert zu werden durch die Einflüsse des Kapitalismus.

Darum haben die Sozialisten ihre Propaganda ununterbrochen fortgesetzt, wenn sie auch darunter leiden müssen, daß solche Bewegungen wie in New York und San Francisco ihnen auf der anderen Seite massenhaft Stimmen rauben. Es ist eben ein symptomatisches Zeichen der Zeit, daß große Volksmassen sich hier von den mächtigen alten Parteien losreißen und neue Parteigebilde schaffen, die alle sozialistische Forderungen erheben, wenn auch noch in verdeckter und unklarer Weise. —

Aus der Partei.

Die Kaffeler Geschmachlosigkeiten gegen den „Vorwärts“ werden fortgesetzt. Das Blatt des Genossen Scheidemann druckt unsere jüngste Erwiderung auf seine Äußerung im Reichstage mit folgenden Randglossen ab:

Die Erklärung Scheidemanns paßt natürlich dem betreffenden Redakteur des Berliner Parteiblattes nicht und er schreibt u. a.:

„Bisher war die Bemerkung der Reichstagsredaktion zur Verteilung von öffentlichen Klagen an die Parteipresse nicht üblich; wir sehen deshalb in dem Vorgehen des Genossen Scheidemann nur eine Entgleisung eines einzelnen Abgeordneten.“

Der „Vorwärts“ wird sich an solche „Entgleisungen“ gewöhnen müssen. So weit wir die Genossen Heine, Frohme, Leide, Bernstein, Elm, Ehrhart usw. kennen, glauben wir überzeugt sein zu dürfen, daß auch sie kein Blatt vor den Mund nehmen werden, wenn man im Reichstage den „Vorwärts“ zitiert, um ihnen zu zeigen, wie hochachtungsvoll dieser sie einschätzt hat. Wenn der eine oder andere Vorwärtsredakteur sich einbilden sollte, daß die Genossen, die nicht den außerordentlichen Vorzug genießen, in der Lindenstraße für vollwertige, bis ins Jahr historisch-ökonomisch geordnete Sozialdemokraten gehalten zu werden, jebe noch so geschmacklos Schulmeister mit Ergebnissen einzusetzen haben, dann ist das ein ökonomisch-historischer Irrtum. Da wir außerordentlich wenig Neigung haben, jetzt noch mit dem Berliner Parteiblatt zu polemisieren, so haben wir unseren geschätzten 1/2 Mitarbeiter gebeten, von der Veröffentlichung seiner vorzüglichen Antwort an den „Vorwärts“ abzusehen. „Keine Antwort“, so schreiben wir ihm, „ist die beste Antwort dem gegenüber, der sich aus Mangel an geschickten Einfällen erlaubt, einem unserer kenntnisreichsten Parteigenossen zu sagen: er habe seit seiner Konfirmation nichts mehr hinzugelernt.“ Und damit Schwamm drüber.

Das Kaffeler Blatt sucht den für sich blamablen Sachverhalt durch die obige Diversion zu vertuschen. Nicht so! haben uns einer Schulmeisteri schuldig gemacht, sondern das Blatt des Genossen Scheidemann hat ohne jeden Grund unternommen, uns über

die elementarsten Tatsachen der Handelspolitik zu belehren und uns z. B. die nagelneue Weisheit zu eröffnen, daß es im geltenden deutschen Zolltarif gewisse feste Minimalzölle gäbe. Daß wir auf diese Naivitäten die gebührende Antwort nicht schuldig geblieben sind, ist ganz selbstverständlich. Haben wir dabei, wie es sich jetzt herausstellt, einem alten und kenntnisreichen Mitarbeiter des Kaffeler Blattes an läudlichem Respekt fehlen lassen, so wird uns hoffentlich jegliches menschliche Gerächt von der Schuld freisprechen, angeht das milderen Umstandes, daß an dem geheimnisvollen Fischen des Mitarbeiters 1/2 seines sterblichen Auge das ehrwürdige Alter oder reiche Kenntnisse entdecken konnte und an dem Inhalt seiner Notiz leider noch viel weniger.

Vor allem handelt es sich jedoch gar nicht darum, ob der in keinem kenntnisreichen Mitarbeiter getroffene und getränkte Genosse Scheidemann auf unsere Replik wieder aufmunten sollte oder nicht. Die von dem alten schweizerischen Reich der Partei des Verlierenden zugebilligte sogenannte „Schimpfzeit“ billigen auch wir dem Genossen Scheidemann von Herzen gerne zu. Es handelt sich aber darum, daß die Tribune des Reichstages, d. h. ein bürgerliches Parlament nicht die geeignete Stelle ist, wo sozialdemokratische Vertreter ihre Schmerzen über die sozialdemokratischen Blätter vorzutragen haben. Dazu sind Vorberverhandlungen, Parteiblätter und Parteinstanzen da. Wenn Genosse Scheidemann uns, auf seine psychologischen Kenntnisse der Genossen Heine, Frohme, Bernstein, Elm, Ehrhart hin, versichert, daß diese Abgeordneten auch die Reichstagstribüne zu Anlagen gegen das Zentralorgan der eigenen Partei benutzen wollen, so ist es Sache der Genannten sich gegen die Menschenkenntnis ihres Kollegen zu verteidigen. Wir untererzieren werden auch künftighin bei jedem solchen Fall mit aller Energie ein Verfahren, wie das Scheidemannsche, zurückweisen. Unsere Abgeordneten werden in den Reichstag ausschließlich zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und nicht zur Kritik der eigenen Parteiorgane gewählt. Darum, was wir untereinander auszusprechen haben, bleibe intra muros, — in den Planen der Partei.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.

Bekanntlich hatte gleich verschiedenen anderen Preß-Kommissionen auch die der „Märkischen Volksstimme“ die voreilige Haltung der Redakteure in dem „Vorwärts“-Standal gemißbilligt und eine dahingehende Resolution angenommen. Aus den gepflogenen Auseinandersetzungen in dieser Sitzung glaubte die Redaktion eine Beschränkung der persönlichen Meinungsfreiheit für sich folgern zu müssen. Die Angelegenheit kam am vorigen Sonntag in gemeinschaftlicher Sitzung mit den Redakteuren und der Geschäfts-Kommission zur nochmaligen Aussprache, nach der die folgende Erklärung angenommen wurde:

In dem in Nr. 275 unseres Blattes enthaltenen Verfassungsbereich unseres Fortschrittvereins über die „Vorwärts“-Angelegenheit wird unter anderem auch angeführt, in der letzten Preßkommissionssitzung sei der Versuch unternommen worden, die freie Meinungsäußerung der Redakteure zu unterdrücken. Hierzu ist zu bemerken, daß es der Preßkommission vollständig ferngelegen hat, die freie Meinungsäußerung zu beschränken; die ursprüngliche Resolution war redaktionell lediglich etwas unglücklich gefaßt; sie wurde von den Redakteuren daher mißverstanden, sollte aber inhaltlich nichts anderes besagen, als was nachher beschlossen worden ist. Die Redaktion gibt zu, sie hätte besser daran getan, in ihren die „Vorwärts“-Frage berührenden Artikeln keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die fraglichen Ausführungen nur die persönlichen Ansichten der Redakteure wiedergeben. Die Redaktion wird künftig dementsprechend handeln.

Geschäfts-Kommission und Redaktion der „Märkischen Volksstimme“.

Von der Meinungsfabrik.

Wohl als einmal hat man in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt, sich darüber zu beklagen, daß unsere Provinzpresse sich über verschiedene wichtige Vorgänge des Vorlebens fertige Urteile aus einer Meinungsfabrik ersonnen und sie ganz mechanisch abdruckt. Das Schädliche und Ungehörige dieser fabrikmäßigen Herstellung von Parteimeinungen liegt aber nicht bloß in einer bestimmten Beeinflussung der Richtung, des Standpunktes unserer Presse, sondern in dem geistigen Kanakban überhaupt, der damit an den Hirnen der proletarischen Leser getrieben wird. Welcher Qualität „Geistesprodukte“ auf diese mechanische Weise unseren Lesern in der Provinz geboten werden, das zeigt wieder ein Artikel, der neulich mit der Überschrift „S.“ oder „St.“ durch einige Blätter ging: „Die deutsche Weltpolitik im Lichte des Auslandes“. Unter diesem tönenden Titel wurde nach einer präventösen und drohenden Einleitung, deren geschraubte-hohle Stilblüten, wie z. B. „das System der Totzschweigefortsetzung“ und dergleichen, lebhaft an den famosen Schiller artikel aus der Lichterfelder Fabrik erinnerten, eine Uebersetzung der Urteile verschiedener Kreise über Deutschland aus einer französischen Wochenschrift „Le Courrier Européen“ gegeben. Und weisen Meinungen wurden da dem deutschen Arbeiter als höchwichtige Kundgebungen des „Auslandes“ serviert? Die Auslassungen von dem italienischen Professor Lombroso, vom Vizepräsident der königlich historischen Gesellschaft in London Garrison, von einem italienischen Dichter Kapissardi, von einem polnischen Romanhistoriker und Haupt der katholisch-agrarischen Reaktion Siemkiewicz, von einem russischen Dichterring zehnter Güte und rücksichtsloser Politiker Bobornin, noch von einem „Direktor“ (ob Direktordirektor oder einer Aktiengesellschaft wird nicht gesagt), von ein Paar anderen Professoren usw. Dieses aus aller Herren Ländern zusammengetragene Ragout aus „Urteilen“ von lauter Leuten, die vielleicht in diesem oder jenem Fach ganz brave Spezialisten, in der Politik jedoch durch die Dank miserablen Wissenschaften, wo nicht notorische Reaktionäre sind, und vor allem Leuten, die in ihren Vaterländern genau so wenig politische Bedeutung genießen, wie der durchschnittliche deutsche Professor bei uns, die politisch nichts hinter sich haben als das eigene Sigleisch, dieser Leute Meinungen werden dem deutschen Arbeiter als der Weisheit letzter Schluß, als die Meinung „des Auslandes“ über Deutschland eingetrichtert. Selbstverständlich sind dem auch „die Urteile“ ganz danach: eine Sammlung von sinnlosen Phrasen, hohles Schwätz, dessen einzige „Würze“ darin liegt, daß es mit vielgelobten und höchst „revolutionären“ Gedankenstücken über das persönliche Regiment in Deutschland gepickt ist.

Nun ist doch die Frage am Platze: sind denn die sozialdemokratischen Blätter wirklich dazu da, um den Arbeitern ein solches leeres Stroh als geistige Nahrung zu verabreichen? Auf dieses Niveau in die aber die Presse, massen die Artikel herabsinken, wenn sie eben fabrikmäßig, geistlos, mechanisch „en gros“ hergestellt werden! Freilich sind unsere Provinzredakteure meistens derart mit Arbeit überhäuft, daß man diese Verwendung von Artikel-Korrespondenzen als Notbehelf begreift. Aber erinnern wir uns doch der Zeiten, wo unsere Presse finanziell viel schlimmer stand, wo häufig ein einziger Redakteur das ganze Blatt machen mußte und wo es noch keine Artikelabriken gab! Mit wie viel Fleiß und Begeisterung wurde in jener Zeit dennoch gearbeitet! Reichen die Kräfte, reicht die Zeit bei den heutigen Anforderungen der Presse nicht aus, dann müßten unsere organisierten Genossen in der Provinz ihren Redakteuren eher durch Anstellung ansehnlicher Hilfskräfte oder dergleichen Mittel zu helfen finden, anstatt sie zur Verwüstung der Presse überhaupt durch Verwendung mechanischer Schablonen zu verleiten.

Wohlgemerkt wenden wir uns gar nicht in erster Linie gegen die meistens opportunistische grundstaplose Richtung dieser maschinellen Produkte. Eine „radikale“ Meinungsfabrik, die so geistlos verfährt, so verberend auf die Sinne der Arbeiter wirken würde müßten wir genau so energisch

Der Berliner Arbeitsmarkt im Monat Oktober.

Wenn auch, wie in jedem Jahre, im Oktober die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Arbeitsnachweiser etwas abflaute, so ist dennoch die Konjunktur auf dem Berliner Arbeitsmarkt eine gute zu nennen, was auch die wachsende Zahl der Krankenkassenmitglieder und die steigenden Einnahmen der Landes-Versicherungsgesellschaft Berlin beweisen. Die drei großen Industrien, die Metall-, die Bau- und die Konfektions-Industrie sind im allgemeinen und großen gut beschäftigt.

Im Berichtsmontat fanden außer einer Anzahl partieller Streiks und Sperren in den verschiedenen Berufen, Lohnbewegungen bei den Kohlebergwerkern, Webstuhlgewerbetrieben, in Spinnereien, Speichergewerbetrieben, in der Wäscheindustrie, den Elektro-Industriearbeitern, bei den Eisarbeiten, Kranführern und Kupferhämmerern statt.

Den Höhepunkt des Beschäftigungsgrades erreichte, nach dem Bericht des Zentralvereins für Arbeitsnachweise, wie in jedem Jahre der Monat September, und wenn auch in der ersten Hälfte des Oktobers die Nachfrage nach Arbeitskräften noch anhielt, so flaute doch in der zweiten Hälfte die Arbeitsgelegenheit merklich ab, so daß gegen den Vormonat eine Verschlechterung eintrat. Trotzdem darf die allgemeine Lage als ungünstig nicht bezeichnet werden, denn im Vergleich zum Vorjahre ist die Nachfrage gestiegen, dazu wirkte die Beendigung der Ausperrung in der Elektro-Industrie als auch die Beilegung des Streiks in der Wäscheindustrie beruhigend auf den Berliner Arbeitsmarkt. In der männlichen Abteilung kamen auf 100 offene Stellen 105 Arbeitssuchende, im Vorjahre 112 und im Vormonat 88. Gut war die Nachfrage im Handels- und Verkehrsgewerbe. In Bau- und Erdarbeiten, auf Kohlenplätzen und in den städtischen Gaswerken wurde eine größere Anzahl Arbeiter verlangt. In der Metall- und Eisen-, Papier- und Bekleidungsindustrie war ebenfalls recht rege Nachfrage. Dagegen hat sich die Arbeitsgelegenheit in der Leder- und Holzindustrie wie im Gastwirts- und Metzgereigewerbe verringert. In der weiblichen Abteilung kamen auf 100 offene Stellen 88, im Vorjahre 83, im Vormonat nur 65 arbeitssuchende Personen. Das Angebot steigerte sich bereits am Anfang des Monats sehr erheblich. Die Nachfrage ist dem verstärkten Angebot gegenüber auf allen Arbeitsgebieten, mit Ausnahme der Zugschiffbauindustrie, zurückgegangen. Die Löhne hielten sich trotzdem ziemlich auf der Höhe des Vormonats. In der Nachfrage nach Hauswirtschaftspersonal ist nach den erhöhten Anforderungen der Umzugszeit eine Ruhepause eingetreten.

Der Riß im Kohlenyndikat. Das Kohlenyndikat hat durch den wiederholten Kontraktionsfehler einen unheilbaren Riß bekommen, welcher seinerseits die Existenzdauer des Syndikats bestimmt. Mit Ablauf des jetzigen, bis 1915 laufenden Vertrages hört das Kohlenyndikat auf, den Markt zu beherrschen. Die Konzentration in der Großindustrie ist über die Form der Syndikatsorganisation hinausgewachsen. Die Tendenz zu Fusionen usw. erhielt in einer Bestimmung des neuen Syndikatsvertrages einen Hebel zu kräftiger Einwirkung beim Niedertreten der alten engen Kartelle. Die Förderung der Hüttenzweige, soweit sie in den eigenen Eisen- und Hüttenwerken konsumiert wurde, kommt auf die selbige Beteiligungsgröße nicht in Anrechnung und bleibt von der 6 Proz. der Umlage betragenden Abgabe an das Syndikat befreit. Dieses, den Hüttenzweigen eingeräumte Privilegium reizte natürlich zu Fusionen zwischen Bergwerksunternehmen und Hüttenwerken. Die reinen Zechen, besonders die älteren Gruben, die keine Aussicht haben, durch Fusionen ebenfalls der Vorteile der Hüttenzweige teilhaftig zu werden, protestierten dagegen, daß den nach Inkrafttreten des neuen Vertrages von Eisenwerken angegliederten Gruben die Vorteile als Hüttenzweige zuerkannt werden. Es kam zu Prozessen mit der Firma Krupp und der Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft. In dem Prozeß mit der letzteren Gesellschaft fällt das Oberlandesgericht ein Urteil zugunsten der Beklagten; sämtliche erworbenen Gruben wurde der Charakter als Hüttenzweige zugesprochen. Auf eingeleitete Berufung hatte sich das Oberlandesgericht in Hamm mit der Sache zu beschäftigen und fällte ein anderes Urteil. Durch dieses Urteil wird denjenigen Zechen, welche bisher noch nicht Hüttenzweigen waren, auch dann, wenn sie angegliedert werden, die Sonderstellung aus dem neuen Syndikatsvertrage nicht eingeräumt. Aber, so befiehlt das Urteil weiter, sämtliche zu einem Unternehmen gehörende Zechen bilden ein Ganzes und steht es dem Unternehmer frei, wie er seine Beteiligungsgröße verteilt. Das heißt: die Beteiligungsgröße der als Hüttenzweigen charakterisierten Gruben kann auf diejenigen Zechen übertragen werden, die nicht als Hüttenzweigen im Sinne des Syndikatsvertrages gelten. Damit bleibt die Tür zu weiteren Fusionen offen; jetzt, nachdem die rechtliche Grundlage geklärt ist, wird dem Anreiz zu Angliederungen erst recht Folge gegeben. Die Werke helfen sich, indem sie die ganze Beteiligung ihrer anerkannten Hüttenzweigen auf den neu erworbenen Gruben fördern, die übrige Förderung, soweit es notwendig ist, in den Selbstverbrauch übergehen lassen. Das Schicksal des Kohlenyndikats ist damit entschieden, die Monopolisten siegen.

Mendelssohn in Rügen. Am Sonntag ist der Vertreter des Hauses Mendelssohn, Schippel, nach Petersburg abgereist zu einer Konferenz mit Witte. Jedenfalls sollen Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um ein weiteres Hinabsinken der Russenkurse zu verhindern. Herr Schippel wird wohl mit den nötigen schon frisierten Tabellen, die einen glänzenden Stand der russischen Finanzen nachweisen, zurückkehren.

Baumwollente und Preistreibererei. Laut dem Verichte des Ackerbauvereins wird die Gesamtmenge von Baumwolle auf 10 168 000 Ballen geschätzt. Die Börse in New York und New Orleans beantwortete die Schätzung mit enormen Preissteigerungen bei starken Umsätzen. In New York stieg der Preis pro Ballen um 2 Dollar, in New Orleans um das Dreifache in die Höhe. Später fielen die Preise um ein geringes wieder ab.

Industrialisierung der Schweiz. In der letzten Zeit sind in der Schweiz mehrere neue industrielle Unternehmen begründet worden. In Arbon (Kanton Thurgau) eine neue Maschinenfabrik, eine Gießerei und eine große Bleicherei; eine dazwischen bestehende Stahlfabrik wurde vergrößert. Im Kanton Solothurn steht der Bau einer größeren Uhrenfabrik bevor, in Zürich hat die eine Weise ins Stoden geratene Buntwollerei neuen Aufschwung genommen.

Frankische Zentral-Gesellschaftskasse. Die Geschäftstätigkeit der jetzt seit 10 Jahren bestehenden Kasse hat eine außerordentliche Ausdehnung erfahren. Von 141 625 674 M. der ersten Bilanz ist der Umsatz auf 9 835 159 967 M. im letzten Jahre gestiegen. In den acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres betrug der Umsatz über 8 Milliarden gegen 6 Milliarden im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bis zum Ablauf des Geschäftsjahres am 31. März 1906 dürfte sich der Umsatz auf 12 Milliarden gegen 9 Milliarden in 1905 steigern. Der Gesamtumsatz seit Bestehen der Kasse beläuft sich auf 52 1/2 Milliarden Mark.

Neue Dampferlinien. Die Bremer Linie Atlas richtet ab Januar 1906 zwei neue Linien ein zwecks Förderung des Verkehrs mit der Levante.

Erhöhung der Kupferpreise. Nachdem die Kupferpreise, die schon vor 14 Tagen um 8 M. heraufgesetzt wurden, eine Erhöhung, und zwar um 7 M., von 169 auf 176 M. erfahren.

Als Begründung für die Preissteigerung wird die Abnahme der Vorräte angeführt. Nach einer Zusammenstellung der Firma Henry Wolon u. Co., London, betragen die Lagernden und schwimmenden Vorräte in England und Frankreich am 30. November d. J. 13 600 Tonnen gegen 16 044 Tonnen am gleichen Termin des Vorjahres.

Lebhafteste Beschäftigung in Schriftschiebereien. Um die bis zum 1. April zu erledigenden Aufträge zu bewältigen, wird vielfach stark mit Ueberzeit geschafft. Auch hier ist es in der Hauptsache das Bestreben, die günstige Position vor Inkrafttreten der neuen Handelsverträge anzunutzen, was die reichliche Beschäftigung erklärt.

Bekämpfung. Was hier den heftigsten Protest herausfordert, ist die geistige Verödung, die unserer Provinzpresse durch diesen mechanischen Abdruck fertig „ins Hand gelieferter“ Fabrikprodukte droht, ist das freche Spiel mit dem heiligsten Gut der modernen Arbeiterbewegung: dem intellektuellen Wissensdurst unserer Proletarier. Der Bescheidenste und in dieser oder jener Beziehung unzulänglichste Kritiker, der aus eigenem Fleiß und eigener Gedankenarbeit eines Provinzredakteurs entbehrt, ist zehnmal wertvoller, als diese durch zehn, zwölf und mehr Blätter rollenden Stereotypen „Geistesprodukte“. Wir werden darum nicht müde sein, immer und immer wieder unseren Genossen in der Provinz zuzurufen: fort mit der fabrikmäßigen Herstellung von Parteimeinungen und mit fabrikmäßiger Verheerung proletarischer Intellekte!

Zu der Fraktionserklärung über den „Vorwärts“-Konflikt bemerkt die „Erfurter Tribune“:

„Das erdient, und selbstverständlich — die Angelegenheit ist erledigt, obwohl sich der nächste Mannheimer Parteitag nur kritisch-referierend damit zu befassen haben wird. Aber unzweifelhaft steht jetzt schon fest, daß das Vorgehen der Sechser ebenso von den Parteinstanzen wie den Parteigenossen gerichtet ist. Unzählige Vertrauensvoten haben der Parteivorstand und die Pressekommision aus dem ganzen Reiche erhalten, denen nur wenige Mißtrauensvoten gegenüber stehen. Die „Mißtrauensvoten“ kamen zunächst von solchen Orten, die beim Ausbruch des Konflikts von den Machern des Literatenlandals oder deren Freunden überumpelt wurden.“

Später, als der Parteivorstand gesprochen, redete man schon anders und heute kommen solche spärlichen „Entrüstungen“ nur aus Orten, die von gewissen Parteiblättern höchst tendenziös unterrichtet wurden. Eine größere Anzahl dieser Blätter hat sich gefallen lassen müssen, daß ihre Haltung in dem Konflikt von den Parteigenossen arg korrigiert wurde. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Nicht die Journalisten, sondern die Parteigenossen haben das letzte — und das entscheidende — Wort in allen Parteiangelegenheiten!

Rebenbei mag bemerkt sein, daß uns über die Haltung der „Tribüne“ im „Vorwärts“-Konflikt keinerlei gegenteilige Meinung — wohl aber viele Zustimmung — zu Ohren gekommen ist.“

Genosse Eduard Bernstein veröffentlicht in der „Dresdener Volkskraft“ die folgende Stellungnahme:

„Einige bürgerliche Blätter, vor allem die „Verl. Volkszeitung“, knüpfen an meine Erklärung in Nr. 278 der „Volkskraft“ Angriffe auf die Partei und insbesondere den Parteivorstand, sprechen von „Aushungerung“ meiner Person u. dgl. Demgegenüber halte ich es nur für billig, festzustellen, daß ein solcher Vorwurf in keiner Weise den Tatsachen entspricht. So haben z. B. dieselben Parteinstanzen, die seinerzeit mir die ständige Mitarbeiterschaft am „Vorwärts“ kündigten, mir unbeschadet unserer Meinungsverschiedenheiten neuerdings die Abfassung einer größeren Arbeit anvertraut und sind dabei hinsichtlich des Honorars noch über meine Forderung hinausgegangen. Wo aber von ihnen, auf Grund theoretischer oder taktischer Meinungsverschiedenheiten, für angebracht erachtete Maßnahmen zu materieller Schädigung meiner Person führten, da ist dies, wie ich ganz bestimmt weiß, von den Beteiligten stets als eine durchaus unerwünschte Folge aufrichtig bedauert worden. Ueber die Notwendigkeit der betreffenden Maßnahmen bestehen zwischen uns Differenzen, daß sie aber mit persönlicher Gefährdung nichts zu tun haben, die Motive vielmehr in jeder Hinsicht ehrenhaft waren, steht für jeden Kenner der Verhältnisse außer Zweifel.“

Ich darf wohl von der „Berliner Volkszeitung“ und denjenigen Blättern, die ihren Kommentar nachdrucken, erwarten, daß sie von dieser Erklärung Notiz nehmen. Den Verdächtigungen gegenüber, als hätte ich meine Ueberzeugungen aus Rücksicht auf den „Vorwort der Partei“ geopfert, möchte ich die Tatsache gegenüberstellen, daß dieser „Vorwort“ schon seit längerer Zeit nicht mehr die Basis meiner Existenz gebildet hat; ebenso entschieden aber muß ich der Auslegung entgegenreten, als hätten irgendwelche Parteinstanzen den Wunsch, mich zur Strafe für Regereien „aushungern“. Es gibt unter den Beteiligten keinen einzigen, den ich nach meinen Erfahrungen einer solchen Absicht für fähig halte.“

Berlin-Schöneberg, den 1. Dezember 1905. E. D. Bernstein.

Wetha, 5. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In dem benachbarten Waltershausen haben die Stadtverordneten mit 9 von 10 Stimmen den Sozialdemokraten Westphal-Danzig zum Bürgermeister gewählt.

Sächsisches Gemeinderatswahl. In Dörsch bei Leipzig siegte in der 4. Klasse unser Kandidat mit 114 gegen 17 gegnerische Stimmen. Auch in der 3. Klasse hatten wir einen, wenn auch schwachen Stimmenzuwachs, die Gegner aber einen verhältnismäßig starken Rückgang zu verzeichnen. — In Dörsdorf bei Leipzig gelang es zum erstenmal, in der dritten Klasse unsere Kandidaten zum Siege zu führen.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw. Kritik eines Notzuchtprozesses.

Lüneburg, den 5. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wegen Verhöhnung des bekannten freisprechenden Schwurgerichtsurteils in dem Manlesener Notzuchtprozeß fühlten sich der Landgerichtsdirektor Dr. Mensching in Altona und acht Geschworene beleidigt. Das Stader Landgericht hatte darauf den Redakteur des „Volksblatt für Harburg“, Genossen Niedlinger zu sechs Monaten Gefängnis, die Hamburger Strafkammer den Genossen Wabersky, Kadastreuer des „Hamburger Echo“ zu 600 M. verurteilt. Wegen Beschränkung der Verteidigung hob das Reichsgericht das Stader Urteil auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung an das Landgericht zu Lüneburg. Dieses erkannte heute nach längerer Beweisaufnahme auf zwei Monate Gefängnis.

Wie weit gehen die Befugnisse der Polizei? In Neustadt wollte die Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes am 5. November im geschlossenen Kreise ein Tanzvergügen abhalten. Die örtliche Polizeiverwaltung verbot das Vergnügen, und als sich die Holzarbeiter an dieses widerrechtliche Verbot nicht halten wollten, wurden sie an der Abhaltung des Vergnügens gewaltsam verhindert. Auf die Beschwerde an den Landrat antwortet dieser mit einer rückhaltlosen Gutheißung der polizeilichen Willkür. Der Holzarbeiterverband wird sich natürlich dabei nicht beruhigen. Im Jahre 1902 haben die Herzfelder Genossen einen ganz analogen Fall durch alle Instanzen bis zum Kammergericht durchgeschritten und das polizeiliche Verbot bei Tanzvergügen als ungesetzlich nachgewiesen.

Dresdan, 5. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Nr. 288 der „Volkskraft“ mit dem Wahlrechtsauftrag ist soeben von der Staatsanwaltschaft konfisziert worden. In den Geschäftsräumen der „Volkskraft“ ist gehausucht worden.

Soziales.

Lohnbuch des § 114a Gewerbeordnung. Der Weirat für Arbeiterstatistik war am Montag und Dienstag im Gebäude des Statistischen Amtes versammelt, um 28 Auskunftspersonen darüber zu verhören, ob die Lohnbücher in der Kleider- und Wäschekonfektion abgeändert werden müssen. Die Unternehmer klagen, daß die Bücher in ihrer jetzigen Gestalt viele Nachteile mit sich bringen. Die Bücher wurden bekanntlich eingeführt, damit die Arbeiter bei Uebernahme von Arbeit wissen, welchen Lohn sie zu beanspruchen haben. Bei diesen Erhebungen, die den Zweck haben, zu ermitteln, welche Abänderungen im allgemeinen Interesse geboten sind, stellte es sich nun heraus, daß das Lohnbuch fast überall wieder abgeschafft ist, ohne daß diese offensibare Gesetzesverletzung irgendwo Bestrafungen herbeigeführt habe. In Nürnberg sollen sogar die Behörden den Konfektionären mitgeteilt haben, daß Bestrafungen wegen dieser Gesetzesverletzung nicht erfolgen können. Offenbar verwechselten die Behörden Lohnzahlungsbücher mit Lohnbüchern.

Allgemein wird zugegeben, daß das Lohnbuch einiger Abänderungen bedarf, weil es nicht als Abrechnungsbuch gebraucht werden kann. Der Vorgang zeigt recht drastisch, wie die Kapitalisten das Privilegium haben, ungestrafte Gesetze zu verletzen. Die Arbeiter betreten durchweg die Ansicht, daß das Lohnbuch beibehalten werden muß. Sie halten es aber für eine Verbesserung, wenn es so eingerichtet wird, daß es als Abrechnungsbuch verwendet werden kann.

Zur Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien. Der Minister für Handel und Gewerbe hat, wie das Ministerialblatt für Handel und Gewerbe mitteilt, an die Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet: „Im Anschluß an den Erlaß vom 5. Dezember 1903 erlaube ich, mir binnen drei Monaten zu berichten, ob nach den inzwischen gemachten Erfahrungen die Gewerbeordnung eine ausreichende Handhabe bietet, um den gesundheitlichen und sittlichen Gefahren bei der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in den über den Dofen belegenen Trockenräumen der Ziegeleien wirksam entgegenzutreten oder zur Vermeidung jener Mißstände der Erlaß allgemeiner Vorschriften erforderlich erscheint.“ — Die Inspektorenberichte und die durch die Presse und im Parlament gegebenen Schilderungen der elenden Lage der Ziegeleiarbeiter machen längst allgemeine Vorschriften, insbesondere Verklärung der Arbeitszeit und Vorschriften über die Wohnräume dringend notwendig. Unerfindlich ist, weshalb gegenüber den schreienden Mißständen im Ziegeleibetriebe abermals erst recherchiert und rapportiert werden soll.

Kommunale Auskunftsstellen. Die Errichtung unentgeltlicher Auskunftsstellen hat die bayerische Regierung in einer Entschließung an die Stadtverwaltungen angeregt. Hierzu ist sie durch das Aufblühen der Arbeitersekretariate und durch die seinerzeit mitgeteilte Anregung des Reichsamts des Innern veranlaßt worden. Die Städte haben aber keine rechte Lust, der Anregung Folge zu geben. So hat jetzt auch der Stadtmagistrat Würzburg die Errichtung einer Auskunftsstelle abgelehnt, weil der Wert einer solchen Einrichtung den hohen Kosten in keinem Verhältnis stehe. — Der Versuch, durch kommunale Auskunftsstellen den Auskunftsstellen der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen Abbruch zu tun, beweist, wie notwendig derartige Auskunftsstellen sind. Er muß aber fehlschlagen, da derartige kommunale Raterteilungsstellen das Vertrauen der Ratstuchenden fehlt. Wollen die Gemeinden auf dem Gebiete der Auskunfterteilung ihre lange veräuerte Pflicht als soziale Gemeinwesen endlich erfüllen, so mögen sie die von gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ins Leben gerufenen Institutionen durch Zuschüsse unterstützen. Dies tut insbesondere auf dem platten Lande dringend not.

Glend der Zivilberufsmuster. Aus den Kreisen der Zivilberufsmuster geht uns folgender Notruf zu: Das Erfurter Programm sagt: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf.“ Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte.“ Das trifft ganz besonders auf das Ringen der Zivilberufsmuster um Verbesserung ihrer sozialen und ökonomischen Lage zu.

Die Zivilberufsmuster befinden sich in einem unhaltbaren Ausnahmestande, indem der Staat in Gestalt der erbarmungslosen Konkurrenz seiner Angestellten (Militär- und Beamtenmuster) ihnen eine Sonderbesteuerung auferlegt, die wie eine Stopfsteuer wirkt und die Zivilberufsmuster auf die niedrigste Stufe des Proletariats niederdrückt.

Alle noch so lokalen Petitionen und sonstigen Bemühungen der Erwerbsklassen um Remedur, um Verhinderung der brutalsten Ausschreitungen dieser staatlichen Konkurrenz blieben und bleiben erfolglos. — Ebenso bleibt die Gesetzgebung untätig gegenüber den entsetzlichen Zuständen in den Rüstfabriken, den Stadtkapellen.

Kein Gesetz schützt die jugendlichen Rüstler gegen die streupellos ausbreitenden Stadtmusikdirektoren und sonstigen Unternehmer im Musikgewerbe. Gut 50 Proz. der Zivilberufsmuster — 50 Proz. ist das Minimum! — haben ihre Gesundheit, die Widerstandsfähigkeit des Körpers sowohl wie des Charakters in ihren Lehrjahren, als Opfer der bestialischen Brutalität des Unternehmertums eingebüßt.

Man muß selbst am Tische in einer „Stadtpfezerei“ gegessen haben; man muß es erlebt haben, wie die hungrigen Lehrlinge brühen heiße „Pellarsöffeln“ mit samt der Säule verschlingen, weil sie fürchten, zu kurz zu kommen, wenn sie sich erst mit dem Schälchen aufhalten! Ein Stück Salzhering zu Mittag gibt ihnen als Delikatessen. — In einem Falle — das liegt allerdings einige Jahre zurück! — wurde seinerzeit ärztlich nachgewiesen, daß eine Anzahl Lehrlinge an Hungerphosphus gestorben. — Es ist ein Fall bekannt geworden, in dem ein „Stadtpfezer“ seinen Leuten die Benutzung der Wasserleitung abgeschnitten hatte und Lehrlinge wie Gehülfen ihren Bedarf an Trink- und Waschwasser aus der in der Nähe gelegenen Pferdeschwemme decken mußten.

Die 15- bis 19-jährigen Bebelinge kommen oft erst am Morgen von der Tanzmusik heim; haben mitunter 12 bis 16 Stunden hintereinander mit leerem Magen zu kassieren. Bei Bauernhöflichkeit und Schuppenfischen ist die Ausbeutung der Bebelinge oft eine geradezu ungeheuerliche. Solche Heftigkeiten pflegen sich mitunter bis zu vier Tagen und Nächten hinzuziehen. Nur ganz wenige Stunden der Ruhe sind dabei dem Bebeling zugemessen. Die Arbeitszeit dehnt sich bis zu 16 Stunden ohne Pause aus. Schläft der Bebeling vor übermächtiger Müdigkeit ein, wird er mit Schnaps und Bier ermuntert; wird er betrunken, gibt's Keile. — Ja, muß immer wieder an jenen jungen Klarinettenbläser denken, der sich, nachdem er fünf Stunden zum Konzert und acht Stunden zum Tanz gelassen und seine Lippen schlaff und wund wurden, so daß das Blut aus den Mundwinkeln kochte, aus Angst vor dem Meißer Zeitungspapier unter die Lippen steckte, um ihnen die zum Klarinettenblasen nötige Straffheit zu verschaffen. Waren die Papiermäuel von Blut und Speichel durchtränkt, so ergänzte er sie durch frische.

Man muß die Vorketten, die Grausamkeiten manch eines Stadtkapellen-Tyrannen kennen gelernt haben, um solche Taten glauben und begreifen zu können.

Und nun die sittlichen Gefahren des Stadtkapellenstrebens, des Rüstantendaseins! Die jungen Charaktere werden gebildet unter den Eindrücken des wüsten Treibens in Arcipien und auf Tanzböden. Der Rastloschlaf wird zur Ausnahme. Halb betrunken, nervös überreizt, suchen die Jünglinge erst gegen Morgen ihre Lagerstätten auf. In den Schlafräumen, deren Luftverhältnisse allen gesundheitslichen Anforderungen spotten, stehen oft drei Betten übereinander und nicht selten ist ein Bett für zwei Leute berechnet.

Man muß selbst dieses Milieu kennen gelernt haben, um die ganz ungläublichen Fälle von Entartung begreifen zu können.

Fast unauflöslich für den Brotkampf, verläßt der Rüstler nach 4-5 Lehrjahren die „Stadtpfezerei“, um teilzunehmen an dem ohnmächtigen Ringen gegen die staatliche Konkurrenz. Ein Heer von gewerkschaftlichen profitgierigen Arbeitsvermittlern, Agenten, vergällt ihm die Stroden, die die staatlich subventionierten Konkurrenten ihm lassen, und saugt die letzten Blutstropfen aus seinem fast blutleeren Körper.

Durch die Nichterfüllung der dem Staat obliegenden Pflichten gegen die Zivilberufsmuster, durch die Verletzung der Bürgerrechte derselben seitens des Staates, indem er die das Zivilberufsgewerbe ruinierende Konkurrenz aus staatsfinanziellen und militärischen Gründen gutheißt, wird die — ohne die Familienglieder mitzurechnen — 50 000 Köpfe starke Erwerbsklasse der Zivilberufsmuster degeneriert.

Der Kampf der Zivilberufsmuster gegen die staatlich subventionierte Konkurrenz ist seinen Voraussetzungen nach in zweifacher Bedeutung ein politischer Kampf. Die Zivilberufsmuster werden die gutes Recht nie erbetteln, sondern nur erziehen, erkämpfen können durch scharfe Weltentwässerung ihres Wahlrechts.

Diesem Kampf zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“

Stachform - Gubverband. Der Verband ist nach Meldung der „N. B. Z.“ auf drei Jahre verlängert worden, auch wurde mit Hinweis auf die steigenden Rohmaterialien eine Erhöhung der Fabrikationspreise beschlossen.

Ein Bundesbeschluss gegen Ausfuhr elektrischer Energie. Der schweizer Bundesrat in Bern unterbreitet der Bundesversammlung einen als dringlich sofort in Kraft zu setzenden Bundesbeschluss, wodurch die Abfuhr elektrischer Energie, welche aus inländischer Wasserkraft gewonnen wird, ins Ausland von der Erteilung einer Bewilligung seitens des Bundesrates abhängig gemacht wird.

Studien der bulgarischen Tabakindustrie. In einer in Sofia abgehaltenen Versammlung der Interessenten ist beschlossen worden, die gesamte Tabakindustrie Bulgariens zu syndizieren. Mehrere Fabriken sollen geschlossen werden — zur „Regelung“ der Produktion.

Zusammenschluss der deutschen Industralier. In der Generalversammlung des Rheinischen Aktienvereins für Industralien teilte der Generaldirektor mit, dass ein Zusammenschluss der deutschen Industralier angestrebt werde zwecks Verständigung über die Verkaufspreise in den einzelnen Provinzen.

Kartell der Seidenbranche. Die Vereinigung der deutschen Seiden- und Seidenwarengroßhändler hat mit den deutschen, schweizerischen und österreichischen Seidenstofffabrikanten einen Kartellvertrag abgeschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Notwehr gegenüber einem Einbrecher. In dem kleinen Dorfte Mariendorf betreibt der Bäckermeister Fritz Blasener seit längerer Zeit eine gutgehende Bäckerei. Herr B. selbst ist somit inländisch, einer Pflege etwas zuleide zu tun, geschweige einem Menschen. Er ist auch allseitig nur als durchaus friedliebender und anständiger Mann bekannt. Ende Juli d. J. wurde sein behagliches Dasein durch einen eigenartigen Zwischenfall erheblich gestört. Am Abend des 27. Juli d. J. hatte er sich, wie sonst, zeitig zur Ruhe begeben. Kurz nach Mitternacht wurde er durch ein Geräusch wach. Er bemerkte, wie ein Mensch behutsam durch das offene obere Fenster hereinlangte und die unteren Fenster aufwirbelte und öffnete. Gleich darauf ließ sich der nächtliche Eindringling leise in das V. fache Schlafzimmer hineinschleichen. In demselben Moment war Blasener mit einem mächtigen Schrei aus dem Bette herausgesprungen, zugleich aber war der Einbrecher gestürzt. Herr B. ließ ihn, nur mit dem allerunvermeidlichen Kleiderstück bekleidet, nach. Der Verfolgung des Diebes schloß sich auch der Nachwächter Ledermann an. Schließlich gelang es, den Flüchtling zu fassen. Es kam zu einem heftigen Kampfe, bei welchem B. mit den Fäusten und der Nachwächter mit dem Kolben seines Revolvers auf den Einbrecher losschlugen, bis dieser schließlich überwältigt war. Der Festgenommene wurde als ein Otto Hilgner ermittelt. Da seine Verletzung stark blutete, wurde er nach dem Krankenhaus geschafft, wo er einige Tage später starb. Die Todesursache wurde indessen nicht in den Folgen der Lynchjustiz, sondern in einer längst vorhandenen Lungentuberkulose und einem Nierenleiden gefunden. Trotzdem hatte diese Angelegenheit für Blasener ein unangenehmes Kapitel in Form einer Anklage wegen einfacher Körperverletzung, da B., wie er selbst zugibt, auf den Dieb losgeschlagen hatte. Das Schöffengericht II erkannte auf Freisprechung von Strafe und Kosten, da die Voraussetzungen des § 53 Strafgesetzbuch vorliegen. Nach § 53 ist eine strafbare Handlung nicht vorhanden, wenn die Handlung durch Notwehr geboten war oder wenn der Täter in Verzweiflung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Verteidigung hinausgegangen ist. — Unersöhnlich bleibt, weshalb Anklage in einem so harmlosen Fall erhoben ist.

Staatsanwalt als Angeklagter? Am 19. Oktober d. J. wurde vor der ersten Strafkammer des Magdeburger Landgerichts ein Preßprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des „Magdeburger General-Anzeiger“ verhandelt. Dieser war beculdigt, fünf Magdeburger Offiziersfrauen durch einen kriegsgerichtlichen Verhandlungsbericht beleidigt zu haben. Es handelt sich dabei um gewisse Vorgänge in dem Pionierbataillon (Magdeb.) Nr. 4, die lebhaft an den Völsprozeß erinnern. In dem Bericht über die nicht öffentlich geführten Verhandlungen hieß es, daß auch über die Affäre des Leutnants Pfeffer verhandelt worden sei, der jetzt in Amerika ist, und „mit der Frau eines Vorgesetzten in verbotenen Beziehungen verhandelt habe“. Durch diese Bemerkung fühlten sich die Frauen aller Vorgesetzten des früheren Leutnants Pfeffer, soweit ihre Gatten noch dem Armeekorps angehören, verletzt und erzielten in jener Verhandlung die Verurteilung des beklagten Redakteurs zu 800 M.

Geldstrafe. Die Anklage in diesem Prozeß führte Staatsanwaltschaftsrat Hildebrandt. Er sprach dabei wiederholt über die Presse sehr abfällig, und schließlich bei der Erörterung über die Person des Leutnants Pfeffer über eine abwesende und als Jeugina benannte Dame in einer Weise, daß diese nimmere den Weg der Privatklage gegen ihn beschritten hat. Es war davon die Rede, daß Leutnant Pfeffer bei der Mutter eines Fräulein Weber zur Miete gewohnt und dieses Fräulein nach seiner Flucht einem Verichterflatter erzählt habe, daß der Grund der Flucht des Leutnants in seinen Beziehungen zu der Frau seines Vorgesetzten zu suchen sei. Als nun die Vorladung der jungen Dame angetret wurde, bezeugte Staatsanwaltschaftsrat Hildebrandt diese als überflüssig, denn es sei doch klar, daß auch Fräulein Weber zu dem Leutnant in intimen Beziehungen gestanden habe. Somit würde er doch nicht dazu gekommen sein, ihr so etwas zu erzählen. Diese Bemerkung des öffentlichen Anklägers gab schon in dem damaligen Termin dem Verteidiger des Angeklagten Anlaß zu einer scharfen Zurückweisung, indem er bemerkte: „Die Presse, die von dem Staatsanwalt hier so stark angegriffen worden sei, sei doch im allgemeinen recht vorsichtig, und so leistungsfähig wie der Herr Staatsanwaltschaftsrat werde kein Verichterflatter und Medaiteur vorgeben.“ Das Fräulein, das mit einem Sergeanten verlobt ist und das sich den grundlosen Angriff des Staatsanwalts nicht zu erklären vermochte, ging alsbald mit einer Verklagung gegen diesen vor und machte anherdem die Privatklage anhängig. — Ob das Gericht den Anklagebescheid erheben oder annehmen wird, dem Staatsanwalt fehle der berühmte Dolus, bleibt abzuwarten.

Antifemiten unter sich. Der stellvertretende Vorsteher des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums, Rechtsanwalt Dr. Haedel, Mitglied der Reformpartei, hat gegen seinen politischen Bestimmungsgenossen, den Stadtrat, Baumeister Hartwig, Reichstagsabgeordneter a. D., vor dem Dresdener Schöffengericht einen Verleumdungsprozeß anhängig gemacht. Hartwig strengte Widerklage an. Den Anlaß zu dem Prozeß zwischen den ehemals sehr befreundeten Reformern gaben Briefartikel, in denen Hartwig behauptete, Haedel sei ein taktloser, schimpfender, nur durch Praetention seiner Bestimmungsgenossen zum Vorsteherstellvertreter gewählter Herr usw. Dr. Haedel gab in einer Erwiderung seiner Ansicht Ausdruck, Hartwig habe die Würdigkeit zur Verleumdung seines Stadtratsamts. Das Schöffengericht verurteilte Hartwig zu 300 Mark Geldstrafe und wies seine Widerklage ab.

Privatdetektiv wegen Meineid verurteilt. Der Privatdetektiv Agent Gustav Schulz und der Maler Ludwig Stredel wurden gestern nach dreitägiger Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht wegen Meineids verurteilt. Die gegen Schulz erkannte Strafe betrug 8 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, die gegen Stredel 1 1/2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Die Angeklagten hatten in einem Scheidungsprozeß angeblich von ihnen durch Recherchen ermittelte Tatsachen zeugeneidlich bestätigt.

Vermischtes.

Ein Raubmordversuch ist bei Neu-Ruppin an der Waldkante in der Nähe der Vodeanstalt verübt worden. Der Gärtner Sturm aus Alt-Ruppin, welcher an der Waldkante entlang ging, wurde plötzlich von einem Strolch, der aus dem Walde herausstürzte, überfallen. Mit dem Rufe: „Geld oder das Leben!“ zog der Begehrer einen Revolver und als sich St. mit seinem Stode zur Wehre setzen wollte, schoß der Angreifer auf ihn ab. Die Waffe war auf die Brust des Gärtners gerichtet gewesen und nur einer glücklichen Bewegung mit dem Arm hatte es St. zu verdanken, daß die Kugel nicht in die Brust, sondern in die rechte Hand drang. Der Räuber floh jetzt wieder in den Wald zurück und war bald verschwunden. Infolge der quälenden Schmerzen war es St. nicht möglich gewesen, dem Flüchtling nachzuseilen. Dieser war etwa 35 Jahre alt, von mittlerer Größe, hatte rotblonden Schurz- und ebensolchen struppigen Spitzbart. Er trug ein helles Jackett, alten grauen Schlapphut, über die Stiefel ausgefranste Hosen und machte so recht den Eindruck eines Straßenräubers. Der verwundete St. wurde nach einem Krankenhaus gebracht.

Ueber Alkohol und Vererbung wird der Frauenarzt Dr. Simons am Mittwoch, den 6. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Hofsaal der Arbeiter-Vohlfahrts-Ausstellung, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11/12, einen Vortrag mit nachfolgender Ansprache halten. Eintritt für jedermann frei.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Zus.-Or.“ Heute Mittwoch abends 8 1/2 Uhr bei Tollberg, Götterstr. 55: Sitzung. Vortrag des Arbeiterkreises Genossen Rink über „Die Unfallversicherung“. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Abkominen-Bund. Diszgruppe Berlin. Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Englischen Garten,

Alexanderstr. 27, eine öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen S. Hagen über „Alkohol- und Arbeiterfrage“. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreichem Besuch gebeten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 10. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der letzte Fort der Reaktion. — Der französische Parteien in Schölen vor Sedan. Von Ch. Rapoport (Paris). — Eine Nacht aus „Bormark“-Konflikt. Von Karl Kautsk. — Der erste altrussische Bauernkongress. — Die ökonomische Lage des sibirischen Proletariats in Rußland. Aus dem Russischen überlegt von G. R. (Schluß). — Literarische Rundschau. — Rottgen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Brochürennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

M. Freimann. Ueber den physiologischen Stimmungssinn des Mannes. 192 Seiten. G. Rigmann. Das von der Erblichkeit. 97 Seiten. G. Fischer. Spieler-Moral. 19 Seiten. Sämtlich zu beziehen durch das „Moderne Verlagsbureau“ Curt Wigand, Berlin-Wilmersdorf, Kallerspaz 15.

V. Humann. Revolutionen in West-Europa. Niemann. Die Pariser Kommune. Anstett. Die Frau in den sozialen Bewegungen Rußlands. J. Newovron. Soldatenbüchlein. Gubau Jach. Was ist eine Konstitution? Geschichte der belgischen Arbeiterbewegung. Das Märchen von den vier Brüdern. Neue Ausgaben des Allg. Sibirischen Arbeiterbundes in Altai, Polen und Rußland. Genf, Imprimerie Israélite, 81, rue de Carouge.

Der Tropenpflanzer. Nr. 12. Organ des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, Berlin, Unter den Linden 40. Monatlich ein Heft. Bezugspreis jährlich 10 M.

Bücher-Verzeichnis der Bibliotheken und des Lesezimmers der Arbeitervereine im Westen Leipzigs. 67 Seiten. Verlag Leipziger Buchdruckerei K. W. Leipzig.

Monatschrift des Deutsch-Brasilianer Vereins. Heft 11. Expedition Berlin W 30, Ullrichstr. 12.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65-70 pr. 100 Pfund, Ha 58-63, IIIa 62-58, IVa 42-50. Kalbfleisch Ia 84-88, IIa 72-82, IIIa 54-68, Hammelfleisch Ia 65-75, IIa 50-60. Schweinefleisch 68-75. Rindfleisch 50-54 Pf. Hefen Stück 3,50-3,70, klein 1,50-2,00. Rindfleisch Stück 0,80-1,00. Kuhner pro Stück, alte 1,30-1,85, junge Ia 0,80-1,15, IIa 0,60-0,90. Lamm, junge 0,90-0,90, alte 0,40-0,45. Enten Junge 1,50-2,50. Gänse pro Stück, Ia 3,50-4, —, IIa 2,50-3,00, pro Pf. Ia 0,58 0,63, IIa 0,50-0,56. Schellfische 16-20 M. Runder 25-27 M. pro 100 Pf. Hechte 84-86 M., Schleie, unsortiert 00 M., Kalle, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, Wägen 32-37, Karpen 00-00 M., Lachs 00,00. Schellfische Vollheringe (gelben) 40-44 M. Eier, Schod 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 121-126, IIa 118-124, IIIa 115-118, abfallende 95-110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00-2,25, Rosen 0,90-0,90, kleine 0,90-0,90, runde weiße 1,80-2,00. Weingehölz pr. Schod 4,00-5,00, Weisbühl 6,00-8,00, Klotz 4,00-8,00, Holz 12-15 M. Saure Gurken, Schod 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Westfront: abends 7 Uhr.

S. G. 100. Sie selbst müssen Ihren Anspruch auf Unfallrente bei derjenigen Berufsgenossenschaft geltend machen, zu der der Betrieb gehört. Es scheint das die Norddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft zu sein.

G. S. Schwedterstraße. 1 und 2: Ja. — S. 31. Der Abzug ist nicht berechtigt. Es kann aber für die frühere Zeit schwierig noch nach verlangt werden, weil nicht protokolliert war. — G. J. 75. Augustin. 63. Rein. — M. R. S. 1. Das hängt vom Wortlaut des Testaments ab.

2. Die Betreffende ist zur Herausgabe verpflichtet. — M. 3. 1. Ist das Testament in Baden oder in der Rheinprovinz errichtet, so kann es, wenn die Formvorschriften (Datum, Ort, Unterschrift) beobachtet sind, gültig sein; ein in Norddeutschland vor 1900 errichtetes eigenhändiges Testament ist unglültig. 2. Rein. — S. 40. Schreiben Sie Ihre Ansprüche bei der Krankenkasse geltend, eventuell fügen Sie an Anerkennung Ihrer Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft (Stralauerstr. 1-3). — B. S. 100. Es ist möglich, daß das von Ihnen beschriebene Spiel als Glückspiel erachtet wird.

Alter Abonnent. Änderung auf Anwaltsrente ist bei dem Magistrat, Abteilung für Anwaltsversicherung, Adolphstr. Bach zu erheben, wenn mindestens 200 Markten gefest sind und entweder bereits 20 Wochen hindurch Erwerbsunfähigkeit oder dauernde Invalidität vorliegt. — J. Ja. — W. R. 101. 1, 2, 6, 7, 8. Eine Klage aus den von Ihnen angeführten Umständen kann Aussicht auf Erfolg haben, wenn diese Tatsachen bewiesen werden. Sicherer ist natürlich der Nachweis des Ehebruchs. 3. Ja. 4. S. Rein. 9. Zunächst Säulenermin, dann Klage. 10. Ja. — 20. G. Dreier Frau steht, falls sie ununterbrochen sechs Monate lang einer der Klassen angehört, die Unterklärung zu. Eine einmalige Unterbrechung kann sie durch Verbleib als freiwilliges Mitglied verhindern. — Alte Zeile. Katholisch. — G. S. oder G. J. 39. Ist ausgeklagt, so lassen Sie vollstreden. Sonst fügen Sie. Die Verjährungsfrist beträgt 30 Jahre.

Für den Inhalt der Interrete übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber einzelner Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 6. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Der Evangelmann. Pianissimo im Dreier Kats-Keller. Schauspielhaus. Der Damentrieg. Die Dienstboten. Neues Opern-Theater. Gustav Adolf-Festspiel. Neues. Ein Sommernachtstraum. Wehen. Don Pasquale. Nachmittags 3 Uhr: Schlaraffenland. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Berliner. Maria Stuart. Nachmittags 3 Uhr: Die Wunderglocke. Leistung. Die Wäldente. Anfang 8 Uhr: Zentral. Masette. Nachmittags 3 Uhr: Prinzgemahl. Kleines. Ein Feiertag. Angelo. Sauter O. (Wagner-Theater.) Waisulshins Kinder. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Nationaltheater.) Poppenreich. Komische Oper. Hofmanns Erzählungen. Reheben. Der Bräutigam. Trianon. Die herbe Frucht. Lustspielhaus. Remisch. Thalia. Bis sind um Hänge! Nachmittags 4 Uhr: Frau Holle. Carl Weiß. Der Mädchenhändler. Lusten. Der Weihenreiter. Deutsch-Amerikanisches. Ueber Herr Herzog! Nachmittags 4 Uhr: Hängel und Gretel in Amerika. Metropol. Auf ins Metropol. Kasino. Das Opernhaus. Apollo. Prinzgemahl. Walhalla. In Lebensgröße. Herrfeld. Familienfest im Hause Beckstein. Wäldergarten. Eugenie Fougere. — Spezialitäten. Volles Caprice. Nach dem Poppenreich. Vorher: Familie Anaphel. Spezialitäten.

Verhochhalten. Stettiner Sängerkorps. Spezialitäten. Urania. Taudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Lieberlein in der Wildnis. Sternwarte. Invalidenstr. 157/62. Täglich abends von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.

Nachmittags 3 Uhr: Die Wunderglocke. Abends 7 1/2 Uhr: Maria Stuart. Donnerstag: Annemarie. Vorher: Der Geigenmacher von Cremona. Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Morgen und folgende Tage: Ein Sommernachtstraum. Kleines Theater. Abends 8 Uhr: Ein Feiertag. Hierauf: Angelo. Donnerstag: Ghetto. Zentral-Theater. Abends 8 Uhr mit großem Erfolg: Masette. Operette in 3 Akten von Herblay. Apollo-Theater. Täglich 8 Uhr: Das grandiose, erstklassige Spezialitäten-Programm. 9 1/2 Uhr: Prinzgemahl von Paul Lincke. Sonntag nachm. 3 Uhr: Frau Luna und das vollständige Dezember-Spezialitäten-Programm.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Der Weihenreiter. Donnerstag zum erstenmal: Der neue Herr. Freitag: Die Rönche. Sonnabend: Die Rönche. Sonntag nachm.: Othello. Abends: Die Rönche. Montag: Die Rönche.

Trianon-Theater.

Heute zum erstenmal: Die herbe Frucht. Lustspiel in 3 Akten von Roberto Bracco. Deutsch v. Otto Gleichschlag. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Auf - in's Metropol!

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67. Dienstag: Jeden Abend 8 Uhr! Souvenir-Vorstellung 100. ABER! Aufführung Herr Herzog! Jeden Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Hängel und Gretel in Amerika. Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr: Ueber'n großen Teich.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Prinzgemahl. Saitlicher Schwanz in 3 Akten von L. Kramor und J. Chancel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Urania Tauden-

str. 48/49. 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165. „Ernte“. Schattenspiel in 9 Bildern. Wanderung durch das Niltal. Restaurant: Harburger Sängerkorps.

Kasino-Theater

Lehringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Unablässig anderverkauft. Großer Lacherfolg! Das Opferlamme. Vorder das sensation. Dezemberprogramm. Neu! Baldwin Broth. Neu! Sonntag nachm. 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. H. Hofe. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf. Elite-Dezember-Programm. Carin Andara. Vertragskünstlerin. Carl Braun. Verwundungskünstler. Im Krug zum grünen Kranze. Singpiel von D. Richter und 10 erstklassige Nummern. Familienarten in allen Barbieren, Fächer- und Bazarveranstaltungen sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben. Sonnabend, den 9. Dezember: Extravortellung zum Besten des Nationalbankes für Veteranen.

Komische Oper.

Friedrichstr. 101-101a. Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Morgen und folgende Tage: Hoffmanns Erzählungen. Montag z. erstenmal: Die Bohème.

Folies Caprice.

Budapester Posen-Theater 132 Linienstr. 132. Ecke Friedrichstraße. Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten der russischen Juden. Zum 80. Male: Nach dem Zapfenstreich. Vorher: Der Dorfmusikant u. d. ausgezeichn. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Passage-Theater.

Anfang abends 8 Uhr. Das sensationelle Dezember-Programm. Buddhas Tafel (die Schrift aus dem Jenseits). die berühmte Paquarette, franz. Excentric. 14 neue erstrklassige Nummern.

Belle-Alliance

Theater-Variété. Abends 8 Uhr: 14 sensation. Debüts. Josephine Pettit. Flammen- und Radium-Tanz. Neppi Werner. Charakter-Komiker.

Carl Weiß-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132. Mädchenhändler. Schauspiel in 5 Akten v. K. J. Gleich. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonnabend 4 Uhr: Weihenreiter. Abends 8 Uhr: Züdenreiter. Sonntag zum erstenmal: Von Stufe zu Stufe.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Gammelnstr. 16. Am Altar. Schauspiel nach der gleichnamigen Erzählung E. Weiners von C. Wegel. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Donnerstag auf dieselben Wunsch noch einmalige Aufführung: Kommiss.

Neue Welt

Hasenheide 108/114. Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters. Fräulein Doktor. Lustspiel in 4 Akten v. D. Walfsch und L. Stein. Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Bl. 50 Pf. (im Abonnement 40 Pf.)

Sanssouci. Kottbuserstr. 4

Direktion Wilhelm Reimer. Heute Mittwoch: Die Brüder vom Steinhof. Charakterbild v. D. Stephan. Sonntag Beginn 5 Uhr. Bochenstag, Mittwoch: Theater-Abend. Sonnt. Konz. Donnerst.: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanztruppen. Der kleine Soal (150 Berl.) ist noch einige Sonnabende zu vergeben.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wanjuschins Kinder.
Drama in 4 Akten v. E. Neidjony.
Deutsche Bearbeitung v. Hans Kaufmann und Max Lie.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wanjuschins Kinder.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Weg. 23).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beyerlein.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Colosseum

Dresdener-
Straße 97.
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr.
Lotte Sebus
Wardini
das unerreichte kom. Duett
Jeden Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Jed. Platz 50 Pf. (1 Kind frei). Weihnachtspräsent.
Demnächst: **Rin-in's Colosseum!**

1 Uhr
Konzertsaal bis
nachts: Gastspiel d. Ersten
Wiener Damenorchesters
„Die
schönen Mädchen“ (9 Damen,
Herr, 1 Negor) u. d. Wiener
Operntänzerin, Schlemmerbauer

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Zum 17. Male:
Indien.
Orig.-Manege-Ausstatt.-Stück
des Zirkus Busch in 8 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
6 indische Orig.-Fakire.
8 importierte arabische
Vollbluthengste, dressiert
und vorgeführt von Herrn
Ernst Schumann
Frä. Kaminska, Schulleiterin.
Auftreten des Mr. Pearson.
Zwergelohn François mit dem
Zwergpferd.

Zirkus
Albert Schumann
Zum 16. Male:
Die Sensation des Tages!
Wohlfühl-Roulette!
Autobolide
La belle Mlle. de Thiers.
Ferner: **Los Queirolos** Originalspan.
Reu! **Los Queirolos** Gruppe (6 Pers.)
in ihren unglau-
bigen Leistungen.
Reu! **Der** **Miss Texas Hattie.**
schwarze Stern
Wunderbar: Das anerkannt vor-
zügliche Programm.
Direktor Alb. Schumanns neue und
moderne Dressuren.
Die Parle aller Pantomimen:
Der Tag **Englischen Derby.**
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Nemesis.
Sonntag nachm.: **Viederleute.**

WINTERGARTEN
Eugenie Fougère
Pariser Excentrique-Sängerin.
C. Bernardi, Verwandlungs-
künstler.
Mc. Banns, Keulenjongleur.
Rosa Nayon, dressierte Vögel
Perzina, Hundepantomime.
Lene Land, Parodistin.
Siegwart Gentes, Humorist.
de Grey, Barfuß tänzerin.
Im Pensionat, Ballett-
divertissement.
Die 3 Olympier, Bronzestatuen
Biograph.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Gebrüder
Herrnfeld-
Theater.
Heute präzis 8 Uhr:
Familientag
im
Hause Prellstein
Komödie in 3 Akten
mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorberf. 11—2 Uhr. (Theaterkasse).

Reichshallen.
Sole:
Stettiner Sängere.
Zum Schluß
Franklein Doktor.
Schlaraffenland von Neigel.
Eintrag:
Bis Sonntag
8 Uhr.
Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Täglich:
Auftreten von 36 erstklassigen
internationalen Spezialitäten.
Artus-Hof
Perlebergerstr. 26. Ständelerstr. 18.
Säle von 100—1200 Pers. stehen den
geehrten Vereinen zur Verfügung.
Neben Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater - Vorstellung.
Neben Montag: **Lunartänzer** und
humoristische Soiree.
Neben Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Koabit. Gesellschaftshaus.
Wickstr. 24. (Zuh.: H. Peters.
Jeden Mittwoch:
Original-
Harburger Sängere.
Direktoren: C. Fricke und
Fr. Rasche-Krause.
Abf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Borungstakt. hab. Günstig.
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstellg.

Otto Pritzkowski
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hänstr. 16.
Riesen-Weihnachts-Programm!
Barnum u. Ballays Abnormitäten.
Wunderhahn Pluto, geboren mit
4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf.
Der Welt-Koloß, schwerste Dame,
die je gelebt.
Die fliegende Venus??
Der Skelettmensch, 27 Kilo schwer
Die Heilsheerin Armida. — Riesen,
Zwerge, Phänomen, Fakire, Heil-
seher, Feuerkünstler, Gedanken-
künstler etc. — Entree wie immer.
Keine Nachzahlung.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 85.
Das Riesen-Dezember-Programm.
Reu! **Miss Unita.** Reu!
einzig existierende Narkotikettin.
Reu! **Mr. Hardon.** Reu!
Beselkünstler und Wundheilend.
Reu! **Von Südwest-Afrika zurück.**
oder: **Die Nacht, heilige Nacht!**
Weihnachts-Lebensbild
mit Orchestre in einem Akt.
Pelz-
Stolas u. Jacketts, allgemein be-
vorzugtes
Weihnachtsgeschenk zu sehr billigen
Preisen **Leipzigerstr. 57.** Kolonaden
offener
Kein Schaukasten! Not.

Schöneberger Wintergarten
Goldstraße 2
Täglich Theater und Spezial-
itätenvorstellung.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede erwachsene Person hat ein Kind
frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-
Vorstellung. Die Direktion.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Frankfurter-
Chaussee 5.
Jeden Mittwoch:
Willy Walde-Sänger. Bond haben
Günstigkeit.
Donnerstag, den 7. Dezember:
Großes Extra-Militär-Streich-Konzert,
angeführt von der ganzen Kapelle der Garde-Ploniere.
Dirigent: **R. Kühle.**
53152 **Gebr. Arnhold.**

Verband der Lederarbeiter
Deutschlands.
Berlin. Filiale I.
Nachruf!
Am 30. November verstarb
unser Kollege und Verbands-
mitglied 132/2
Franz Theige
im Alter von 33 Jahren.
Ehre seinem Andenken!

Verband der Lederarbeiter
Deutschlands.
Berlin. Filiale I.
Todes-Anzeige.
Am 4. Dezember 1905 verstarb
unser Kollege und Verbands-
mitglied 132/14
Moritz David.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donner-
stag, den 7. d. M., nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des neuen Paulus-
Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht
Der Vorstand.

Zirkus Busch.
Zum 17. Male:
Indien.
Orig.-Manege-Ausstatt.-Stück
des Zirkus Busch in 8 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
6 indische Orig.-Fakire.
8 importierte arabische
Vollbluthengste, dressiert
und vorgeführt von Herrn
Ernst Schumann
Frä. Kaminska, Schulleiterin.
Auftreten des Mr. Pearson.
Zwergelohn François mit dem
Zwergpferd.

Zirkus
Albert Schumann
Zum 16. Male:
Die Sensation des Tages!
Wohlfühl-Roulette!
Autobolide
La belle Mlle. de Thiers.
Ferner: **Los Queirolos** Originalspan.
Reu! **Los Queirolos** Gruppe (6 Pers.)
in ihren unglau-
bigen Leistungen.
Reu! **Der** **Miss Texas Hattie.**
schwarze Stern
Wunderbar: Das anerkannt vor-
zügliche Programm.
Direktor Alb. Schumanns neue und
moderne Dressuren.
Die Parle aller Pantomimen:
Der Tag **Englischen Derby.**
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Nemesis.
Sonntag nachm.: **Viederleute.**

Sonder-Angebot.
Felle u. Fell-Teppiche
nur so lange der Vorrat reicht, echt chinesische
Ziegenfelle
in grau, weiß, woll-
und braunfärbbar,
a 10, 8, 6.50 und **5** Mark.
Angora-Lammfelle
Pracht-Exemplare,
schneeweiß, beson-
ders langhaarig,
80x175 groß, nur **7,50** M.
Echt sibirische
Wölfe **8,50** M.
mit Kopf u. Gebiß
a 25, 20, 18, u.
Dingofell-Teppiche
m. Füller u. wattiert,
a 18, 12, 10 und **6,50** M.
Echt englische
Angorafelle **4** Mark.
besonders lang-
haarig, m. Selds-
glanz, in allen ex-
istierenden Farben,
a 12.50, 10, 8 u.
Ferner große Auswahl in echten Fellen m. Kopf u. Gebiß, wie
Tiger, Panther, Braunbär, Puma-Löwe und Eisbär
sowie alle Arten echter **Fell-Teppiche, Wagen- u. Schlitten-**
decken, Pelz-Fußsäcke, Pelzschuhe, Jagd-Wuffen,
Pelz-Diwandecken u. Pelz-Vorlagen m. Fußtasche
jetzt zu enorm billigen Preisen.
Teppich-Haus
B. Hurwitz, Rotes Schloß,
vis-à-vis dem National-Denkmal.
Teleph. Amt 1. 8311.

Ida Mickley
geb. **Klöpfer**
am Sonntag, den 3. d. M., nach
kurzer, schweren Leiden ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Golgatha-Kirchhofes,
Verlängerung, aus statt. 58142
Der trauernde Gatte
F. Mickley nebst Kindern und
Schwiegereltern **H. Klöpfer.**

Todes-Anzeige.
Am 3. Dezember verschied sanft
nach längerem Leiden mein
liebstgeliebter Mann, unser Vater,
Schwiegerater und Großvater
Hermann Meinhardt
im 63. Lebensjahre. 9776
Dies zeigt tiefbetruert an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. d. M., nach-
mittags 3 Uhr von der Kapelle
der neuen St. Elisabeth-Gemeinde,
Brinjen-Allee, aus statt.

Bekanntmachung.
Nach einem Beschlusse der Schlichtungs-
kommission in der Kofferbranche
hatte die Firma H. Vorch mit Rück-
sicht auf § 7 des bestehenden Tarif-
vertrages die von ihr eingestellten
Heimarbeiter wieder zu entlassen be-
zweckt. Da sich die Firma
diesem Beschlusse nicht fügte, rief die
Kommission das Einigungsamt des
Gewerbegerichts an.
Dieses hat in der Sitzung vom
18. Oktober 1905 nachstehenden
Schiedsspruch
gefällt:
Das Einigungsamt ist der Ansicht,
daß die Fabrikation von Schul-
taschen und Schulmappen nach
dem Tarifvertrage für die Koffer-
branche zu beurteilen ist.
Die Firma Vorch darf daher, da sie
bei Abschluß des Tarifvertrages vom
7. Juni 1905 Heimarbeiter nicht be-
schäftigte, nach Nr. 7 dieses Vertrages
Heimarbeiter überhaupt nicht ein-
stellen.
Nr. 7 des Tarifvertrages ist dahin
auszulegen, daß Firmen, welche
Heimarbeiter beim Abschluß des Ver-
trages beschäftigten, die Anzahl der
bisher für ihre Betriebe tätigen Hei-
marbeiter keinesfalls vermindern dürfen.
Gg. v. Schulz, Crahn, E. Bernhard,
C. Koblenzer, Rob. Ahrens.
Vorliegendem Schiedsspruche haben
die Arbeitnehmer sich unterworfen,
während die Firma die Unterwerfung
unter denselben abgelehnt hat.
Berlin, den 2. Dezember 1905.
Der Vorsitzende des Einigungsamtes,
Gg. v. Schulz.

Zentralverband d. Hand-
schuhmacher Deutschlands.
Ortsverein Berlin.
Am 3. Dezember verstarb unser
treues Mitglied, der Kollege
Hermann Meinhardt
im Alter von 63 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
nachmittags 3 Uhr, von der Halle
des Elisabeth-Kirchhofes in Pantow,
Bollanstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird
erjucht.
209/6 Der Ortsverein Berlin.

Stola
Muffen
etc. etc.
Nur eig. Fabrikat.
Große Auswahl.
Kalman,
Dresdenerstr. 75
vorn II.
2. Haus v. Thalia-Th.
Kein
Zwischenhändler.
Vork. auch Sannl. u.
Wochent. d. 9U. ab.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Bewaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Gürtler
Karl Wiersing
gestorben ist. 167/16
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Rigsdorfer Kirchhofes am
Kartendorfer Weg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Sinzel-Verkauf zu Engros-Preisen
hat begonnen.
Unterwäsche . . . von 1.25 M. an
Schürzen . . . von 20 Pf. an
Weiße Taschentücher,
geräumt . . . D. von 85 Pf. an
Korsetts . . . von 80 Pf. an
Kostümzüge, Cheviot, schwarz, blau u. braun 3.50 M.
Trikotagen, einzelne Pullover, unter Preis
im Engros-Geschäft **Neuer Markt 1-2.**

Die schönsten
Weihnachts-
Geschenke
in
Stoppdecken
kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik 72 West-
straße 72, wo auch alle
Stoppdecken aufgearbeitet werden.
B. Strodmandel, Berlin 14
Königsplatz 14
Sonntags vor Weihnachten geöffnet.

Am Freitag, den 1. Dezember,
ist in einem Anfälle von Schwermut
mein lieber Vater, der
Wollwäckermeister
Gustav Fiscoeder
freiwillig aus dem Leben geschieden.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 7. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Neuen Lützen-
Kirchhofes, Rigsdorfer, Hermanns-
straße, aus statt.
Adolf Fiscoeder.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 85.
Das Riesen-Dezember-Programm.
Reu! **Miss Unita.** Reu!
einzig existierende Narkotikettin.
Reu! **Mr. Hardon.** Reu!
Beselkünstler und Wundheilend.
Reu! **Von Südwest-Afrika zurück.**
oder: **Die Nacht, heilige Nacht!**
Weihnachts-Lebensbild
mit Orchestre in einem Akt.
Pelz-
Stolas u. Jacketts, allgemein be-
vorzugtes
Weihnachtsgeschenk zu sehr billigen
Preisen **Leipzigerstr. 57.** Kolonaden
offener
Kein Schaukasten! Not.

Schöneberger Wintergarten
Goldstraße 2
Täglich Theater und Spezial-
itätenvorstellung.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede erwachsene Person hat ein Kind
frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-
Vorstellung. Die Direktion.

Neu! A.B.C.-Brenner
für
Petroleum-
Glühlicht
Modell
1906
kostet nur **Mk. 5,50**
komplett mit Glühstrumpf, Cylinder und Docht.
Brennt so hell wie Gasglühlicht und ver-
braucht dabei nur zirka 1 Pfg. Petroleum
per Stunde. Kein Schneiden, kein Schrauben
des Dochtes. Ist überhaupt so einfach,
daß er von einem Kinde bedient werden
kann, daher der Name „A.B.C.“ Paßt für
jede vorhandene 10" und 14" Lampe und
mittelst Zwischenring auch auf jedes
andere Bassin.
Niederlagen:
Warenhaus A. Wertheim.
H. Vettin, Brunnenstr. 34.
Abramson & Ehrlich, Königstr. 45.
Liedner Nachf., Perlebergerstr. 39.
Adolf Névir, Unter den Linden 44.
O. P. Neuendorf, Friedrichstr. 127.
Paul Schenck, Reichenbergerstr. 30.
A. Schneeweiß & Co., Chaussee-
straße 87.
Otto Sehlig, Kyffhäuserstr. 2.
Franz Strauch, Brunnenstr. 64.
R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 85.
Lampen-Fabrik M. Eggert, Frank-
furter Allee 40.
Charlottenburg: F. Schröder, Schlüterstr. 59.
Friedenau: Paul Pruss, Rheinstr. 56.
Gr. Lichterfelde: C. Steinborn, Klompnerstr., Chaussee-
straße 18.
Ober-Schöneweide: J. W. Kasteer, Edisonstr. 10.
Rixdorf: Emil Steinbach, Thüringerstr. 44.
Rummelsburg: Georg Reimer, Schillerstr. 35.
Steglitz: Alb. Bussé Nachf., Schützenstr. 50.
" Ewald Buck, Albrechtstr. 4.
" J. Dahlemann Nf., Schloßstr. 30.
Weißensee: Gericke & Wolfram, Königshaussee 55.
Wilmsdorf: Franz Hinze, Bernhardtstr. 10.
Friedr. Müller, Prinz-Regentenstr. 57.

Die schönsten
Weihnachts-
Geschenke
in
Stoppdecken
kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik 72 West-
straße 72, wo auch alle
Stoppdecken aufgearbeitet werden.
B. Strodmandel, Berlin 14
Königsplatz 14
Sonntags vor Weihnachten geöffnet.

Am Freitag, den 1. Dezember,
ist in einem Anfälle von Schwermut
mein lieber Vater, der
Wollwäckermeister
Gustav Fiscoeder
freiwillig aus dem Leben geschieden.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 7. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Neuen Lützen-
Kirchhofes, Rigsdorfer, Hermanns-
straße, aus statt.
Adolf Fiscoeder.

Schweizer Uhren
Niederlage
Kein Laden
Privatverkäufe
zu Engrospreisen
unter schriftlicher Garantie
Berlin-Schöneberg
Unter den Linden 111
Ecke Hauptstraße
dritte Straßenseite

Verein Berl. Hausdiener.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Julius Neuendorf
(Gartenstr. 21)
nach langem Leiden an der
Grosstarkeinfel verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 6. d. M., nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Neuen St. Johannis-Kirchhofes in
Wilmersdorf (hinter dem Schützen-
haus) aus statt. 9615
Um rege Beteiligung erjucht
Der Vorstand.

Schweizer Uhren
Niederlage
Kein Laden
Privatverkäufe
zu Engrospreisen
unter schriftlicher Garantie
Berlin-Schöneberg
Unter den Linden 111
Ecke Hauptstraße
dritte Straßenseite

Am 2. Dezember starb nach
langem schweren Leiden unser
lieber Kollege, der Schriftleiter
Richard Köth
im Alter von 48 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden
ihm beizubringen
Die Mitglieder
der Nord. Buchdr. u. Verl.-Anstalt.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch um 3 1/2 Uhr, auf dem
Lützen-Kirchhof (Vergmannstraße)
aus statt. 9596

Gesangverein „Freie Sängere“
Weißensee.
Die Mitglieder Paul Wolfgramm
und Otto Köfers werden
hierdurch aufgefordert, ihren Be-
schlüssen dem Verein gegenüber
nachzukommen. 9075
Der Vorstand.

Leihhaus H. Graff
Berlin SW., Bouthstr. 5.
Brillanten,
Uhren,
Goldwaren.
Teils 25—50%, unter Ladung.

Schulärzte.

Der Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Jahre 1904/05, der städtischer Schuldeputation erhalten vom Stadtverordneten Dr. Artur Hartmann, dem Vorsitzenden der Freien Vereinigung Berliner Schulärzte, ist nunmehr einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Nachdem von der sozialdemokratischen Fraktion im roten Hause zu wiederholten Malen Anträge auf Einführung schulärztlicher Aufsicht für unsere Gemeindeschulen gestellt waren, wurden im Jahre 1900 zuerst veruchsweise 10 Schulärzte in Berlin angestellt; jedem Schulärzte wurden zwei Schulen für seine Tätigkeit zugewiesen. Da sich die veruchsweise Einrichtung bewährte, wurde im Jahre 1903 die Zahl der Schulärzte um 20 vermehrt. Zwei Ärzten waren je 9 Schulen, 23 Ärzten je 8, 11 Ärzten je 7 Schulen zugewiesen. Bei einer Gesamtzahl von 223 297 Kindern waren somit jedem Schularzt 6200 Kinder unterstellt. Schon bei der Erörterung im Jahre 1903 wurde von unseren Freunden in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung gegen die Unzulänglichkeit der Vorlage Beachtung eingeleitet. Es wurde geradezu als ungesund hingestellt, den Ärzten zugumuten, mit Befriedigung und mit vollem Erfolge ihre Tätigkeit auszuüben. Von unserem Redner wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es den Anschein erweckt, als ob die Magistratsvorlage das ganze Schulärztnetz in Mitleidenschaft bringen wolle. Die vorliegende Denkschrift, die doch einen antilich Charakter trägt, sagt in dieser Hinsicht, daß Berlin bezüglich der Zahl von Schulen, welche einem Arzte unterstehen, eine Ausnahmestellung gegenüber allen anderen Großstädten des Reiches einnimmt. Während in Baden 30, in Weeslau 40, Kassel 44, Charlottenburg 36, Frankfurt a. M. 32, Hannover 12, Königsberg i. P. 50, Magdeburg 18, Nürnberg 40, Schöneberg 37 und Wiesbaden 25 Klassen einem Schulärzte zugewiesen sind, steht Berlin mit 127 Klassen an der Spitze. Es galt als selbstverständlich, daß die Schultreuten vor der Einschulung zum Arzte gebracht wurden, da es sowohl für die Schule als für die Eltern mit großen Unannehmlichkeiten verbunden ist, wenn Kinder, die bereits eingeschult sind und bereits die Schule besucht haben, als untauglich zurückgestellt werden. Unseren Warnungen zum Trost wurde aber in die Dienstanweisung der Schulärzte die Bestimmung aufgenommen, daß diese Untersuchungen innerhalb der ersten sechs Wochen des Schuljahres beendet sein müssen. Es hat sich nun herausgestellt, wie voranszusehen war, daß diese Bestimmung zu schweren Unzulänglichkeiten führte, so daß die Schulärzte sich trotz der Mehrbelastung bereit erklärten, die Untersuchungen vor dem Eintritt in die Schule vorzunehmen. Die Kinder mit ihren Eltern häuften sich nun aber hierbei auf den Treppentritten der ärztlichen Wohnungen so sehr an, daß es wiederholt vorkam, daß sich die Hauswirte selbst darüber beschwerten, ja, daß die Untersuchungen der Erschienenen überhaupt nicht alle ausgeführt werden konnten. Untersuchung wurden bei der Einschulung 34 562 Schüler (17 236 Knaben, 17 326 Mädchen), so daß auf jeden Schularzt 900 Untersuchungen kamen. Wenn die Zahl der zurückgestellten Kinder 2927 = 8,5 Proz. eine geringere war, als in den früheren Jahren, so ist das sicherlich nicht, wie die Denkschrift meint, auf die Erfahrung zurückzuführen, daß Kinder aus den kümmerlichsten Verhältnissen in der Schule unter besseren hygienischen Verhältnissen als zu Hause gut gedeihen, sondern einfach auf die Tatsache, daß die Untersuchung nach Lage der Dinge nur eine recht oberflächliche sein konnte. Von den bei der Einschulung untersuchten Kindern wurden in Ueberwachung genommen 7041; im ganzen fanden während des Berichtsjahres 24 285 Kinder in Ueberwachung der Schulärzte, jedem Schularzt waren somit durchschnittlich 673 Kinder zugewiesen. Grund der Ueberwachung war allein bei 13 Proz. ungenügender Kräftezustand, 22,4 Proz. Augenleiden, 3,4 Proz. Sprachstörungen, 8,2 Proz. mangelhafte geistige Entwicklung. Der Bericht gibt selbst zu, daß sich die Zahl der Ueberwachten, je mehr sich die Schulärzte eingearbeitet haben, noch steigern wird. Es muß berücksichtigt werden, daß der Schularzt mit Hilfe der Ueberwachungsbeamten die Kinder in Erinnerung behalten kann. Dies ist nicht mehr möglich, wenn die Zahl eine zu große wird. Für die Nebenklassen wurden 702 Kinder untersucht; diese Untersuchungen, bei welchen der geistige Zustand der Kinder festgestellt werden muß, erfordern besondere Sorgfalt und großen Zeitaufwand. Für die Stotterkurse wurden 320 Kinder untersucht; von jedem Schulärzte wurden somit durchschnittlich 28 Kinder für Nebenklassen und Stotterkurse untersucht. Endlich wurden den Ärzten auf besondere Veranlassung der Rektoren und der Schulkommissionen in Schule, Sprechstunde oder Wohnung 21 365 Untersuchungen zugewiesen, für jeden Schularzt also 593 Untersuchungen. Es läßt sich demnach berechnen, daß von dem einzelnen Arzt untersucht beziehungsweise beobachtet wurden 22 544 Kinder. Nicht gezählt sind die bei den Schulbesuchen angestellten zahlreichen Untersuchungen.

Die in den Berichten der Schulärzte erwähnten Mängel über Ventilation, Heizung, Beleuchtung, Abortanlagen usw. wurden bei den Vorbereitungen untersucht und tunsüchtig beseitigt. Die Behandlung der größtenteils den unbemittelten Schichten angehörigen Kinder wurde nur dadurch ermöglicht, daß in Berlin eine große Anzahl von Polikliniken insbesondere für die medizinischen Spezialfächer zur Verfügung steht, in welchen die Behandlung unentgeltlich geleistet wird, da die Behandlung den Schulärzten verboten ist. Es wird ausdrücklich anerkannt, daß die erteilten Ratschläge mit Dank angenommen und größtenteils befolgt wurden. Auch die Kinder beachten die erteilten Ratschläge; wird doch in einem Verlaufe besonders hervorgehoben, daß die Kinder sogar eifriger auf die Ratschläge hören (ja einen gewissen Ehrgeiz entwickeln), als die Eltern selbst.

In anderen Städten, in denen die Arbeiterversicherung auf die Familien ausgedehnt ist, kann ein großer Teil der Kinder der tassenärztlichen Behandlung überwiesen werden. Es ist zu wünschen, daß bei der bevorstehenden reichsgesetzlichen Neuordnung der Krankenversicherung diese allgemein auf die Familien der Arbeiter ausgedehnt würde. Auf ein Moment wollen wir in diesem Zusammenhang noch aufmerksam machen, da es uns nicht möglich ist, auf alle Ausführungen der interessanten Denkschrift mit der gebührenden Ausführlichkeit einzugehen. Schon die Schule hat die Aufgabe, der schweren Schädigungen, welche durch den Genuß alkoholischer Getränke hervorgerufen werden, nach Möglichkeit entgegen zu arbeiten. Nach der maßgebenden wissenschaftlichen Auffassung ist für Kinder unter 14 Jahren der Genuß alkoholischer Getränke schädlich. Kinder sollen weder Bier noch Wein, noch viel weniger Schnaps, auch nicht in kleinen Mengen, erhalten. Nach den in einer Knabenschule und in einer Mädchenschule angestellten Erhebungen nahmen mehr als vier Fünftel der Kinder gewohnheitsmäßig alkoholische Getränke zu sich, darunter mindestens einmal Schnaps 10,9 Proz. Mädchen und 11,9 Proz. Knaben, täglich Schnaps 1,8 Proz. Mädchen, 4,3 Proz. Knaben. Besonders ist die ungünstige Einwirkung alkoholischer Getränke, besonders des Schnaps, auf die Vernünftigkeit der Kinder. Von 100 Kindern, die nie alkoholische Getränke zu sich nahmen, hatten die Penser weniger als genügend 8,8 Proz. Mädchen, 24,9 Prozent Knaben, von denen die täglich Schnaps tranken, 55,5 Proz. Mädchen und 60,5 Proz. Knaben.

Schon diese knappe Darstellung gibt einen untrüglichen Beweis dafür ab, welche große Probleme bei richtiger Auffassung und Ausübung der schulärztlichen Tätigkeit dieser Faktor für die Volkshygiene der arbeitenden Klasse zu entwickeln vermag. Eine gezielte Lösung dieser Frage ist aber nur möglich, wenn der Arzt sein Amt mit Befriedigung und mit vollem Erfolge ausüben kann. Es wird die dankenswerte Aufgabe unserer Genossen im roten Hause sein, auf Grund des inzwischen gewonnenen Tatsachenmaterials mit

aller Entschiedenheit für eine Vermehrung der Schulärzte in dem Umfange einzutreten, daß einem Schulärzte nicht mehr als höchstens zwei Schulen übertragen werden dürfen.

Verfammlungen.

Berliner Gewerkschaftskommission. In der am Montag abgehaltenen Verammlung der Delegierten und Vorstände fand die Abstimmung statt über die Resolutionen, in denen die Bedingungen niedergelegt sind, unter denen die Aufnahme des Vereins Berliner Hausdiener, die in der vorigen Verammlung im Prinzip beschlossen wurde, erfolgen soll.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende Eugen Bräuner einen Passus aus Nr. 48 der „Einigkeit“, in dem gesagt wird, der Ausschuh der Gewerkschaftskommission habe dem Verein Berliner Hausdiener mitgeteilt, daß seine bedingungslose Aufnahme in die Kommission beschlossen sei. — Demgegenüber erklärte Bräuner, dieser Passus enthalte eine Unrichtigkeit. Von einer bedingungslosen Aufnahme des genannten Vereins sei nie die Rede gewesen. Vielmehr habe der Ausschuh in seiner Sitzung am 1. November die Fortsetzung der Einigungsverhandlungen mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter unter Leitung des Ausschusses zur Bedingung der Aufnahme gemacht, und Wappler, der Vertreter des Vereins Berliner Hausdiener habe sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt.

Zur Abstimmung wurde nunmehr folgende Resolution gestellt, die sich mit der vorher erwähnten Erklärung des Ausschusses am 1. November deckt:

„Der Verein Berliner Hausdiener erklärt seine Bereitwilligkeit, nach Aufnahme in die Berliner Gewerkschaftskommission auf der Grundlage der Vorschläge des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes sich mit diesem zu verständigen. Die Einigungsverhandlungen leitet der Ausschuh.“

Die Abstimmung war eine namentliche. Während derselben lief ein Schreiben vom Verband der Handels- und Transportarbeiter ein, worin es heißt:

„Begunehmen auf den in der letzten Sitzung gefahten Beschluh, monach grundsätzliche Bedenken der Aufnahme des Vereins Berliner Hausdiener nicht entgegenstehen, teilen wir Ihnen mit, daß es uns unmöglich ist, an den weiteren Beratungen in dieser Angelegenheit teilzunehmen. Wir verweisen diesbezüglich auf die in der letzten Verammlung abgegebene Erklärung und überlassen es den Delegierten, nunmehr selbst zu entscheiden, inwieweit sie unseren berechtigten Forderungen entsprechen wollen.“

Das Resultat der Abstimmung ist nach den Feststellungen der Zählung folgendes: Für die Resolution stimmten 34 Delegierte, welche 108 480 Mitglieder repräsentieren. Gegen die Resolution stimmten 54 Delegierte, die 42 200 Mitglieder vertreten. Da hinsichtlich der Abstimmung in der vorigen Verammlung festgelegt ist, daß sie noch demselben Modus erfolgt, wie die Abstimmungen auf dem Gewerkschaftstongress, so erklärte der Vorsitzende, daß die Resolution angenommen ist.

Der Vorsitzende bemerkte, mit dieser Abstimmung sei der Aufnahme des Vereins Berliner Hausdiener stattgegeben. Selbstverständlich habe sich der Verein jetzt nach dem Regulativ der Gewerkschaftskommission zu richten. Der Vorstand des Vereins müsse nunmehr bemüht sein, seine Mitglieder auf denjenigen Boden zu bringen, auf dem die Mitglieder der Gewerkschaften, welche der Kommission angeschlossen sind, stehen. Das sei die heiligste Aufgabe des Vereins Berliner Hausdiener. Der Ausschuh werde die weiteren Verhandlungen in die Wege leiten und die Einigung der beiden Organisationen zu verwirklichen bemüht sein gemäß den Anweisungen, welche in der nicht zur Abstimmung gelangten Resolution Ernst Bräuners gegeben sind.

Diese Resolution besagt, zunächst solle der „Courier“ (das Organ des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter) als obligatorisches Organ für den Verein Berliner Hausdiener eingeführt werden. Ferner solle der Vorstand des Vereins Berliner Hausdiener seinen Einfluh dahin geltend machen, daß der Anschluh des Vereins an den Verband der Handels- und Transportarbeiter bis zum 1. Januar 1907 vollzogen werde und zwar könne das sehr gut geschehen auf Grund der Uebertrittsbedingungen, welche der Verband der Handels- und Transportarbeiter in der vorigen Verammlung bekanntgegeben hat. Während der Uebergangszeit dürfe kein gegenseitiger Mitgliederang betrieuen werden.

Nunmehr entstand eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte über den bei der Abstimmung über die Resolution angeordneten Modus. Mehrere Redner bezeichnen es als unzulässig, daß, wie es geschehen, der einzige antwesende Vertreter einer großen Organisation mit sechs Delegierten sämtliche Stimmen seiner Organisation allein abgeben könne. Es dürfe nur der Teil der Stimmen gezählt werden, der im Verhältnis der Mitgliederzahl auf jeden der anwesenden Delegierten entfällt. — Hiergegen wurde von anderer Seite eingewandt, die Abstimmung sei so vorgenommen, wie es auf dem Gewerkschaftstongress üblich und im Regulativ der Gewerkschaftskommission für solche Fälle festgelegt sei. Selbst wenn man die Stimmen nach dem Modus zählen würde, den diejenigen verlangen, welche das Abstimmungsergebnis befreiten, so würde dadurch an dem Endergebnis nichts geändert werden. — In der weiteren Debatte wurde die Auslegung des Regulativs angezweifelt und die stagsliche Bestimmung als unklar bezeichnet. Ferner wurden auch grundsätzliche Einwendungen gegen den Abstimmungsmodus gemacht, weil durch denselben in jedem Falle die großen Gewerkschaften die kleinen majorisieren könnten. — Schließlich fand auf Antrag Wels eine erneute Auszählung der Stimmen statt in der Weise, daß die Mitgliederzahl jeder Gewerkschaft auf deren Delegierte proportional verteilt und nur die auf die anwesenden Vertreter entfallenden Mitgliederzahlen als Stimmen in Betracht gezogen werden.

Die nach diesem Modus vorgenommene Zählung ergab für die Resolution 53 648 Stimmen, gegen dieselbe 22 182 Stimmen. Die Resolution gilt also auch nach diesem Ergebnis als angenommen. Damit war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Als nächstes wurde zu einer anderen Angelegenheit: In der vorigen Verammlung sei die Frage ausgemworfen worden, ob auch die Vertreter der in den Vororten bestehenden Unterkommissionen Stimmrecht hätten. Da diese Angelegenheit bisher noch nicht geregelt worden sei, so schlage er vor, drei Mitgliedern jeder Unterkommission in den Delegiertenverfammlungen Stimmrecht zu gewähren und die endgültige Regelung dieser Angelegenheit bei der Neuberatung des Regulativs, das aus verschiedenen Gründen umgestaltet werden müsse, vorzunehmen. — Auf Antrag aus der Verammlung wurde von einem Beschluh abgesehen und die ganze Frage bis zur Neuberatung des Regulativs vertagt, in der Erwartung, daß diese nicht mehr lange hinausgeschoben werde.

Ferner teilte Körten mit: Die in den Zahlstellen der Gewerkschaften aushängenden Plakate haben neuerdings die Aufmerksamkeit der Polizei erregt, sie sind auch schon in mehreren Fällen beschlagnahmt worden, weil ihr Inhalt gegen das alte preussische Pressegesetz verstöhen soll. Die Gewerkschaften werden deshalb ersucht, ein Exemplar der in ihren Zahlstellen aushängenden Plakate oder eine Abschrift davon dem Ausschuh einzusenden, weil derselbe gegen das Vorgehen der Polizei etwas unternehmen will. Auch wird um Mitteilung der Fälle ersucht, wo Strafen wegen solcher Plakate verhängt worden sind.

Das Gewerkschaftskartell Berlin und Umgegend hielt am 4. Dezember bei Wille in der Brunnenstraße eine Vorstand- und Delegiertenverammlung ab. Zunächst wurde die Abrechnung verlesen, die sich auf die Zeit vom 3. August bis zum 18. November er-

streckt. Die Einnahmen, samt dem alten Bestand von 1486,55 Mark, beliefen sich auf 29 972,08 Mark, die Ausgaben auf 29 088,23 Mark; es blieb also ein Bestand von 883,85 Mark übrig. Wie die Abrechnung erkennen läht, haben die einzelnen Gewerkschaften und ihre Mitglieder bei den großen Kämpfen dieses Sommers eine recht lobenswerte Solidarität und Opferwilligkeit bewiesen. — Die Verammlung erteilte dem Kassierer Westfal einstimmig Decharge. Ferner wurde beschlossen, dem Kassierer für diese Abrechnung 20 M. Monatsgeld zu gewähren. Ein Antrag, die einzelnen Gewerkschaften proportional ihrer Mitgliederzahl zu Beding der von Kartell aufgenommenen Gelder zu verpflichten, wurde dem Ausschuh zur Prüfung überwiesen. Sodann wurde die Präsenzliste verlesen. Es fehlten nur die Vertreter der Metallhallenarbeiter und der Hausdiener.

Darauf berichtete Wiesener, Vertreter der Metallarbeitergewerkschaft, über den Kampf in der Elektroindustrie. Der Redner, dessen Ansichten über die Taktik und den Verlauf des Kampfes im „Vorwärts“ bereits wiedergegeben sind, bemerkte unter anderem, daß das Verhalten des Metallarbeiter-Verbandes bei den Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse der Mechaniker nun wieder einmal beweise, daß ein Zusammengehen mit dem Verband unmöglich sei. — In der Diskussion bemerkte Jakob Fischer (Klavierarbeiter), er habe sich gestreut, daß Cohen in der Generalversammlung der Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes es offen ausgesprochen habe, daß kein Geld vorhanden war. Wo aber sei die Solidarität der übrigen großen Gewerkschaften geblieben? Die Gewerkschaften des Kartells wollten Klassenkämpfer erziehen. — Kleinlein machte einige Einwendungen gegen die Haltung der Vertreter der Metallarbeiter-Gewerkschaft und meinte, daß sie während des Kampfes die Grundzüge des Kartells nicht energig genug geltend gemacht hätten. Der Redner verurteilte scharf die Haltung der Genossen Timm, Frohme, Lesche und Elm. — Gegenüber seinen, die Haltung der Vertreter der Metallarbeiter-Gewerkschaft betreffenden Aeuherungen wiesen Jelder, Wiesener und Schröder darauf hin, daß sie innerhalb des Kartellstreikkomitees alles aufgeben hätten, um in ihrem Sinne zu wirken, aber als Minorität nur in den seltensten Fällen mit Erfolg. Wiesener dankte im Namen seiner Gewerkschaft für die großartige Opferwilligkeit, die die übrigen Kartellgewerkschaften bei dem Kampf bewiesen haben.

Dann wurde über den Antrag des Barbier-, Freiseur- und Perückenmacher-Verbandes um Wiederaufnahme in das Kartell beraten. Der Verband ist seinerzeit ausgeschieden, weil durch innere Streitigkeiten eine Spaltung entstand, die aber jetzt wieder beseitigt ist. — Schulz, der Vertreter dieser Organisation, erklärte, daß unter der neuen Leitung dafür gesorgt werden solle, daß stets die Grundzüge der modernen Arbeiterbewegung und des Kartells hochgehalten werden. Nachdem der Vorsitzende Theodor Fischer die Erwartung ausgesprochen hatte, daß Verstöße, wie sie dem Verband zum Vorwurf gemacht worden sind, in Zukunft nicht mehr vorkommen, wurde die Aufnahme beschlossen.

Darauf kamen die in der Verammlung der Fliesenlegeraktion des Maurerverbandes erhobenen und im „Vorwärts“ vom 28. November wiedergegebenen Anschuldigungen gegen den Verein der Fliesenleger, den neuen Tarifvertrag betreffend, zur Sprache. Die Vertreter des Vereins, Gieseke, Bagel und Neß, erklärten diese Anschuldigungen für durchaus unberechtigt. Bagel verlas das Protokoll der Verhandlungen vom Gewerbegericht mit dem Passus, der den Vertretern der Sektion Veranlassung gab, von einer „Schwarzen Liste“ zu reden. Etwas derartiges sei vom Verein durchaus nicht beabsichtigt worden; auch habe man sich überzeugt, daß diese Liste ihrer Mitglieder nicht den einzelnen Arbeitgebern ausgeliefert wurde und keinerlei Mißbrauch getrieben werden kann. Der Redner ging ferner auf die festgesetzten Löhne ein und führte aus, daß unter den obwaltenden Umständen, zumal da man auch mit der Lohnbewegung der neu organisierten Hilfsarbeiter rechnen mußte, die erzielten Vorteile wohl als annehmbar gelten könnten. Ebenso wurde auch die Behauptung der Sektion, daß die Lokalarbeitung daran schuld sei, daß der Tarif ohne die Sektion abgeschlossen wurde, als durchaus unberechtigt zurückgewiesen. — In der Diskussion wurde allgemein die Meinung geäußert, daß die Kritik der Vertreter des Maurerverbandes nur darauf berechnet sei, die sich immer härter entwickelnde Freie Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands im ganzen Lande zu diskreditieren. Wels, Vertreter der Maurer, erwähnte im Anschluh daran, daß man wohl den Beschluh seiner Organisation, vom November bis Februar nicht länger als acht Stunden zu arbeiten, seitens des Maurerverbandes dazu anzuwenden werde, dem Verein der Maurer eine Tendenz zur Verlängerung der Arbeitszeit anzudichten. Tatsächlich seien aber die Verbandsmaurer bereit, wenn zwei Schichten eingeführt würden, sogar neun Stunden zu arbeiten, wie es ja auch ihr Tarifvertrag zulasse.

Schließlich wurde noch über die Abhaltung des zu Ostern in Berlin stattfindenden 7. Kongresses der Freien Vereinigung der Gewerkschaften beraten.

Die Berliner Filiale des Maser-Verbandes befahte sich am Montag in einer bei Keller abgehaltenen von zirka 2000 Personen besuchten Verammlung mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Als Referent war der Verbandsvorsitzende Töbler-Hamburg erschienen. Redner erinnerte daran, daß sich die Organisation schon seit Jahren mit dem Gedanken, die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen, getragen habe. Bei der vorigen Verammlung aber seien die diesbezüglichen Vorschläge der Verbandsleitung abgelehnt worden, in der Hauptsache wohl deshalb, weil sie den Wünschen der Mitglieder nicht völlig genügt. Laut Beschluh des letzten Verbandstages habe der Vorstand mit dem Ausschuh zusammen nun eine neue Vorlage ausgearbeitet, die am 26. März kommenden Jahres zur Verammlung kommen solle. Auch diese Vorlage biete nur wenig; sie sei ebenfalls nur erst als die Grundlage einer späterhin noch besser auszugestaltenden Arbeitslosen-Unterstützung zu betrachten. Unter den obwaltenden Umständen und unter Berücksichtigung der nur schwachen finanziellen Fundierung hätten sich im Augenblick allerdings keine besseren Vorschläge machen lassen. Es seien bei einer Beitragserhöhung von 10 Pf. während der Sommermonate und unter Beobachtung einer einwöchigen Karenzzeit folgende Unterstützungsätze in Anschlag gebracht: Nach einer Mitgliedschaft von 2 Jahren eine Unterstützung von 1 M. pro Tag auf die Dauer von 18 Tagen; nach 3 Jahren für 24 Tage; nach 4 Jahren für 30 Tage; nach 5 Jahren für 36 Tage und nach 6 Jahren für 42 Tage. Die Zeit vom 1. Dezember bis 15. Februar, also die 11 Wochen der härtesten Arbeitslosigkeit im Jahre, müsse aus finanziellen Gründen bei der Unterstützungszahlung allerdings ausgeschlossen werden. Trotz dieser Mängel der Vorlage bitte er aber doch, die ganze Angelegenheit sachlich zu beurteilen und vor allem in Betracht zu ziehen, daß mit den verfügbaren Mitteln zurzeit nicht mehr geboten werden könne. — In der Diskussion übte Unger scharfe Kritik an dem Vorschlage, denn dieser sei noch miserabler, wie der bei der früheren Verammlung abgelehnte. Besonderen Wert legte er auf die Zahlung der Unterstützung während der erwähnten 11 Winterwochen, die in der Vorstandsvorlage ausgeschlossen werden. Im übrigen empfahl er eine Verjämmlung der Kranken- und Reise-Unterstützung mit der geplanten Arbeitslosen-Unterstützung, um das Ganze in eine Erwerbslosen-Unterstützung umzuwandeln, weil dadurch die Kontrolle vereinfacht werde und gleichzeitig Ersparnisse der Verwaltungskosten erzielt werden könnten. Ebenfalls aus Sparamkeitsrücksichten wandle er sich gegen das Hauskassierer-System. — Alle übrigen Redner stellten sich indessen mehr oder weniger auf den Boden der Vorstandsvorlage. Beschluhe wurden nicht gefaht.

6. Wahlkreis!

Genossen! Genossinnen!

Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, in den Germaniasälen, Chausseest. 103:

Volkversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der politische Massenstreik. Ref.: Genossin Dr. Rosa Luxemburg.
2. Diskussion. Um zahlreichen Besuch bittet Die Vertrauensperson.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Donnerstag, 7. Dezember, abends 8 Uhr, in der **Alhambra**, Wallner-Theaterstr. 15:

Außerordentliche Versammlung

sämtlicher in Berlin und Vororten beschäftigten Mitglieder des Zentral-Verbandes der Zimmerer Deutschlands.

Tages-Ordnung:

1. Geschichte der deutschen Reichsfinanzen. Referent Reichstags-Abgeordneter Dr. Südekum.
2. Gewerkschaftliches.

Bei der für jeden einzelnen so interessanten Tagesordnung erwarten wir, daß alle Mitglieder diesmal vollständig erscheinen.

Holz-, Stein-, Gipsbildhauer und Modelleure.

Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 4):

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Die Entwicklung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden und Berufsorganisationen. Referent: Franz Stusche. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, 7. Dezbr., abends 6 1/2 Uhr, im Lokal „Frankes Festsaal“, Sebastaianstr. 39:

Versammlung

aller Werkzeugmacher aus sämtlichen Spezialbetrieben für Schnitte und Stenzen.

Tages-Ordnung:

1. Der Streit bei Tieg u. Co. und unsere Stellung dazu.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Donnerstag, 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Volkshaus“, Charlottenburg, Rosinenstr. 3:

Mitglieder-Versammlung

für Charlottenburg und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Döwoll über: „Die Entwicklung der Großindustrie in Deutschland“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung sowie sämtlicher Funktionäre. 4. Verbandsangelegenheiten. Wegen der wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung:

Modell- u. Fabriktschler, Modelldrehler bei Wiesenthal, Adlerstraße 123. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Heute Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Saal V. Tages-Ordnung: 1. Unsere partelle Bewegung. 2. Bericht der Kommission. 3. Entwürfe zur Klavierarbeiter-Konferenz. 4. Sonstige Branchenangelegenheiten. Jede Fabrik muß vertreten sein! Die Branchen-Kommission.

Hutmacher!

Mittwoch, den 6. Dezember 1905, abends 8 1/2 Uhr, in Wilken Festsälen, Brunnenstraße 188:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Kasienbericht sowie Beschlusfassung über den Antrag Weihnachts-geschenke für die Arbeitslosen und Jünglingen betreffend. 2. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Schubert über: „Die gewerkschaftliche und politische Bewegung“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es eines jeden Mitgliedes Pflicht, zu erscheinen. Die Vorstandsauswahl fällt aus. Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Auf Grund des § 62 des Kasienstatuts geben wir den Mitgliedern hiermit bekannt, daß der Vorstand sich gemäß § 38 konstituiert und die Herren Hermann Biant als ersten, Fritz Dopp jr. als zweiten Vorsitzenden, Karl Köster als ersten und Emil Damaskie als zweiten Schriftführer gewählt hat. Gemäß § 41, Absatz 2 des Kasienstatuts ist das Vorstandsmitglied Herr Karl Köster bestimmt worden.

Am Donnerstag, den 14. Dezember 1905, abends 8 Uhr, findet im Nordteller, Fraktionszimmer, Jüdenstraße, eine außerordentliche

General-Versammlung

der Arbeitgeber beißus Vornahme einer Ersatzwahl zum Vorstände an Stelle des verstorbenen Herrn Eduard Raether statt. Der Vorstand. H. Biant.

Keine neuen Steuern!

Wo soll die Steuerfrände ohne Ende hinführen? Doch nur zu vermehrter Unzufriedenheit. Das denkende Volk muß sich nach einer besseren Staatsrichtung umsehen. Eine solche bietet „Bilz' Zukunftsstaat“. Hier gibt es keine Steuern. Allen Menschen wird von Geburt an bis zum Grabe von Staats wegen eine gut auskömmliche Existenz sichergestellt. Das Werk enthält die einzig mögliche Lösung der sozialen Frage. Circa 1000 Seiten Text mit vielfarbigem Kunstblatt: „Das Volk im heutigen Staat“ und „Das Volk im Zukunftsstaat“. Preis Broschüre 3 M. 50 Pf., gebunden 4 M. 50 Pf., bei Teilszahlung 50 Pf. mehr. Zu beziehen durch: Bilz' Naturheilkunst, Dresden-Neubau.

Billiger Weihnachts-Verkauf.

Abteilung

Kleiderstoffe

Reinwollene Cheviots, große Breite	Meter von 2.50 bis 1.00
Reinwollene Kammgarnstoffe, glatt, gemustert	Meter von 3.00 bis 1.25
Reinwollene Damentuche, schwarz, farbig . . .	Meter von 6.00 bis 2.00
Moderne Phantasie-Kleiderstoffe	Meter von 4.00 bis 75 Pf.
Neueste Blusenstoffe, gestreift, kariert	Meter von 2.50 bis 80 Pf.
Wollene Kinderschotten	Meter von 2.60 bis 75 Pf.
Hauskleiderstoffe	Meter von 1.25 bis 25 Pf.
Gingham für Hauskleider und Schürzen	Meter von 85 Pf. bis 35 Pf.
Veloursbarchent für Hauskleider und Blusen .	Meter von 75 Pf. bis 30 Pf.
Baltstoffe in Wolle und Halbseide	Meter von 4.00 bis 75 Pf.
Halbfertige Ball-Roben	Stück von 45 M. bis 11 M.
Schwarze Seidenstoffe, glatt und gemustert . .	Meter von 6.00 bis 1.50
Weißer Brautkleiderstoffe, Seide, Halbseide . .	Meter von 5.00 bis 2.00
Farbig gemusterte Seidenstoffe	Meter von 6.00 bis 2.50
Neue aparte Woll-Mussellins	Meter von 2.00 bis 60 Pf.

Frühjahrs-Neuheiten in Kleiderstoffen, Blusenstoffen, Wäschstoffen

Julius Haack

Manufakturwaren u. Konfektion

198 Brunnen-Strasse BERLIN N., Brunnen-Strasse 198
am Rosenthaler Tor.

Dr. Schünemann,
Spezial-Arzt für 87940
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten,**
Seydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.
Montags 12-1, 3, 1/2, 6-1/2, 8.
Sonntags 10-12.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 29/12
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Kronleuchter-Fabrik Siegel & Co.
für Gas u. Petroleum ♦ Prinzenstr. 33.
Gr. Auswahl. 400 versch. Kronen zc. von 10-300 M.
Ausverkauf
35 Mk.
Älterer und einzelner Muster bedeutend unter Preis.
Sofortige Zahlungsbedingungen ohne Preisaufschatg.

+ Blutreinigungskur +

Lehrmann's Taubeburger Wälder, die beste und billigste Vorbeugung bei mangelhafter Blutbeschaffenheit. Billiges Hausmittel, sollte jede Familie jetzt trinken; enthält: Weizen-, Löffel-, Tausendguldenkraut, Krassmünze, Steinklee, Königskraut, Anis je 10, Pfefferminz, Carthagen, Kamillen, Althaus, Pfefferminze, Linden, Sassafras je 10, Fenchel, Saenger, Schatzig, Vanilbaum, Lavendel, Flieder, Süßholz je 10, Bitterklee, Holsteinbeeren je 10. Durch schlechtes Blut entstehen: Rheuma, Gicht, Ausschlag, unreiner Teint, Röteln, Pickeln, Kopfschm. etc. Pack. 50 Pf. u. 1 Mk. in diesbezüg. Verkaufsstellen. Nur echt von **Gustav Laarmann, Herford.**

Zu haben in allen Apotheken und besseren Drogerien.

Deutscher Brauerbund!

An sämtliche Besitzer und Leiter von Brauereien der Norddeutschen Brausteuerergemeinschaft.

Kollegen!
Die verbündeten Regierungen beantragen beim Reichstage eine Verdreifachung der seitherigen Brausteuer und Erhöhung der Steuer bis zu 12,50 Mark pro Doppelzentner Malz!

Es gilt, einen feierlichen Protest einzulegen gegen eine solche Steuer, die das Lebensinteresse unseres Gewerbes bedroht, und zu diesem Behufe beehrt sich der unterzeichnete Ausschuß, Sie auf

Sonntag, den 10. Dezember 1905, vormittags 11 1/2 Uhr,
zu einer in Berlin in der „Tonhalle“, Friedrichstraße 112, stattfindenden

Protest-Versammlung

ergebenst einzuladen.
Wöge niemand fehlen, denn Großes steht auf dem Spiele!

Frankfurt a. M., den 1. Dezember 1905.
Der Steuerausshuß des Deutschen Brauerbundes. f. Goulich.

Mitteilung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß die „Zentral-festsäle“ seit heute in meinen Besitz übergegangen sind. Empfehlung meine Säle (200 und 300 Personen fassend) zu Vereinsfestlichkeiten, auch kleine Räume zu Versammlungen usw. Hochachtungsvoll

Max Kürsten, Oranienstr. 180 und Oranienstr. 190.

Die ganze nächste Woche **Eilt!!** täglich vom 11. bis 16. c. Ziehung

Tilsiter Lose 1 Mark 11 Lose 10 Mark.

30 000, 20 000, 10 000 Hauptgew. Mk. W.

General-Debit Ferd. Schäfer, Düsseldorf.

Generalvertreter: K. von Holwede, Taubenstr. 35, H. Kron, Alexanderstr. 54, H. C. Kröger, Friedrichstr. 250, Karl Heinze, Unter den Linden 3, Oskar Bräuer & Co. Nachf., Friedrichstraße 181, R. Schumacher, Königstr. 56, P. Steinberg & Co., Rosenthalerstraße, Croser & Co., Passage, und alle bekannten Verkaufsstellen. 53011*



An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen allein SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipzigerstr. 92.

Filialen in allen Stadtteilen.

Unsere Maschinen bedürfen keiner Empfehlung. Wir bitten nur darauf zu achten, daß sie am rechten Ort gekauft werden.

Gelegenheitskauf!

Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 4⁸⁵ 6⁷⁵

Wollatlas 5²⁵ 7⁵⁰

Bunte Normal-Schlafdecken 1⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁵⁰

Wolldecken ganz dick 3⁰⁰ 4⁰⁰ fehlerhaft

Spezial-Haus **Emil Lefèvre,** Oranienstraße 158. Berlin S.

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Dreber, Engel-Ufer 20.

Anserte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 17

Teppiche! (fehlertafel) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Godelerstr. 4, Bahnhofsstr. 254/12*

Matratzen, Sofas, Taschenlampen etc. etc. etc.

Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, zurückgelegt, aus feinsten Stoffen 18-38.00. Täglich, Sonntag geöffnet. Deutsches Verleumdungshaus, Jägerstraße 63, 1. Trepp.

Winterpaletots, Anzüge, Remontotruben, Uhrenten, Spottbillig, Reichhaus Grünerweg 113, früher Reanderstraße. 6310*

Teppiche, Kissen, Tischdecken, Spottbillig Reichhaus Grünerweg 113.

Gardinen, Vorhänge, Spottbillig Reichhaus Grünerweg 113. 6310*

Betten, Steppdecken, Regulatoren, Öfen, Gasöfen, Bilder, Spiegel Spottbillig, Reichhaus Grünerweg 113. Teilzahlungen gestattet.

Möbelverkauf in meiner Möbel- und Holzwarenhandlung, Spittelmarkt, Anstalt des großen Umfangs befinden sich an Lager viele zurückgegriffene und verlebene gemauerte Möbel die wie neu sind, Kleiderstühle, Betten 27.00, Ausziehtisch 16, Kleiderstühle mit Federmatratze und Stuhl 36, Ledersofa 60, Vanele 70, Sofa 100, Kleiderstühle 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 6310*

Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 6310*

Nähmaschinen, Vergütet bis 10,00, wer kauft oder nachweist, ohne Anzahlung, Woche 1.00. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 59/60. *

Nähmaschinen, Zahl bis 10,00 Mark, wer Teilzahlung kauft oder nachweist, sämtliche Systeme, Woche 1.00. Ohne Anzahlung, Volkmar, Brauer, Tilsiterstraße 90. 757*

Winterpaletots, Aussteuerwäsche, Spottbillig, Pfandloshaus, Weidenweg neuziehen. 735*

Winterpaletots, Bettdecken, Kissen, Sammerzeugend, Handtuchhaus, Weidenweg neuziehen. 735*

Winterpaletots, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Sammerzeugend, Weidenweg neuziehen. 735*

Winterpaletots, Steppdecken, Bettwäsche, Sammerzeugend, Weidenweg neuziehen. 735*

Winterpaletots, Tischdecken, Sammerzeugend, Weidenweg neuziehen. 735*

Teppiche, Vorhänge, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Kissen, Bettvorlagen, Reste Spottbillig, Stoeber, Mühlstraße 17, Eingang Königsgraben. 8438*

Knabenanzüge, Paletots, Mädchenkleider, Kadette, kauft man am billigsten Otto Hoffmann, Veteranenstraße 14. 8858*

Winterpaletots, elegante, weiß Mark, Pfandloshaus, Weidenweg neuziehen. 735*

Betten sofort umständelbarer Danzigerstraße 93, I links. 755

Köpenberg, Kottbusdamm 98, Mädchenanzüge, Mädchenkleider, Kleiderauswahl, Spottpreise. 10708*

Köpenberg, Kottbusdamm 98, Damenanzüge, Damencapes, Paletots, Damenmode, Damenkleider, Kleiderauswahl, Spottpreise. 10728*

Köpenberg, Kottbusdamm 98, Reste Eider, Sammer, Resten, Goldschmuck, Resten, Goldschmuck, Resten zu Knabenanzügen und Mädchenanzügen, Resten, Goldschmuck, Resten, Kleiderauswahl, Spottpreise. 10738*

Schlesinger, Turmstraße 88, in ein reiches Herren- und Knabenkonfektionsgeschäft, wo nicht vorgeschlagen, gebündelt oder abgekauft wird. Jeder Gegenstand in dem darauf bezeichneten Preis auch wert.

Nähmaschinen kauft man am besten im Spezialgeschäft aller Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1.00, gebraucht 12.00, 15.00, 20.00, tabellos, Aderstraße 113, Wienerstraße 6. 9706

Wichtig für Weihnachtsbaumhändler! Der diesjährige Engros-Weihnachtsbaum-Verkauf findet nicht mehr auf dem alten Leichter Güterbahnhof, sondern auf dem Bahnhof Roabit, Mühlstraßen, Eingang Quingstraße 18, statt. 9385

Gelegenheitskauf, fast neuer Hohenzollernmantel und Winterpaletot billig veräußert, Weidenweg, Sedanstraße 2, Laden. 9605*

Uhren, verleihe, silberne, 5.-, goldene Damenuhren 10.-, goldene Herrenuhren 35.- an Leibhaus, Neue Schönhauserstraße 11. 10758*

Dame verkauft elegante Salon-garnitur 90, Kleiderständer, Vertiko 45, Bildschon, Trumeau 50, Steppdecke, Stühle 250, Uhr, Bilder 5, verschiedenes, auch einzeln, Köpenickerstraße 30, vorn I. 9718

Taschenofen, Chällogon, Garnitur, Stühle, Kleiderständer, mit neu, kleinstmöglicher Pantom, Drechselstraße 52, Hauswirt. 7137*

Zigarrengeschäft veräußert, zu erlangen Gerichtstraße 24, Jb. 24.

Gelegenheitskauf, verschiedene Bildschon, Bildschon, Steppdecken, Wäsche, Bettdecken, Gasöfen, Spottbillig, Hoffmann, Ranningsstraße 52, I. 9796

Harzer-Sonnenroller, 6-20 Mark, gut sprechende Papageien, 20-100 Mark, Restaurant Grundmann, Kommandantenstraße 62. 10745*

Kanarienvogel 6.00, Vorkäufer, Seifertshaus, Schloßplatz 2. 6314*

Wäsche Weihnachtsgeschenke, Stoffreste, Samtreste, Sammerwaren, Stoffen, einzelne Anzüge, Kopfen, Dolken, Hemden, Jang, Turmstraße 84, Kleiderhandlung. 775*

Damenanzüge, Paletots, hoch- elegants (Reifenmode), teils auf Seide, durchweg 8 Mark, Polster Steppdecken (Seidenstoff), fast 8 Mark durchweg 3.75, Julius Neumann, Weidenweg neuziehen. 10749*

Kleiderhändler! Nur bis Weihnachten, 8 Mark Quadratur! Bausparzellen, in der idyllischen gelegenen von Land- und Wald umgebenen Villenkolonie Wilmberg bei Blumberg (zwei-einhalb Meilen von Berlin), keine volle Veräußerung! Keine Kasse! Keine Steuern! Keine Abgaben! Genehmigter Bebauungsplan mit mehreren Plänen! Niemals hundert Versellen in kurzer Zeit verkauft. Franz Schulz, Rixdorf, Renaustraße 12/13. 7122*

Restauration billig zu verkaufen. Dierßen: G. F. Volkam 28. 721*

Milchgeschäft, Tageslohn 35 bis 50 Mark, verkauft wegen hohen Alters der Mutter. Alt-Stralau 49. 757

Kartoffelgeschäft mit drei Wagen, zwei Pferden zu verkaufen. Kaufmann: Jägerstraße 21, Dettle. 776

Hochzeits- und Hochzeiten, form- vollendet! Teilsheim, Wustenerstraße 22, Ungerstraße. 9215

Saal, 75-100, zum 1. Feiertag sucht Berliner Arbeiter - Klubverein „Freiheit“, Reichenstraße, Engel- ufer 1b, Oferten bis Freitag. 9658

Wernau's Hof, Schmeider-straße 23/24, 13. Januar der große Saal zum Rosendahl frei geworden.

Vermietungen.

Restaurations-Räume sind umständelbarer billig zu vermieten. Weidenweg neuziehen, am Bahnhof Wustenerstraße. 757

Wohnungen.

Germannstraße 62, Rixdorf, neues Haus, Wohnungen von 2 und 1 Zimmer, Balkon, Zubehör, sofort billig zu vermieten. 10108*

Zimmer.

Gut möbliertes Zimmer sofort zu vermieten. Weidenweg neuziehen, am Bahnhof Wustenerstraße 3 III. 9738

Schlafstellen.

Zwei Schlafstellen zum 15. oder 1. zu vermieten. Cadixstraße 3, vorn I. Schulz. 737*

Teilnehmer zu möbliertem Schlafstelle, Frau Jacoby, Köpenickerstraße 26 III. 9926

Arbeitersekretär

für den Wahlkreis Cottbus-Spremberg gesucht, Eintritt 1. April 1906. Gehalt 1800 M.

Beim Bewerber wollen eine Angabe über ihre bisherige Tätigkeit sowie eine Abhandlung über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs bis zum 30. Dezember ca. mit der Aufschrift „Arbeitersekretär“ einreichen an **Julius Herbst, Spremberg, 299/7* Luisenstr. 31.**

für die 53002*

„Fränkische Tagespost“ wird zum 1. Januar 1906 ein tüchtiger **Redakteur** gesucht. Bewerbungen bitten wir bis zum 15. Dezember an die Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. in Rürnberg zu richten. Die Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse werden erfüllt.

Achtung!

Rohrer.

Folgende Firmen haben unsere Lohnforderungen nicht bezahlt:

C. Wolke, Ludwigstr. 103,
H. Krause, Siemensstr. 25,
C. Ingold, Prinz Eugenstr. 27.

Wir ersuchen die organisierten Rohrer, diese Firmen streng zu meiden. Die Lohnkommission.

300 Winterpaletots für Herren und Knaben, beste Qualitäten, sehr billig bei Hermann Schlegler, Turmstraße 88. 10338*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattstem Anlett, zusammen 10,50, nur (Wandliche) Andrastraße 38. 10065*

Womertisches Bauernbett, Deck-bett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Kissen, Stuhl 1,00. Wandliche Andrastraße 38. Elektrische nach Bedarf. 10078*

Damenhüte Spottbillig nur Pappel-Älze 140, edelste Schönbauer-Älze.

Seidenblusen, Wolblusen in jeder Preislage zu Original-Preisen, Blumenfabrik Blumenstraße 9 II. *

Leibhaus Rixdormerplatz 7, billige Einkaufspreise für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Uhren, Goldschmuck, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *

Steppdecken billigst Bobit Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

400 Winterpaletots für Herren und Knaben sehr billig bei Hermann Schlegler, Turmstraße 88. Beste Qualitäten! 10328*

Teppiche, Bettvorleger, Gardinen, Vorhangstoffe, enorm billig für Weihnachtsgeschenke. S. Wehberg, Große Frankfurterstraße 126, edelste Stoppentstraße. Man verlange Robottmarken. 10608*

Adiak (fehlertafel) Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. Wehbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 123. 10615*

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-züge, Dolken, Koffer, Revolver, Leuchtmittel, Uhren, Goldschmuck, Resten, Spottbillig, Lude, Dranienstraße 131.

Reifenläufer, Operngläser, Reife-zeuge, Regulatoren, Pfeifsmingler, Harmonikas, Geigen, Klaviers, Teppiche, Spottbillig, Lude, Dranienstraße 131. 9365*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00 an, Kopfen von 4,50 an, Dolken von 1,50 an, Gebredanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, sowie für sorpante Figuren. Neue Garderobe zu kammend billigen Preisen, an Hand- leihen verleihe Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Rob. Wustenerstraße 14. 9535

Herrenanzüge in Taschenlöse, Trumeau, Taschenapparate, Resten, Spottbillig, Ruhbauwerk, Kleider- stühle, Lade, Streifstraße 2, II. *

Kleiderhandlung, früher Grünerweg, jetzt kleine Andrastraße 6. Knabenanzüge, Kopfen, Paletots, Damen-, Herrenhüte billig. Schulz.

Kolonialwaren und Dekorations- geschäft, seit 20 Jahren bestehend, in wegen zur Ruhe gehen billig zu verkaufen Andrastraße 29. 8326*

Wäschebesten, Schlafsofa, voll-braun, 27,00, pieffeln, Vanele, Sofa, Dammerlöse, Spiegel, andern, Kabinen, Anwaldenstraße 10 vorn III, Schäfer.

Kinderbesten, Kinderwagen, Puppenwagen, seltene Gelegenheits, Spottbillig, Hahn, Gladischstraße 48.

Schmuckgeschäft, 12 Jahre bestehend, Dierßenstraße 59. 7114*

Bronzegasöfen! Trefflichste! 6,00 Gasöfen 1 1/2, Gasgullampen 9,00! Salongasöfen 15,00! Gas- heizkörpern 6,00! Gasgullampen! Gasplättchen Spottbillig! Wobler, Ballnerstraße 32 (Gasföherhaus I) 10678

Lambourier, Maschinen, Hode-meier, alleingig Robitani G. Weh- mann, Köpenickerstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 9068*

Schmide dein Helm mit Gardinen, Teppichen, Vorhängen, Stores, Stepp- decken, Kissen, Stoffen, ausfallenden billigen Preisen, Gardinen, Juch, Rosenlöse- straße 57, I. Flage. 28316*

Photo-Objektive, Kameras, neu und gebraucht, in allen Preislagen, auch Umständel, liefert die Optisch- Mechanische Werkstatt von H. Gabelitz u. Co., W., Gladischstraße 28. 7101*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Vollhumorist Balde, auch Ge- sellschaft, Rantenerstraße 41. 721*

Gerhardy, Universal-Humorist, Brangelstraße 22. 721*

Fischweiber, Spottbillig, gut- schmeckend, schnell, Runderungen, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundsch. Ebert, Frucht- straße 31, vorn. 757*

Gilber Schuhmacher bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläzer, Pfand- straße 27. 14688

Stellungsangebote.

Präfer für Fahräder auf Universal- maschinen gesucht. Friedrich Stein- wald, Pfandloshaus, Urbanstraße 116. 9406

Goldbleiben verlangt Einst- schreiberstraße 58. 7406

Naturkosteneinleger suchen Gebr. Goldmann, Ritterstraße 71. 9905

Jungen Buchbinder verlangen für leichte Stanzarbeit Gebr. Hartkopf, An der Hühnerstraße 8. 9985

Goldarbeiter verlangt Range, Neuburgerstraße 20. 6618

Steinholzhubben verleiher, Hülse, arbeiter gesucht. Tempelhof Ufer 22, Berliner Steinholzwerte. 9728

Tüchtige Schlossergesellen gesucht G. Rantigall, Lindenstraße 78. 9745

Tüchtige Bleier, Keller und Schleier verlangen G. & R. Redlich, Epigierstraße 78. 9745

Junges Mädchen, kleiner Haus- stand, auch in Haushalt, gute Behandlung, sucht Photograph Gebr. Mann, Rixdorfstr. 25. 9785

Wamiels auf Kadette im Hause. Wustenerstraße 52. 721

Alte Frau für zwei Kinder. Dier- straße 49, Jugbaum. 775

Verschiedenes.

Kunstkopiererei von Frau Kostoly, Charlottenburg, Goeckestraße 84, I. *

Singerbobbin, Ringschiffelgeh, Beerwald, Schmeiderstraße 12. *

Platinen, alte Goldschmuck, Druck-gold, Silber, alte Zahngelbe, Kehr- stände, Staubgold, photographische Rück- stände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- schmelze Groß, Brangelstraße 4, Telefon Amt 4, 6958. 61/11*

Saal, 150, Parkett, renoviert, zu Rosendahlen etc. zu vergeben Schmeiderstraße 23/24. 10668*

Reinigungszimmer, 20 bis 130 Personen, Versammlungslokal der Gemerkschaften, 7/10 Pflanzeng. Engel, Sedelstraße 30. 6406*

Reinigungszimmer, renoviert, 30 Per- sonen, Schmeider, Embenerstraße 44. 755

Wahlwärmer kauft Pfand 350, Oferten M. Volkam 38. 755

Zähne, Anzahlung sowie Konat- talen 3 Mark, Schmeider, Zahnziehen gratis. Zahnarzt Jacoby, Neue Königsstraße 51. 230/17

Wäsche wird sauber gewaschen, Schröder, Reinholdenstraße 18 a.

150 Mark für drei Monate selbständiger Parteinahme unter L. F. Parteipublikation Rixdorfstr. 31.

Rixdorf! Wohl Bilds Gesellschafts- haus empfiehlt Saal, Reinigungszimmer, 2 Regelbahnen. 7122*

Parvianwali Wessel, Gladisch- straße 91a. 9505*

Achtung! Handwahrhaft! Re- plikat! Köpenick, Gacantier, elektro- nisches Wolken, freien trocken, Bettwäsche, Leibwäsche, 4 Handtücher 10, Abholen, liefern nach Wunsch, Klegmann, Köpenick, Ritter Markt 7, Reinsprecher: Köpenick Nr. 190.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Vollhumorist Balde, auch Ge- sellschaft, Rantenerstraße 41. 721*

Gerhardy, Universal-Humorist, Brangelstraße 22. 721*

Fischweiber, Spottbillig, gut- schmeckend, schnell, Runderungen, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundsch. Ebert, Frucht- straße 31, vorn. 757*

Gilber Schuhmacher bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläzer, Pfand- straße 27. 14688

Stellungsangebote.

Präfer für Fahräder auf Universal- maschinen gesucht. Friedrich Stein- wald, Pfandloshaus, Urbanstraße 116. 9406

Goldbleiben verlangt Einst- schreiberstraße 58. 7406

Naturkosteneinleger suchen Gebr. Goldmann, Ritterstraße 71. 9905

Jungen Buchbinder verlangen für leichte Stanzarbeit Gebr. Hartkopf, An der Hühnerstraße 8. 9985

Goldarbeiter verlangt Range, Neuburgerstraße 20. 6618

Steinholzhubben verleiher, Hülse, arbeiter gesucht. Tempelhof Ufer 22, Berliner Steinholzwerte. 9728

Tüchtige Schlossergesellen gesucht G. Rantigall, Lindenstraße 78. 9745

Tüchtige Bleier, Keller und Schleier verlangen G. & R. Redlich, Epigierstraße 78. 9745

Junges Mädchen, kleiner Haus- stand, auch in Haushalt, gute Behandlung, sucht Photograph Gebr. Mann, Rixdorfstr. 25. 9785

Wamiels auf Kadette im Hause. Wustenerstraße 52. 721

Alte Frau für zwei Kinder. Dier- straße 49, Jugbaum. 775

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Vollhumorist Balde, auch Ge- sellschaft, Rantenerstraße 41. 721*

Gerhardy, Universal-Humorist, Brangelstraße 22. 721*

Fischweiber, Spottbillig, gut- schmeckend, schnell, Runderungen, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundsch. Ebert, Frucht- straße 31, vorn. 757*

Gilber Schuhmacher bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläzer, Pfand- straße 27. 14688

Stellungsangebote.

Präfer für Fahräder auf Universal- maschinen gesucht. Friedrich Stein- wald, Pfandloshaus, Urbanstraße 116. 9406

Goldbleiben verlangt Einst- schreiberstraße 58. 7406

Naturkosteneinleger suchen Gebr. Goldmann, Ritterstraße 71. 9905

Jungen Buchbinder verlangen für leichte Stanzarbeit Gebr. Hartkopf, An der Hühnerstraße 8. 9985

Goldarbeiter verlangt Range, Neuburgerstraße 20. 6618

Steinholzhubben verleiher, Hülse, arbeiter gesucht. Tempelhof Ufer 22, Berliner Steinholzwerte. 9728

Tüchtige Schlossergesellen gesucht G. Rantigall, Lindenstraße 78. 9745

Tüchtige Bleier, Keller und Schleier verlangen G. & R. Redlich, Epigierstraße 78. 9745

Junges Mädchen, kleiner Haus- stand, auch in Haushalt, gute Behandlung, sucht Photograph Gebr. Mann, Rixdorfstr. 25. 9785

Wamiels auf Kadette im Hause. Wustenerstraße 52. 721

Alte Frau für zwei Kinder. Dier- straße 49, Jugbaum. 775

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 285. Mittwoch, den 6. Dezember 1905.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Auflagen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Mariendorf, Tempelhof, Mariensfeld, Lichtenrade. Am Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Restaurant Feldschloßchen, früher Seefeld, Mariendorf, Feldstr. 44, eine Volksversammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Genosse Fritz Jubel einen Vortrag über: „Das Weihnachtsgeschenk der verbündeten Regierungen für die arbeitende Bevölkerung“ halten wird. Danach Diskussion. Da es seit langen Jahren wieder einmal möglich ist, eine größere Volksversammlung abhalten zu können, ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, nach Möglichkeit für einen guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

Schöneberg. Heute, Mittwochabend, findet im Obstischen Saale eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt, in der die Debatte über den Bericht der Kreis-Generalsammlung fortgesetzt wird. — Mitgliedsbuch legitimiert. Im Nebensaal: Jugendliteratur-Ausstellung.

Steglitz. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Schellhase mit Vortrag. Gute Beteiligung wird erwartet.

Wilmersdorf. Heute Mittwochabend findet in Salomons Volksgarten eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt, in der die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen wird, außerdem stehen noch ein Vortrag und wichtige Vereinsangelegenheiten auf der Tagesordnung. Weiter machen wir auf die Jugendliteratur aufmerksam, die in der Versammlung ausgestellt wird. — Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist dringend geboten.

Potsdam. Wahlvereinsversammlung am Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Labentzin. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist zahlreicher Besuch erwünscht.

Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtvorordneten-Versammlung vom 4. Dezember.

Eine Petition der Oberlehrer der Stadt Schöneberg betr. Gleichstellung im Gehalt mit den Oberlehrern Berlins wird auf Antrag des Ausschusses dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber eine Petition des Vereins der Beamten der Stadtgemeinde Schöneberg betr. Erhöhung der Mietentschädigung für die Beamten der Klasse I (der Höchstbesoldeten) wird zur Tagesordnung übergegangen.

Eine längere Debatte knüpft sich an die weitere Fortsetzung des Vereins betr. Gleichstellung der Mietentschädigung der unverheirateten mit den verheirateten Beamten. Der Ausschuss empfahl, auch hierüber zur Tagesordnung überzugehen. Von einigen bürgerlichen Stadtvorordneten wurde der Antrag gestellt, diese Sache dem Staatsauschuss zur nochmaligen Prüfung zu überweisen. Dem Oberbürgermeister Wilde wird darauf hingewiesen, daß der gemachte Unterschied sehr berechtigt ist, er ist den städtischen Einrichtungen nachgebildet. Von unseren Genossen Hoffmann und Acker wird betont, daß die Gewährung einer höheren Mietentschädigung an die Beamten mit einem eigenen Hausstande sehr wohl berechtigt ist. Wenn man von den Beamten verlangt, daß sie innerhalb Schönebergs Wohnung nehmen sollen, so muß ihnen auch entgegenkommen werden. — Der von bürgerlicher Seite gestellte Antrag, die Angelegenheit nochmals dem Staatsauschuss zu überweisen, wird schließlich mit einer Stimme Majorität angenommen.

Eine weitere Petition des genannten Vereins verlangt eine Teuerungszulage auch für die höchstbesoldeten Beamten. Der Ausschuss empfahl, über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen, da kein Grund vorläge, über das bereits Bewilligte hinauszugehen. Vom Berichterstatter wird darauf hingewiesen, daß diese Beamten wirtschaftlich so gestellt sind, daß sie die augenblickliche Teuerung sehr wohl ertragen können, im Gegensatz zu den Mindestentlohnerten. Der Ausschuss war der Meinung, daß vor allen Dingen denen eine Teuerungszulage zu gewähren sei, die unter 3000 M. Einkommen hätten. Stadtv. Speck macht darauf aufmerksam, daß mit dem damaligen Gehalt nicht der richtige Modus gefunden wäre, denn unter den Beamten, denen bereits eine Teuerungszulage zugewilligt worden wäre, befinden sich einige, die nahezu 3000 M. Gehalt hätten. Stadtv. Jodel tritt dafür ein, daß auch den höheren Beamten entgegenkommen werden müßte, mindestens aber denjenigen, die ein Gehalt unter 2850 M. beziehen. Stadtv. v. Frankenberg benutzte die Gelegenheit, um gegen den damaligen Beschluß, auch den Arbeitern die Zulage zu gewähren, zu Rede zu ziehen. Jetzt erst hat er herausgefunden, daß den Arbeitern eigentlich nicht rechtmäßig die Zulage gewährt worden sei, weil die Annahme des sozialdemokratischen Antrages ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung gewesen wäre. Er wird aber vom Vorsitzenden unterbrochen und darauf hingewiesen, daß kein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorliege. Getreulich zur Seite stellte sich nun diesem konservativen Manne der Stadtv. Schüler, der seine Enttäuschung darüber ausdrückte, daß sich die Stadtvorordneten fast in jeder Sitzung mit Petitionen der städtischen Beamten zu befassen hätten. Er ersucht die Versammlung, nicht zu weit zu gehen. Er richtet gegen unsere Genossen den Vorwurf, daß sie nur zu bewilligen verstanden, aber wo das Geld dazu herkommt, danach fragten sie nicht. Er bezweifelt auch, daß die Arbeiter die Teuerungszulage wirklich verdienen. Auch Stadtv. Bartelt erklärt, daß der damalige Beschluß schnell und in Erregung gefaßt worden sei. Er ist auch erfreut, daß der Magistrat dem Beschluß ohne weiteres zugestimmt habe. — Die Herren schienen sich auf den Magistrat verlassen zu haben, daß er die Sache ablehne. Oberbürgermeister Wilde betont, daß für den Magistrat kein Grund vorgelegen hätte, dem von der Stadtvorordneten-Versammlung gefaßten Beschluß beizutreten, denn sie hätte in erster Linie die Verantwortung zu tragen. Der Magistrat habe sich gesagt, wenn er diese gerechte Vorlage zurückgibt, so verdrine er die größten Vorwürfe. Die Zulage ist auch allen gewährt worden, gleichgültig, wie lange sie in städtischen Diensten sind. Stadtv. Hoffmann (Soz.) teilt mit, daß ihm bekannt geworden sei, daß nicht alle Arbeiter die Zulage erhalten hätten. Er fordert hierüber Aufklärung, denn dafür müsse gesorgt werden, daß eine Willkürherrschaft nicht einreißt. Stadtv. Acker (Soz.) wendet sich gegen die Redner, die erklärten, daß die sozialdemokratischen Vertreter nur immer bewilligten und nicht fragten, wo das Geld dazu herkommt. Gerade

die bürgerliche Mehrheit sei es gewesen, die gegen günstige Einnahmequellen der Stadt gestimmt habe. Er erinnere nur an den Vertrag mit der englischen Gasgesellschaft im Jahre 1902. Er kennzeichnete dann ferner das Gebaren einzelner Herren, die jetzt nachträglich mit den kleinlichsten Einwendungen kommen. Weiter führt er den Nachweis, daß es die Pflicht der Stadtvorordneten-Versammlung und des Magistrats sei, vor allem den Schlechtesten eine Zulage zu gewähren.

Die interessante Debatte, in der sich einzelne Herren wieder einmal in ihrer wahren Gestalt zeigten, fand dann ihren Abschluß durch Ueberweisung der betreffenden Petition an den Staatsauschuss zur nochmaligen Prüfung.

Eine Vorlage des Magistrats betr. Schaffung der Rektor-, Lehrer- und Lehrerinnenstellen für die neu zu errichtende 11. Gemeindefschule in der Feuerstraße und Bewilligung der Gehälter, wird dem Staatsauschuss überwiesen.

Teuerungszulagen. Dem Beschluß der Stadtvorordneten-Versammlung vom 13. November dieses Jahres, betr. die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage in der Höhe von 50 M. an die unteren Beamten der Besoldungsklassen IV und V sowohl wie an die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, ist der Magistrat beigetreten. Die Auszahlung derselben ist bereits erfolgt. Die Gesamtsumme beläuft sich auf ungefähr 26 000 M.

Röpenitz.

In der letzten Stadtvorordnetenversammlung wurde dem Pächter des Restaurants „Bendensloß“, Dietrich, zur Uebertragung des Pachtvertrages für die Zeit vom 1. Januar 1906 bis dahin 1912 an den Restaurateur Friedrich in Berlin die Genehmigung erteilt. In Anschließung daran wurde ein Antrag des Herrn Dr. Höpfer angenommen, in welchem der Magistrat erucht wird, in gemischter Kommission über die Normen für später: Verpachtungen städtischer Restaurants zu beraten. In die Kommission wurden von unseren Genossen Waid und Riele gewählt. Dem Antrage des Magistrats, den Neubau der Realschule betreffend, wurde nicht zugestimmt, da nur zwölf Klassen vorgegeben sind. Die Versammlung beschloß vielmehr, daß ein 15 klassiges Schulgebäude errichtet werden soll; die Bauunterlage wurde auf 341 000 Mark erhöht. Für die innere Einrichtung der Schule wurden 40 000 Mark bewilligt. Dem Pachtgebote des Herrn Wittner auf Pachtung einer 3000 Quadratmeter großen Forstparzelle zum Restaurationsbetrieb und zur Aufstellung seiner Schmetterlingshalle auf 15 Jahre wurde die Genehmigung erteilt. Die Pachtsumme beträgt 1500 Mark und steigt von drei zu drei Jahren um je 300 Mark. Die Straßengeräumung und die Reinigung der Schlammfänge wurde auf ein weiteres Jahr dem Unternehmer Kimpel übertragen. Die Entschädigung beträgt für die Straßengeräumung 4250 Mark und für die Reinigung der Schlammfänge 3450 Mark.

Rixdorf.

Am 3. Dezember hielt die Mitgliedschaft des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands ihre zweite diesjährige gutbesuchte Versammlung im Saale des Herrn Gellert ab. An Stelle des verhinderten Abgeordneten Genossen Fritz Jubel hielt Genosse Breslau einen interessanten Vortrag über „Politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Rundschau“. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus. Unter Punkt „Gewerkschaftliches“ machte der Vorsitzende bekannt, daß der Arbeitsnachweis (Richardstr. 112) in letzter Zeit von den arbeitslosen Kollegen nicht mehr in dem Maße in Anspruch genommen wurde, trotzdem Stellen zu vergeben waren; er appellierte an die Kollegen, für die Zukunft den Arbeitsnachweis mehr zu berücksichtigen. Weiter wies er auf den am 6. Dezember in Kellers Festsaal, Kopenstraße, stattfindenden Projektionsvortrag hin; sodann machte er bekannt, daß am 17. Februar ein Masendall stattfindet.

Charlottenburg.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird amtlich gemeldet: Der Vorortzug 1802 von Charlottenburg nach Spandau stieß heute abend 7 Uhr 19 Minuten bei der Ausfahrt aus Charlottenburg mit dem von Westend auf falschem Gleise kommenden Leerzuge 1903 zusammen. Personen wurden nicht verletzt. Beide Maschinen wurden leicht beschädigt. Zwei Wagen des Leerzuges waren mit je einer Achse entgleist. Zur Zeit des Unfalls herrschte starker Nebel. Der Lokomotivführer des Leerzuges hatte an der vorgeschriebenen Stelle vor dem Bahnhof nicht gehalten und die Erlaubnis zur Weiterfahrt nicht abgewartet. Der Verkehr nach Spandau wurde durch Einföhrung des eingleisigen Betriebes aufrechterhalten.

Weißensee.

In begrifflicher Aufregung befindet sich die hiesige Bürgererschaft, daß sich nach einer Meldung des „Lokal-Anzeigers“ der erst neugewählte Gemeindevorsteher Dr. Woelk, bisher Stadtrat in Schöneberg, schon wieder um die zweite Bürgermeisterstelle dortselbst beworben hat. Während er am Montag die erste Gemeindevorsteherprüfung hier selbst leitete, beriet die dortigen Stadtvorordneten über seine Anstellung als zweiten Bürgermeister; nach dem Bericht ist er auch in die engere Wahl gekommen. Seinen Amtsantritt aus Schöneberg begründete er seinerzeit damit, daß er in leitender Stellung stehen will; um so unbegreiflicher finden die hiesigen Einwohner seine so rasch veränderte Anschauung. Alle Hoffnung setzte man darauf, daß Dr. Woelk die hiesigen Verhältnisse besser würde, und man betrachtete es als ein gutes Zeichen, daß derselbe einstimmig als Gemeindevorsteher gewählt wurde.

Reinickendorf-Ost.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Adolf Stern einen Vortrag über „Religion und Naturwissenschaft“. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Schöneberg, Brück, Zielonka und Aug. Schulz. Die übrigen Verhandlungen drehten sich um das Organisationsstatut für den Reichstagswahlkreis Niederbarnim, über das bereits am Sonntag in der Kreiskonferenz Beschluß gefaßt ist, so daß sich ein Bericht über die gesprochene Diskussion erübrigt.

Johannisthal.

Die vereinigten Wahlvereinsvorstände von Johannisthal, Adlershof, Nieder-Schöneweide und Rudow hatten am Sonntag, den 3. Dezember, in Johannisthal eine Volksversammlung arrangiert, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Genosse Wollenkühn hielt ein Referat über die Revolution in Rußland und die Wahlrechtskämpfe in Oesterreich und Ungarn. Der Redner ging im einzelnen auf die wirtschaftliche und politische Konstellation in den

einzelnen Ländern ein, um mit dem Wunsche zu schließen, daß den tapferen Freiheitskämpfern, insbesondere dem russischen Proletariat der Sieg beschieden sein möge. Einstimmig gelangte folgende vom Vorsitzenden eingebrachte Resolution zur Annahme: „Die heute, am 3. Dez., in Johannisthal im Krügers Festsaal tagende Volksversammlung der Orte Johannisthal, Adlershof, Nieder-Schöneweide und Rudow spricht den heldenmütigen Freiheitskämpfern in Rußland ihre vollste Sympathie aus und hofft und erwartet, daß es unseren russischen nach Freiheit und Menschenwürde ringenden Brüdern in Wäldern gelingen möge, den kulturfeindlichen Zarenismus und seine biblischen Schergen zu beseitigen zum Wohle der gesamten Menschheit. Weiterhin wünschen wir auch unseren österreichischen und ungarischen Genossen zu ihrer zur Erreichung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts eingeleiteten Aktion den besten Erfolg. Die Versammelten erklären in den österreich-ungarischen und russischen Freiheitskämpfern ihre Brüder, die für Ideale streiten, die die des Proletariats aller Länder sind. Die im Osten und Südosten Europas geführten Kämpfe sind Kämpfe, an denen die Sozialdemokraten aller Länder beteiligt sind; ihre Siege sind Siege in dem Kampfe, die das Proletariat für die Befreiung der Arbeiter aller Länder führt.“

Nach einem kernigen Schlusswort des Vorsitzenden, der darauf hinweist, daß auch uns noch schwere Kämpfe bevorstehen, daß dann aber ein gut organisiertes Proletariat bereit sein müsse, den Kampf gegen Reaktion und Finsternis zu führen, wurde die imposante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale für Freiheit und Menschenwürde kämpfende Sozialdemokratie geschlossen.

Steglitz.

Die Brunwaldbahn wird endlich heute Mittwoch offiziell dem Verkehr übergeben werden.

Bernau.

Die Gründung einer Jugendorganisation wird hier von den Jugendlichen beabsichtigt. Am Sonntag, den 3. d. M., fand bei Friedrich eine öffentliche gutbesuchte Versammlung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter statt, die auch von einigen erwachsenen Arbeitern besucht war. Auf Wunsch der Bernauer Jugendlichen hielt Max Peters vom Berliner Lehrlingsverein einen Vortrag über „Zweck und Ziele der freien Jugendvereine“, der beifällig aufgenommen wurde. Nach einer Diskussion gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, die sich gegen die sogenannten „Christlichen“ Jünglingsvereine und für Gründung einer freien Jugendorganisation, ähnlich der Berliner, aussprach. — Die Versammlung wählte eine aus sechs Personen bestehende Kommission, die die zur Gründung notwendigen Vorarbeiten zu erledigen hat. — Die konstituierende Versammlung findet voraussichtlich am nächsten Sonntag statt.

Friedersdorf (Kreis Weesow-Storkow).

Am Sonntag, den 3. Dezember, tagte hier im Lokal des Herrn Pätel die erste, von ungefähr 300 Personen besuchte, Volksversammlung. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Jubel, sprach über: „Die gegenwärtige politische Lage und wohin treiben wir?“ Redner beleuchtete in einem 2 1/2 stündigen Vortrage die ganze innere und äußere Politik Deutschlands und unterzog dieselbe einer scharfen Kritik. Reichler Weisall lobte dem Redner für seine treffenden Ausführungen. Von den anwesenden Segnern meldete sich trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden niemand. Zwei Parteigenossen sprachen noch im Sinne des Referenten. Darauf teilte der Vorsitzende mit, daß am Sonntag, den 17. Dezember in demselben Lokal eine Versammlung zwecks Gründung eines Wahlvereins stattfinden werde. Nachdem der Vorsitzende noch aufgefordert hatte, das Gehörte zu beherzigen und zu kräftiger Agitation für die Sozialdemokratie ermahnt hatte, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie geschlossen.

Groß-Lichterfelde.

Arbeiter, Parteigenossen von Groß-Lichterfelde! Heute Mittwoch, den 6. Dezember d. J., nachmittags von 4 bis 8 Uhr abends, finden die Wahlen der Arbeitnehmer-Verseher zum Gewerbegericht statt. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, welcher in Groß-Lichterfelde wohnt oder in Arbeit steht, an diesem Tage sein Wahlrecht auszuüben und nur die Kandidaten zu wählen, welche in der stattgefundenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung aufgestellt worden sind. Die Kandidaten des Lichterfelder Gewerkschaftskartells sind folgende Genossen: Für den Osten: Kubland, Ostler, Metallarbeiter; Bernick, Hermann, Banarbeiter; Genst, Hermann, Maurer; Thierow, Ernst, Töpfer; Blah, Gustav, Maurer; Wödel, Peter, Stuckarbeiter; für den Westen: Stof, Hermann, Maurer; Schrumph, August, Maurer; Sehl, August, Tischler; Drabant, Paul, Maurer; Gdert, August, Banarbeiter; Barthel, August, Töpfer. Die Wahllokale sind für den Bezirk östlich des Teufelsbühlens: Restaurant Hemming, Jungfernstieg 5; für den Bezirk westlich des Teufelsbühlens: Restaurant Gaffe, Anhalterstraße 7. Wahlzettel sind beim Mann des Gewerkschaftskartells, Genossen Fiege, Groß-Lichterfelde-Ost, Bahnhofstr. 31, II und in den beiden Wahllokalen während der Wahlzeit zu haben.

Das Gewerkschaftskartell für Groß-Lichterfelde.

Potsdam.

Die letzte Stadtvorordneten-Versammlung beschäftigte sich mit der Neuwahl des ersten Bürgermeisters und seiner Besoldung. Nach den diversen Wünschen und Forderungen soll der Nachfolger des verstorbenen Oberbürgermeisters Jaehne ein wahrer Wunderknabe sein. Der neue Bürgermeister soll nicht bloß das weite Gebiet der kommunalen Verwaltung beherrschen, er soll auch ein tüchtiger Finanzier sein und last not least — er muß auch — „repräsentieren“ können... Es wurde beschlossen, daß der Posten des Oberbürgermeisters von Potsdam deshalb wohl der schwierigste in der preussischen Monarchie sei. (?!)... Auf Antrag des Stadtv. Friedländer wird endlich beschlossen, das Gehalt für den „kommenden Mann“ auf dem Potsdamer Rathaus mit 12 000 M. zu normieren, steigend von drei zu drei Jahren um 1000 M. bis zum Höchstbetrage von 15 000 M. Das sei für eine „erstklassige Kraft“ nicht zu viel; andere Städte gleicher Größe zahlten mehr.

Die Anforderungen seien gestiegen, das Leben teurer geworden... (Der verlorene Oberbürgermeister Jaehne erhielt 10 000 M. und 1000 M. Dienstaufwandsentschädigung.) Interessant war dabei der Hinweis, daß für den „verantwortungslosen“ Posten des ersten Bürgermeisters der zweiten Residenzstadt nur ein Mann von „herorragenden Charaktereigenschaften“ in Betracht kommen

Könne, der sich im Kommunal- oder Regierungsdienst bereits bewährt habe.

(Wäre es das nicht das einfachste, man überließe die Befegung des Bürgermeisterspostens dem — Hofmarschallamt? ... Denn niemand kann bekanntlich zwei Herren dienen, umsoweniger, wenn — wie in Potsdam — der Regierungsherr souverän über den Stadtherrn herrscht. ... Die Wahl selbst wird nach eingegangener Genehmigung der Regierung über das neue Gehaltsregulativ zu Anfang des nächsten Jahres ausgeschrieben werden.)

Das Potsdamer Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung auch mit dem „Vorwärts“-Konflikt und nahm nach kurzer Begründung durch den Vorsitzenden, Genossen Krause, Stellung gegen den Artikel in Nr. 450 des „Korrespondenzblattes“. Unter Parteimitgliedern berichten wir über das Ergebnis der Debatte. Von den sonstigen Verhandlungsgegenständen ist noch zu erwähnen, die Wahl von zwei Delegierten (Krause und Besenberger) zur Berliner Konferenz der Brandenburgischen Gewerkschaftskartelle, welche sich mit den Entschädigungen resp. der Kostenaufbringung für die Teilnahme an den Schiedsgerichtskonferenzen beschäftigen soll. — Beschlossen wurde die Abhaltung eines Lichtbildervortrages, den Grempe-Verlin im Januar halten soll; ferner die Abhaltung eines Silvesterfestes bei Ladentisch. — Hingewiesen sei noch darauf, daß das Lokal „Zum Bringen Heinrich“ in Sicht der Arbeiterbewegung jetzt zur Verfügung steht und am 19. Dezember im „Viktorgarten“ ein medizinischer Vortrag stattfindet, in dem Dr. Hoff über: „Die täglichen Verunreinigungen und Frauenkrankheiten“ sprechen wird.

Selbst in den der Themis gekleideten Räumen kommen mitunter dreiste Diebstähle vor. So wurde dieser Tage das Potsdamer Landgericht von einem Langfinger unsicher gemacht, der aus dem Zeugenzimmer einem Brandenburger Arbeiter einen Hut und einen Regenschirm stahl, während dieser im Strafkammeraal vernommen wurde. Aus dem Mantel des Brandenburger Polizeikommissars Friebe, den er ebenfalls im Zeugenzimmer während seiner Vernehmung hatte hängen lassen, stahl der Dieb eine gefüllte Zigarettenpackung und ein goldenes Pincenez. Einem Landgerichtsrat wurden aus seinem in einem anderen Zimmer hängenden Überzieher die Handschuhe gestohlen. In dem Verdacht der Lächerlichkeit steht ein älterer Mann, der sich in auffälliger Weise auf dem Gerichtshof herumgedrückt hat und dessen schäbiger Hut im Zeugenzimmer gefunden wurde.

Die böswilligen Alarmierungen nehmen jetzt auch in den Vororten überhand. Die Feuerwehren in Schöneberg, Charlottenburg und auch in Nixdorf haben infolgedessen sehr zu leiden. In dem letztgenannten Vorort wurde die Wehr in der vergangenen Nacht allein zweimal grundlos in Alarm gesetzt. Das erste Mal sollte am Ragbaker 23 ein großer Dachstuhlbrand ausgebrochen sein. Im anderen Falle hieß es, die Salomonische Lederfabrik in der Berlinerstraße stehe in Flammen. Zweimal mußte die freiwillige Feuerwehr ausrücken, doch jedesmal war sie irreführt worden und mußte unverrichteter Sache wieder heimkehren.

Berliner Nachrichten.

Die er rief, die Geister.

Heber die diesjährigen Berliner Stadtverordnetenwahlen bringt nun auch ein Blatt aus der Ulsteinschen Zeitungsjahrgang eine kritische Betrachtung. In der „A. J. am Mittag“, einer Fortsetzung der an Abonnentensatz und zugrunde gelegenen „Berliner Zeitung“, wird auseinandergesetzt, daß diese Wahlen für den Liberalismus noch keineswegs günstig, sondern nur etwas weniger ungünstig als die früheren ausgefallen seien. Diese Darstellung ist nicht so verlogen wie diejenige, die die „Vossische Zeitung“ und die „Freie Deutsche Presse“ von den Wahlen gegeben hatten. Aber unehrlich ist auch sie noch; denn auch sie verschweigt, daß diesmal die Heimführung des Liberalismus durch die Sozialdemokratie nur deshalb nicht so arg ausgefallen ist, weil diesmal die Bürgerpartei dem Liberalismus, auch Herrn Ulstein selber, mit besonderem Eifer beigegeben hat.

Doch der Friede der Stille, die das Ulsteinsche Sensationsblattchen veröffentlicht, ist ja auch gar nicht der, dem Liberalismus die Freunde an seinen „Siegen“ zu vergällen. Was dem Kritiker die Feder in die Hand gedrückt hat, das ist nichts anderes als die Furcht vor einem Wiederaufleben des ehemaligen Berliner „Fort-schrittlings“. Mit diesem alten Namen glaubt er das Produkt der neuen Einigung benennen zu sollen, die die Liberalen Cappel-Fabrischer Couleur jetzt von den Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung erwarten. Bei solcher Einigung mühten die „Social-Fortschrittlere“ à la Ulstein die Löwenhaut endgültig ablegen, mit der sie sich aufstaffelt haben, und ihr natürliches Gean läme wieder zum Vorschein. Denn es besteht sich von selber, daß der Berliner Kommunal-Liberalismus die „liberale Einigung“ nicht nach links, sondern nur nach rechts hin vornehmen kann. Mit dem bloßen „Fortschrittlings“ von anno dazumal wäre heute nichts mehr zu machen. Der „Ring“ muß größer sein, muß auch die Bürgerpartei einbeziehen. Die reaktionäre Presse, die „Kreuz-Zeitung“, die „Post“, hat das sofort nach den Stichwahlen gefordert, und der Liberalismus wird es gewähren müssen, oder er wird von seinen Handlangern „seiner Schizal“ überlassen. Die er rief, die Geister, wird er nun nicht los.

Kann man den Handlangern verdenken, daß sie durch Abtretung einiger Mandate als „gleichwertig“ anerkannt werden wollen? Mit welchem Eifer sie ihren Dienst verrichten haben, das zeigt eine Durchsicht der Wählerlisten. Schon bei den Hauptwahlen vor 3. W. im 19. Bezirk der winzige Stimmenzuwachs, den die Liberalen hier zu erzielen vermochten, nur den zahlreichen Unterbeamten zu danken. Bei der Nachwahl im 17. Bezirk ist der Stimmenzuwachs der Liberalen größtenteils ebenso zustande gekommen. Bei den Stichwahlen haben die Wähler der Bürgerpartei ihre Wahlpflicht fast eifriger erfüllt als die Wähler des Liberalismus. Ein interessantes Beispiel aus dem 1. Bezirk, der für die Liberalen noch am wenigsten gefährdet war, ist die Wählergruppe der Marzialgrundstücke. Von den 72 Wählern stimmten in der Hauptwahl 35 für die Bürgerpartei, von diesen blieben bei der Stichwahl nur 5 aus und die übrigen 30 stimmten für den liberalen Kandidaten. Außerdem hielten die Liberalen für die Stichwahl noch 18 neue Wähler aus diesem Grundstückskomplex heran. Dieses Beispiel zeigt, wo die „starken Reserven des Liberalismus“ herkommen.

Nach interessanter ist übrigens der Ausfall der Stichwahl im 5. Bezirk der zweiten Abteilung. Hier wurde der Stadtverordnete Barth, der sich offen als rechtsliberal bekannte, von einem Gegenkandidaten bekämpft, der sich linksliberal gab, als der „alleinige liberale Kandidat“ angepriesen wurde und die offizielle Empfehlung angelehener Führer des Liberalismus für sich hatte. Gewählt wurde aber nicht der „alleinige“, sondern der andere, vor dem der offizielle Liberalismus gewarnt hatte. Dieser andere wurde nämlich mit von den Wählern unterstützt, die sonst zur Bürgerpartei hielten. Wieder ein Beweis, wie sehr der Berliner Liberalismus von der Gnade seiner Handlanger abhängt! Der „Ring“, der sich zusammenschließen will, wird größer sein müssen als der alte „Fortschrittlings“, aber er wird nicht fester sein. Der Sozialdemokratie wird es gelingen, auch ihn zu sprengen. Unsere Genossen werden für ihre Aufklärungs- und Herbeiarbeit mit der Laienklasse rechnen müssen, daß dieser neue „Ring“ schon sehr bald zustande kommen kann.

Der neue Kammerer Dr. Steiniger wird in der Stadtverordneten-Versammlung am nächsten Donnerstag in sein Amt feierlich eingeführt werden. Die Entlassung aus dem Staatsdienst ist jedoch erfolgt.

Verkehr mit Russland. Nach der Mitteilung der Betriebsdirektion der Warschau-Biener Bahn ist der Güterverkehr über Alexandrowo und Sosnowice, über Warschau nach den Stationen der Weichselbahn, der St. Petersburg-Warschauer Bahn und der Moskauer-Brestler Bahn wieder aufgenommen worden. Nach den Stationen anderer Bahnen, die hinter Warschau liegen, ist der Verkehr über Alexandrowo und Sosnowice noch gesperrt. Ueber Grajewo ist der Güterverkehr zurzeit noch gesperrt; mit der Strecke Niw-Niwtawa und deren Hinterbahnen, mit den Stationen der Charlow-Niokolajewer Bahn über Suomenla und Jellissawegrad, mit den Stationen der Nikolai- und Moskauer-Kursker Bahn über Moskau, mit der Strecke Salabsharj-Baku-Schurachary der Transkaukasischen Bahn, mit der Strecke Rikschy-Kowgorod und den hintergelegenen Stationen der Moskauer-Rasauer Bahn.

Der große Steinkohlenlagerbrand in der städtischen Gasanstalt in der Gütchinerstr. 48 beschäftigt noch immer die Feuerwehr. Am Montagabend brachen die Flammen, abgesehen den ganzen Tag hindurch mit mehreren Schlauchleitungen tüchtig Wasser gegeben worden war, mit solcher Heftigkeit von neuem empor, daß sofort mit 2 B- und 6 C-Rohren manusegegt Wasser gegeben werden mußte. Auch heute muß die Wehr fortwährend löschen, daneben sind gegen 100 Arbeiter beschäftigt die Kohlen fortzulassen. Es ist dies, da es sich um mehrere Tausend Zentner Kohlen handelt, eine mühselige und langwierige Arbeit. Es kann danach noch mehrere Tage dauern, bis der Brand vollständig gelöscht wird.

Ein Bildhauer Tiergärtendirektor? Durch den Tod des Tiergärtendirektors Geimer ist die Stelle eines Direktors freigeworden. Ueber die fernere Besetzung derselben werden die verschiedensten Gerüchte kolportiert. Das „Tageblatt“ weiß von einem solchen zu melden, das dahin geht, dieses Amt in Zukunft einem Bildhauer zu übertragen. Das sei kein schlechter Witz, auch kein Einfall des Prinzen Karneval, sondern bitterer Ernst. Der stille und laute Spott über die marmorne Inkultur scheint an den maßgebenden Stellen spurlos vorübergegangen zu sein. Die Absicht, einem Bildhauer das Amt eines Tiergärtendirektors zu übertragen, kann man nur dahin deuten, daß bei der weiteren Ausgestaltung des Parks den feineren Mißgebilden mit der Zeit ein größerer Spielraum eingeräumt werden soll. Der Wanderer, der aus der Spiegelallee flüchtet, stößt bald auf das Wagner-Monument. Auf der Rousseau-Insel steht er wieder Marmorgebilde, erst der dann folgende Weg ist noch marmorfrei, und den wird der „neue Herr“ wohl auch noch versperrten. Das Schicksal des Tiergartens ist dann aber besiegelt. Nur noch Marmor-Alleen werden mit der Zeit die Stellen einnehmen, die bisher noch von Bäumen und Sträuchern besetzt sind.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern auf dem Potsdamer Platz zugetragen. Der wohnungslose Antifer Alfred Willibald wurde beim Ueberfahren des Fahrweges von einem vorbeireisenden Automobil umgerissen, überfahren und mit schweren inneren Verletzungen davongetragen. Er fand im Krankenhause Nooit Aufnahme.

Für die freie Arztwahl in der Armenpflege sprach sich eine allgemeine Arztversammlung aus, die von dem Verein zur Einführung freier Arztwahl einberufen war. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Ärzteschaft die in der Magistratsvorlage gegen die Einführung der freien Arztwahl in der Armenpflege geltend gemachten Einwendungen als unberechtigt zurückweist und die Abfassung einer darauf bezüglichen Denkschrift an den Magistrat und andere noch in Betracht kommende Behörden beschließt.

Dann wurde die Frage besprochen, ob eine Verstadtilichung des Rettungswesens in Berlin wünschenswert erscheine. Reichstags-Abgeordneter Mugdan sprach sich entschieden gegen eine Uebernahme des Rettungswesens durch die Stadt aus, weil er damit eine Verschlechterung des Rettungswesens befürchtet. Stadtverordnete wie er wies darauf hin, daß der Plan, eine städtische Zentrale zum Nachweis der freien Krankenhaustetten einzurichten, höchst wahrscheinlich keine Annahme in der Stadtverordneten-Versammlung finden werde; der telephonische Nachweis der freien Betten in den städtischen Krankenanstalten allein würde nur eine halbe Maßnahme bedeuten. Nach mehrstündiger Debatte, die sich bis nach Mitternacht hinzog, wurde schließlich eine Resolution angenommen, wonach der Vorstand des Vereins beauftragt wird, die vorbereitenden Schritte für eine Verstadtilichung des Berliner Rettungswesens zu tun und die hierfür nötigen Verhandlungen zu leiten.

Eine schwere Baukatastrophe.

Bei welcher eine Person den Tod gefunden und drei schwer verletzt wurden, hat sich gestern mittag gegen 12 Uhr auf dem Gelände der Frauenklinik in der Artilleriestraße 20 ereignet. Dort ist zurzeit ein etwa 15 Meter langer und 4 Meter tiefer Pferdestall im Bau begriffen und bereits bis zur Ueberdachung fertiggestellt. Die Dede war aus einem Zementbeton, durchflochten mit Eisendraht hergestellt. Gestern morgen sollte die Schalung der Dede beseitigt werden. Da die Dede noch recht frisch war, geschah die Abschaltung zu früh. Kaum war sie von dieser etwas entfernt worden, so brach die letztere plötzlich samt der Unterlage zusammen und stürzte in die Tiefe. Eine Reihe von Arbeitern, darunter auch der Polier Große aus der Prenzlauerstraße, die in dem Raum beschäftigt gewesen waren, vermochten sich nur teilweise zu retten. Vier derselben wurden durch die herabstürzende Dede zu Boden geschlagen und von den etwa 25 Zentimeter starken Bruchstücken überhäuft. Es wurde sofort die Feuerwehr requiriert, welche baldhin mehreren Löschiagen an der Unglücksstelle erschien und sich an die Vergung der Opfer machte. Der Polier Große wurde tot ans Tageslicht gefördert. Die Arbeiter Conrad, Henke und Pödel wurden mit schweren Verletzungen und Quetschungen unter den Trümmern befreit und durch Samariter nach der nahen Bergmannschen Klinik gebracht, wo sie sofort in operative Behandlung genommen wurden. Große ist Familienvater gewesen. Da damit gerechnet wurde, daß noch weitere Tote durch die Trümmer begraben seien, wurden die Vergungsarbeiten durch etwa 40 Feuerwehrleute noch längere Zeit fortgesetzt, ohne jedoch glücklicherweise auf einen Verunglückten zu stoßen. Es erschien bald eine Baukommission an der Unglücksstätte, welche eine Untersuchung über den Unglücksfall und seine Entstehungursache vornahm. Der Bau war von der zuständigen Bauinspektion einer Baufirma an dem Werderischen Markt übertragen worden.

Von einem Polizeiwagen totgefahren wurde Montag Abend der Antifer Ernst Kühlig aus der Steinmeyerstr. 30. A. war mit dem Wagen durch die Bahnhofsstraße gefahren, als plötzlich eines der Pferde durch einen vorbeifahrenden Mannesabahnung scheute und durchging. Das Gespann raste nun die steile Bahnhofsstraße hinunter und bog dann in die Grohrgörchenstraße ein. Bei der scharfen Wendung wurde der Antifer vom Bod herunter auf den Straßendamm geschleudert und vom eigenen Wagen überfahren. Die Räder gingen dem Bedauernswerten so unglücklich über die Brust hinweg, daß eine Lungenverletzung herbeigeführt wurde. Unter den Händen eines Arztes starb A. bald darauf an innerer Lungenverletzung.

Auf Kindesmord läßt ein Leichensund schließen, welcher gestern auf dem Grundstück Oberwasserstr. 10 gemacht wurde. Auf dem Grundstück entdeckte ein Bewohner, in einer Nische versteckt, ein Paket, in welchem sich die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts befand. Eingehüllt war der tote Säugling mit einem weißen Hemd, das mit braunem Packpapier umgeben war. Vermutlich ist das Kind gleich nach der Geburt erdrosselt worden. Die Leiche wurde zur Obduktion nach dem Schauhause gebracht. Von der unnatürlichen Mutter fehlt jede Spur. — Ein weiterer Kindesmord wird aus Königswusterhausen gemeldet. Der Förster Wöppert entdeckte beim Ungraben eines

Grundstückes in der Jasanerie die Leiche eines 4 Monate alten Mädchens, die in ein dunkelblaues Tuch eingewickelt war. Die Leiche, bei welcher Spuren äußerer Gewalt vorgefunden wurden, hatte schon längere Zeit in der Erde gelegen.

Ein „ertrankenes Möbelschiff“. Der Antifer der Möbel-speicherei v. n. Hermann Hofmann, Lohringergasse 26, hat großes Malheur erlitten. Er hatte vorgestern Abend in Mummelsburg Selber einlasiert und sich dann, wie behauptet wird, schwer angetrunken. Als er später in der Nähe der Ringbahn an einem Pfuhl vorüberfuhr, geriet er mit dem Wagen in das Wasser hinein. Der Antifer selbst rettete sich so schnell es ihm möglich war und ließ Pferd und Wagen in Etid. Gestern Morgen wurde das Tier als Leiche aufgefunden. Der verlassene Wagen stand neben dem Pferdelaaber in dem Morast.

Durch einen Fleischerwagen wurde gestern am Dranienburger Tor ein schwerer Unglücksfall herbeigeführt. Ein von der Engros-markthalle kommender Fleischer fuhr mit seinem Wagen mit größter Schnelligkeit durch die Dranienburger- und Friedrichstraße und bog, ohne die Geschwindigkeit des Pferdes zu mindern, links um die Ecke in die Hammelstraße ein. Hier sauste das Gespann gegen das Pferd eines entgegenkommenden Transportwagens und zwar mit solcher Gewalt, daß dem angerannten Tiere der Brustknochen zertrümmert wurde und es auf der Stelle verendete. Der Führer des Transportwagens wurde auf den Hochbaum geschleudert, während der Fleischer, ohne sich um das angerichtete Unheil zu kümmern, in lautenem Galopp weiterfuhr. Die von einem Schulkammposten aufgenommene Verfolgung des Fliehenden war erfolglos. Glücklicherweise war es jedoch Passanten gelungen, die an dem Wagen befindliche Firma festzustellen, so daß der Schlichter demnach zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Ueber den Vorfall auf der Mariendorfer Chaussee, bei dem ein junger Mann, namens Linke, von einem Automobil überfahren wurde und verstarb, geht uns von dem Rechtsanwalt des in Untersuchungs-haft genommenen Chauffeurs Gerlach eine Darstellung zu, nach der das Unglück nicht durch das vom Chauffeur Gerlach geführte Automobil herbeigeführt sei. Auch sei der schwer verletzt aufgefunden Linke sich nicht selber überlassen worden, sondern man habe einen Paternentwärter, den man aufgefunden habe, mit den nötigen Vorsehungen beauftragt. Wir haben keine Ursache, uns in den Gang der schwebenden Untersuchung über diesen bedauernden Vorfall einzumischen, und zwar umsoweniger, als wir von den verschiedenen in dieser Sache bereits abgegebenen und sich widersprechenden Mitteilungen Kotiz genommen haben. Hoffentlich schafft die Untersuchung Aufklärung.

Zur Selbstmordthat. Angeblich wegen Nahrungssorgen ist gestern die 38 Jahre alte Elisabeth Veyer in den Tod gegangen. Sie hatte in dem Hause Sälowstr. 79 eine größere Wohnung inne und ihren Lebensunterhalt durch Abvermieten einzelner Zimmer bestritten. In letzter Zeit mußten die Mieter die Wohnungsgelder an einen Rechtsanwalt einmahnen und die Wohnung sollte der B. gekündigt werden. Als sich das Fräulein am gestrigen Tage gar nicht sehen ließ und auch die Tür zu ihrem Schlafzimmer verschlossen war, ließ man gewaltsam öffnen. Die B. lag tot auf ihrem Bette und auf dem Tische stand eine Morphiumspritze sowie eine halb geleerte Tasse Kaffee. — Im Regeler See ertränkte sich die 20 Jahre alte Putzmaierin A., deren Leiche am Jagen 68 aufgefunden wurde. Das Motiv zu dem Selbstmord ist in Schwermut, die einer unglücklichen Liebe entspringen, zu finden.

Strafensperkung. Die Spreestraße zwischen Friedrichsgradt und Bräderstraße wird behufs Herstellung eines Kanals zur Ableitung von Grundwasser vom b. d. R. ab bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Kanarienausstellung. Die Berliner „Kanaria“ veranstaltet in den Gesamtäumen der „Andreas-Festhalle“, Andreasstraße 21, vom 8. bis 11. Dezember ex. eine Vogelausstellung. Diese Ausstellung wird nicht bloß den Kanarienzüchtern, sondern auch den ornithologischen Liebhabern viel Interessantes bieten, da auch Hilfsmittel aller Art vielfach vertreten sind. Um der Jugend ein Bild von einer solchen auch wissenschaftlichen Ausstellung zu geben, haben Schüler in Begleitung der Herren Lehrer nur ein Entree von 10 Pf. zu zahlen.

Im Wintergarten wurde am Montag ein neues Programm vorgeführt. Die Dero tanzt zwar nicht mehr, nichtsdestoweniger ist dieses moderne Variététheater ständig stark besucht. Die Leute, die sich hier Rendezvous geben, haben ja auch nicht mit Nahrungssorgen zu kämpfen, sondern sich nur den Kopf zu zerbrechen, wie sie am besten ihre Zeit und ihr Geld toschlagen. Es ist die Berliner Lebewelt und sonst noch zahlungsfähiges Publikum, in deren Gesellschaft man hier gerät.

Das Programm war ein äußerst reichhaltiges. Eine Miß Hobard produzierte sich als Baruchstänzerin, während Herr Bernardi sich als geschickter Verwandlungskünstler vorstellte. In einer Posse „Finesse Entführung“ stellt er nicht weniger denn 10 Personen — männliche und weibliche — dar und dies mit einer Geschwindigkeit, die Stimmen erregt. Der Humorist Gentes leistet auf seinem Gebiete recht Anerkennenswertes. Die Reuljongleure Mr. Vanns festelten das Publikum durch geschickte Handhabung ihrer verschiedenfarbigen Instrumente. Ein „Hundeleben“ aus einem „Keinen Gacrisföhen“ wurde unter Leitung des Herrn Berchins von einer Anzahl gut dressierter Hunde dargestellt. Natürlich fehlte es auch nicht, da es an einem modernen Variété nicht mehr anders geht, an dem Auftreten einer exzentrischen Französin. Die Pariser Sängerin Eugène Jougre fällt im Augenblick diese Lude aus.

Witterungsüberblick vom 5. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. C. 10 u. 4 u.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. C. 10 u. 4 u.
Swinemünde	767	SW	1 bedekt	-2	Saparanda	761	SW	1 bedekt	-4		
Hamburg	767	SW	1 bedekt	-0	Warschau	769	SW	1 bedekt	-4		
Berlin	767	SW	2 bedekt	-2	Schla	754	SW	5 bedekt	8		
Frankfurt a. M.	767	SW	1 bedekt	1	iberdeen	768	SW	1 bedekt	0		
München	767	SW	1 bedekt	-10	Paris	768	SW	1 bedekt	0		
Wien	768	SW	1 bedekt	1							

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 6. Dezember 1905. Etwas wärmer, zeitweise auflockernd, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 4. Dezember. Elbe bei Ruffig + 0,40 Meter, bei Dresden - 0,98 Meter, bei Ragdeburg + 1,88 Meter. — Ua u u u bei Strahlhust + 1,40 Meter. — Oder bei Rathow 1,60 Meter, bei Breslau Oberpegel 5,10 Meter, bei Breslau Unterpegel 0,76 Meter, bei Frankfurt + 2,00 Meter. — Weichsel bei Przemisünde + 3,64 Meter. — Warthe bei Posen 1,28 Meter. — Rega bei UG - 0,10 Meter.

Emil Hoegner

Grunewaldstraße 108.

Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren-
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.

Herren-Artikel.

Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.

295*